

# Kommunalfinanzbericht

## 2010



Ministerium des Innern  
des Landes Sachsen-Anhalt

# INHALTSVERZEICHNIS

<u>A.</u>	<u>KURZFASSUNG .....</u>	<u>3</u>
<u>1.</u>	<u>Finanzierungssaldo.....</u>	<u>6</u>
1.1	Entwicklung des Finanzierungssaldos im Vergleich der neuen Länder ...	6
1.2	Finanzierungssaldo nach Gebietskörperschaften.....	7
1.2.1	Entwicklung des Finanzierungssaldos in den Jahren 2006 – 2009.....	7
1.2.2	Finanzierungssaldo 2009 .....	11
<u>2.</u>	<u>Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben.....</u>	<u>17</u>
2.1	Entwicklung der Einnahmen .....	17
2.1.1	Entwicklung der Steuereinnahmen 2006 bis 2009 .....	21
2.1.2	Steuereinnahmen 2009 .....	26
2.1.3	Entwicklung Kreisumlage .....	27
2.1.4	Entwicklung der Allgemeinen Zuweisungen 2006 bis 2011 .....	29
2.1.5	Allgemeine Zuweisungen 2009 .....	33
2.1.6	Sonstige Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb .....	34
2.2	Entwicklung der Ausgaben .....	35
2.2.1	Entwicklung der Personalausgaben .....	39
2.2.2	Entwicklung der Ausgaben für den laufenden Sachaufwand .....	44
2.2.3	Ausgaben für soziale Leistungen .....	45
2.2.4	Entwicklung der Zinsausgaben.....	45
2.2.5	Ausgaben für Investitionen .....	47
<u>3.</u>	<u>Kreditmarktschulden und Kassenkredite .....</u>	<u>48</u>
3.1	Kreditmarktschulden der kreisfreien Städte, Landkreise und kreisangehörigen Gemeinden .....	48
3.2	Kassenkredite der kreisfreien Städte, Landkreise und kreisangehörigen Städte und Gemeinden.....	52
<u>B.</u>	<u>AUSBLICK.....</u>	<u>57</u>
<u>1.</u>	<u>Vierteljahresstatistik der Kommunalfinanzen Sachsen-Anhalt für den Berichtszeitraum 1. Januar bis 31. März 2010 .....</u>	<u>57</u>
<u>2.</u>	<u>Zur Haushaltssituation der Landkreise in 2010 (Stellungnahme des Landkreistages) .....</u>	<u>59</u>
<u>3.</u>	<u>Hinweise des Städte- und Gemeindebundes zur Haushaltslage der Kommunen .....</u>	<u>60</u>

## A. KURZFASSUNG

Mit dem „Kommunalfinanzbericht 2010“ informiert das Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt über die Entwicklung der Haushalts- und Finanzwirtschaft der Gemeinden und Landkreise des Landes Sachsen-Anhalt im Haushaltsjahr 2009. Grundlage der Berichterstattung sind für die Vorjahre die Jahresrechnungen der Kommunen und für das aktuelle Jahr der Bericht des Statistischen Landesamtes, insbesondere der Bericht „Gemeindefinanzen – Ausgaben und Einnahmen“ (L II hj-2/3). Grundlage für den Ländervergleich sind für die Vorjahre die Rechnungsergebnisse der Kommunen und für die letzten beiden Jahre die amtlichen vierteljährlichen Kassenergebnisse der kommunalen Haushalte des Statistischen Bundesamtes.<sup>1</sup> Zu beachten ist zudem, dass den Tabellen der Gemeindegrößenklassen der Gebietsstand 31. Dezember 2009 zu Grunde liegt. Damit ist ein Vergleich mit den entsprechenden Tabellen der vorherigen Kommunalfinanzberichte nicht mehr möglich.<sup>2</sup>

### FINANZIERUNGSSALDO

1. Ländervergleich: Die Kommunen in Sachsen-Anhalt erzielten in 2009 einen Finanzierungsüberschuss in Höhe von 121,5 Mio. €. Damit wird an die positive Entwicklung der Vorjahre, wenn auch in geringerer Höhe (2008 rd. 349,8 Mio. €), angeknüpft. Auch in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen sind die Finanzierungsüberschüsse mit 112,1 Mio. €, 82,2 Mio. €, 276,1 Mio. € und 17,0 Mio. € deutlich zurückgegangen.
2. Das positive Ergebnis des Gesamthaushaltes der Kommunen wurde im Jahr 2009 allein durch die kreisfreien Städte (KSt) i. H. v. 78,42 Mio. € und die Landkreise (LK) i. H. v. 130,173 Mio. € erzielt. Während die KSt bereits seit dem Jahr 2007 im Verwaltungshaushalt (2009 = 45,711 Mio. €) wie im Vermögenshaushalt (2009 = 32,709 Mio. €) Überschüsse erwirtschafteten, konnten dies im Jahr 2009 auch die Landkreise erreichen. Erstmals schrieb nicht nur der Verwaltungshaushalt (+72,720 Mio. €) sondern auch der Vermögenshaushalt (57,453 Mio. €) „schwarze Zahlen“. Das Ergebnis der Landkreise ist jedoch von einem Einmaleffekt, der Veräußerung von der Krankenhausanteile des Landkreises Mansfeld-Südharz, beeinflusst (s. Rdnr. 5, 11, 13). Die positive Entwicklung der Jahre 2006, 2007 und 2008 bei den kreisangehörigen Gemeinden (kaG) konnte nicht fortgesetzt werden (-92,693 Mio. €).
3. Der Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben der Verwaltungshaushalte der kreisfreien Städte ist mit 45.711 Tsd. € rd. 30,5 Mio. € geringer ausgefallen als im Vorjahr (76.308 Tsd. €); im Wesentlichen beeinflusst durch Steuermindereinnahmen in Höhe von rd. 23 Mio. €. Die Verwaltungshaushalte der Landkreise weisen einen Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben i.H.v. 72.720 Tsd. € aus (+7.678 Tsd. €). Der Überschuss im Verwaltungshaushalt der kreisangehörigen Städte und Gemeinden (kaG) ging von 250,241 Mio. € im Haushaltsjahr 2008 auf 31,623 Mio. € im Jahr 2009 zurück. Das Defizit im Vermögenshaushalt stieg von 79,425 Mio. € im Jahr 2008 auf 124,316 Mio. Euro im Haushaltsjahr 2009. Damit erwirtschafteten die kaG erstmals seit dem Jahr 2005 wieder ein Minus in ihrem Gesamthaushalt i.H.v. 92,693 Mio. €.

<sup>1</sup> Im Unterschied dazu lagen den Kommunalfinanzberichten der Jahre 2007, 2008 und 2009 die amtlichen vierteljährlichen Kassenergebnisse der kommunalen Haushalte des Statistischen Bundesamtes für den Ländervergleich sowie die Berichte des Statistischen Landesamtes, insbesondere der Bericht „Gemeindefinanzen – Ausgaben und Einnahmen“ zu Grunde. Abweichungen in den Zahlenangaben sind darauf zurückzuführen, dass mit der Jahresrechnung gegebenenfalls Kassenergebnisse berichtigt werden.

<sup>2</sup> Beispiel: Hat eine Gemeinde mit 12.000 Einwohnern eine Gemeinde mit 1.500 Einwohner eingemeindet, ist die statistische Zeitreihe für den Berichtszeitraum angepasst worden; d.h. die Einnahmen und Ausgaben der Größenklasse 1.000 Einw. bis unter 3.000 Einwohner wurden ebenso bereinigt wie die der Größenklasse der Gemeinden mit 10.000 bis unter 20.000 Einw.

Die derzeit ausgewiesenen Überschüsse der bereinigten Einnahmen über die bereinigten Ausgaben sind zwar erfreulich, lassen jedoch die Tatsache unberücksichtigt, dass die Kommunen Fehlbeträge aus Vorjahren über die Aufnahme von Kassenkrediten finanziert haben. Der Rückgang der Steuereinnahmen im kreisangehörigen Raum (der im Wesentlichen für die Entwicklung des Finanzierungssaldos der kaG verantwortlich ist) wird sich auf die Situation der Kreisfinanzen zudem erst mit einer zeitlichen Verzögerung bemerkbar machen.

#### ENTWICKLUNG DER EINNAHMEN

4. Ursache für die Verschlechterung des Finanzierungssaldos 2009 ist ein Rückgang der bereinigten Einnahmen etwa auf das Niveau des Jahres 2007 (-1,2%). Zudem sind die bereinigten Ausgaben von 4.925.248 Tsd. € auf 5.048.064 Tsd. € gestiegen (+2,49%, vgl. Rdnr. 15, 42).
5. Bereits die Jahre 2003 bis 2006 waren durch deutliche Mehreinnahmen insbesondere bei der Gewerbesteuer gekennzeichnet. Auch im erweiterten Berichtszeitraum hält dieser (abgeschwächt) Trend an, denn die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (netto) sind 2007 nur um 4,5 Mio. € angestiegen. Im Jahr 2008 sind die Einnahmen aus der Gewerbesteuer wieder deutlich (mit einer zweistelligen Zuwachsrate) von 514,4 Mio. € auf 583,3 Mio. € (= rd. 68,9 Mio. €) angestiegen. Das Haushaltsjahr 2009 schließt mit Einnahmen i.H.v. 462,2 Mio. € ab; d.h. die Städte und Gemeinden müssen Mindereinnahmen von rd. 121 Mio. € (-21%) verkraften.
6. Die Einnahmen bei den Gemeindeanteilen an der Einkommen- und Umsatzsteuer sind nach rückläufigen Einnahmen des Jahres 2007 in 2008 wieder deutlich angestiegen (+84.759 Tsd. €). Jedoch schließt das Haushaltsjahr 2009 auch hier mit Mindereinnahmen i.H.v. 33,44 Mio. € ab (-7%).
7. Die verfügbare Finanzausgleichsmasse (einschließlich der Spitzabrechnung der Rechnungsergebnisse der Vorjahre und sonstigen Verrechnungen) im Vergleich der Jahre (2003) 2004 zu 2005 war leicht rückläufig. Im Jahr 2005 war mit 1.482,3 Mio. € der niedrigste Wert der Finanzausgleichsmasse zu verzeichnen. Besser stellt sich die Finanzausgleichsmasse für das Jahr 2006 dar. Bei einem Plus von rd. 109,2 Mio. € wird eine verfügbare Finanzausgleichsmasse von 1.591,5 Mio. € ausgewiesen. Die positive Entwicklung setzte sich auch im Jahr 2007 fort (+148,8 Mio. €); erst im Jahr 2008 mussten Mindereinnahmen i.H.v. rd. 46 Mio. € verkraftet werden. Für das Jahr 2009 ist die verfügbare Finanzausgleichsmasse auf 1.713,6 Mio. € festgesetzt (+19,6 Mio. €). Die endgültige Feststellung der Finanzausgleichsmasse weist für das Jahr 2009 allerdings eine Überzahlung von mehr als 157,5 Mio. EUR aus, die in den folgenden drei Jahre auszugleichen ist.

#### ENTWICKLUNG DER AUSGABEN

8. Größter Posten auf der Ausgabenseite der (Verwaltungshaushalte (gesamt) sind die Personalkosten in Höhe von 1.477,5 Mio. €, die sich im Vergleich zum Vorjahr um rd. 1,3% erhöhten (+19.163 Tsd. €). Mit -4,44% verzeichneten die kreisfreien Städte im Vergleich des Jahres 2009 zu 2008 allerdings einen Rückgang in Höhe von 13.732 Tsd. € (wesentlich beeinflusst von der Ausgliederung von 640 Beschäftigten des Opernhauses, des Thaliatheaters und der Staatskapelle der Stadt Halle (Saale), vgl. Rdnr. 56). Über den Berichtszeitraum 2006 bis 2009 betragen die Mehrausgaben aller Kommunen für das Personal 25.541 Tsd. €. Die Personalausgaben der Landkreise sind über den Berichtszeitraum um 3.017 Tsd. € gestiegen. Bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden sind die Personalkosten über den Berichtszeitraum um +58.766 Tsd. € gestiegen.

9. Die Entwicklung der Zinsausgaben hat sich über den Berichtszeitraum in den Jahren 2006 bis 2008 auf gleichem Niveau verstetigt. Im Vergleich der Jahre 2009 zu 2008 (aber auch zu 2006) sind die Zinsausgaben deutlich rückläufig. Dabei verzeichnen die kreisangehörigen Gemeinden einen Rückgang von 13,20%, die Zinsbelastung für die kreisfreien Städte hat sich um 35,3% und die der Landkreise um 23,24% verringert.
10. Die Ausgaben der Kommunen für Investitionen (Baumaßnahmen in 1.000 €) sind im Berichtszeitraum um 15.696 Tsd. € gestiegen. Dabei ist jedoch ein Rückgang der Investitionen bei den kreisfreien Städten (und Landkreisen) zu verzeichnen. Nach Jahren relativ gleich hoher Ausgaben (2003, 2004 und 2005) ist im Jahr 2006 im Vergleich zum Vorjahr ein Einbruch zu verzeichnen, im Jahre 2007 liegt die Quote bei -10,68%, im Jahre 2008 bei -5,83%. Noch deutlicher rückläufig sind die Ausgaben für Investitionen bei den Landkreisen. Mit dem Haushaltsjahr 2009 erholt sich die Investitionstätigkeit. Gegenüber 2008 wurden 65.726 Tsd. € mehr verausgabt. Der Ausgabenanstieg geht ausschließlich auf die kreisangehörigen Städte und Gemeinden zurück.

#### KREDITMARKTSCHULDEN UND KASSENKREDITE

11. Die Kreditmarktschulden (einschl. der Schulden bei öffentlichen Haushalten) konnten 2009 – wie bereits in den Vorjahren – auf 2.802,78 Mio. € verringert werden (-116,288 Mio. €). Die Verschuldung pro Einwohner beträgt nunmehr 1.184 Euro (2008: 1.218 €).
12. Zusätzlich zur Kreditmarktverschuldung und der Schuldenaufnahme bei öffentlichen Haushalten wurden auch in 2009 Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit aufgenommen: der Stand der Kassenkredite beträgt nunmehr 982.261 Tsd. € (2008 = 968.550 Tsd. €).
13. Betrachtet man die tatsächliche Verschuldung unter Einbeziehung der Kassenkredite, so ist festzustellen, dass sich der Schuldenstand seit 2006 (= 4.162 Mio. €) kontinuierlich verringert (um 138 Mio. € im Jahr 2007, Stand 4.024 Mio. €, um 135,3 Mio. € im Jahr 2008 und um weitere 102,5 Mio. € im Jahr 2009). Die Gesamtverbindlichkeiten belaufen sich zum Jahresende 2009 auf den Stand von 3.786,0 Mio. €.

## 1. Finanzierungssaldo

### 1.1 Entwicklung des Finanzierungssaldos im Vergleich der neuen Länder

- [1] Der Finanzierungssaldo, das ist der um die besonderen Finanzierungsvorgänge (z.B. Zahlungen zwischen den öffentlichen Haushalten, haushaltstechnische Verrechnungen, kalkulatorische Kosten sowie die Zuführungen zwischen Verwaltungs- und Vermögenshaushalt) bereinigte Saldo der kassenmäßig verbuchten Ist-Einnahmen und Ist-Ausgaben, ist die wichtigste Kennziffer zur Beurteilung der kommunalen Finanzwirtschaft. Durch die Aufteilung nach „Verwaltungs-“ und „Vermögenshaushalt“ werden die dem „laufenden Verbrauch dienenden Finanzvorgänge“ von den „vermögensverändernden Finanzvorgängen“ unterschieden.
- [2] Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Finanzierungssaldos im Vergleich der neuen Länder für den Zeitraum 2000 bis 2009<sup>3</sup>. Dabei ist auffällig, dass der Finanzierungssaldo in den Jahren bis einschließlich 2005 in Sachsen-Anhalt ausnahmslos Defizite ausweist.

	Finanzierungssaldo 2000 – 2009				
	Brandenburg	Mecklenburg- Vorpommern	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Thüringen
2000	-25,0	40,7	12,6	-1,2	17,3
2001	-141,5	-104,1	8,7	-171,3	1,0
2002	+48,1	-58,8	50,4	-207,3	-13,6
2003	-297,6	-79,8	-47,8	-375,4	-8,6
2004	-234,8	53,1	355,2	-343,4	164,8
2005	66,1	-34,9	302,9	-122,2	212,7
2006	74,2	-25,6	1.006,6 <sup>4</sup>	182,7 <sup>5</sup>	153,4
2007	304,9	93,4	411,7	243,0	263,4
ab hier Kassenergebnisse					
2008	517,7	223,6	930,8	349,8	278,1
2009	112,1	82,2	276,1	121,5	17,0

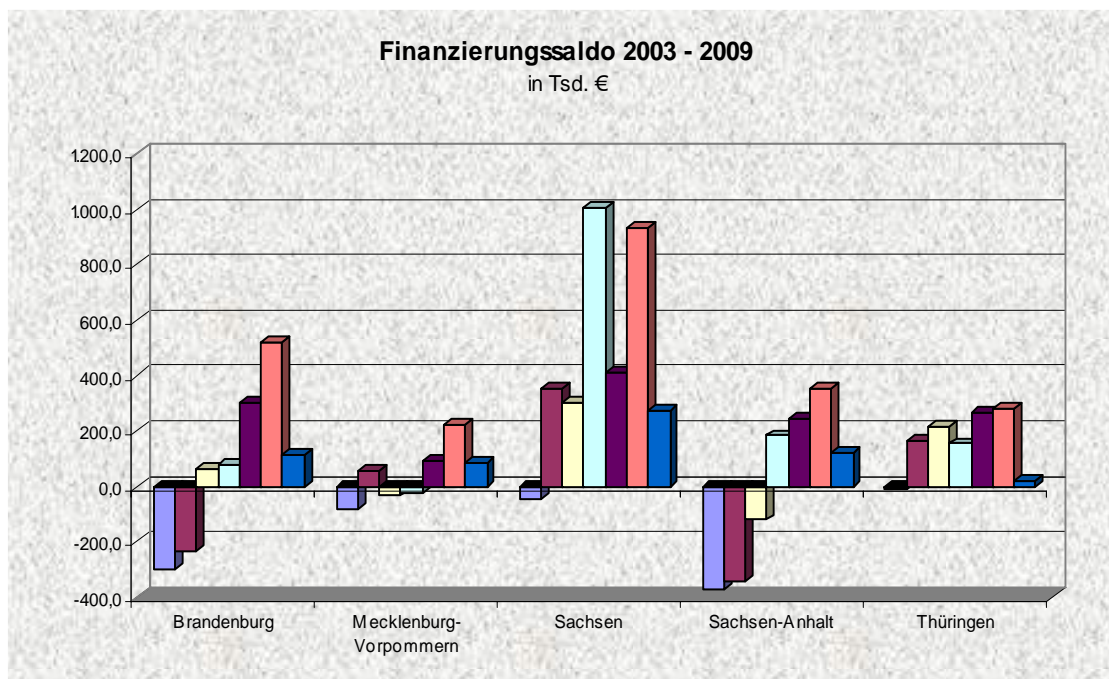
Insbesondere in Sachsen und Thüringen entstanden (nach geringeren Überschüssen in den Jahren 2000, 2001 und in Sachsen auch im Jahr 2002) bereits im Jahr 2004 deutliche Überschüsse. Im Jahr 2006 wiesen lediglich die Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern einen negativen Finanzierungssaldo aus. Die Gemeinden/ Gemeindeverbände aller Bundesländer weisen seit 2007 Überschüsse der bereinigten Gesamteinnahmen über die bereinigten Gesamtausgaben aus.

- [3] Der Ländervergleich zeigt, dass auch im Haushaltsjahr 2009 in allen neuen Bundesländern ein – wenn auch geringerer – positiver Wert erzielt werden konnte. Die Kommunen in Sachsen-Anhalt erzielten in 2009 einen Finanzierungsüberschuss in Höhe von 121,5 Mio. €, nachdem bereits in den Vorjahren Überschüsse erwirtschaftet wurden (2006 rd. 183 Mio. €, 2007 rd. 243 Mio. € und 2008 rd. 350 Mio. €).

<sup>3</sup> Quelle: Rechnungsergebnisse der Kommunalen Haushalte, Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden/GV nach Ländern, Stat. Bundesamt, Wiesbaden (der Finanzierungssaldo enthält danach – im Unterschied zur weiteren Darstellung im Kommunalfinanzbericht 2010 auf der Grundlage der Jahresrechnung des Statistischen Landesamtes – den Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen). Das Statistische Bundesamt weist darauf hin, dass sich durch die Einführung der doppischen Buchführung bei den Gemeinden zunehmend Schwierigkeiten bei den Vorjahresvergleichen ergeben. Durch fehlerhafte Nachweise der doppisch buchenden Kommunen und den vollständigen Ausfall von statistischen Meldungen treten z.T. starke Schwankungen auf.

<sup>4</sup> Der überaus positive Saldo der Gemeinden in Sachsen im Jahr 2006 ist im Wesentlichen von dem Verkaufserlös aus dem Wohnungsverkauf der Stadt Dresden geprägt (1.000 Mio. €, BMF Newsletter vom 21.3.2007).

<sup>5</sup> Zum insgesamt positiven Gesamtergebnis des Landes Sachsen-Anhalt ist bei näherer Betrachtung jedoch festzustellen, dass sich der Finanzierungssaldo für die kommunalen Gruppen sehr unterschiedlich entwickelt und dass sich aus dem Finanzierungsüberschuss der kreisfreien Städte nach der Bereinigung der Einnahmen des Vermögenshaushaltes der Landeshauptstadt Magdeburg um die Erlöse aus der Veräußerung einer kostendeckenden (und damit haushaltsneutralen) Einrichtung um 98.899 Tsd. € ein Defizit ergibt. Das bereinigte Finanzierungssaldo aller Haushalte reduziert sich für das Jahr 2006 auf 74.117 Tsd. € und wird ausschließlich von den kreisangehörigen Städten und Gemeinden erwirtschaftet (vgl. Rdnr. 13 ff., 24 Kommunalfinanzbericht 2007).



Mit rd. 122 Mio. € fiel der Überschuss des Jahres 2009 in Sachsen-Anhalt jedoch deutlich geringer aus als in den Vorjahren.

## 1.2 Finanzierungssaldo nach Gebietskörperschaften

### 1.2.1 Entwicklung des Finanzierungssaldos in den Jahren 2006 – 2009

Die Entwicklung des Finanzierungssaldos, getrennt nach Verwaltungs- und Vermögenshaushalt, zeigen die nachfolgenden Tabellen: Dabei wird deutlich, dass sich der Finanzierungssaldo im Verwaltungshaushalt unterschiedlich darstellt.

- [4] Waren die kreisfreien Städte (KSt) als auch die Landkreise (LK) bis einschl. des Jahres 2006 im Verwaltungshaushalt noch unterfinanziert, hat sich im Jahr 2007 eine leichte Verbesserung eingestellt (KSt = +27,776 Mio. €, LK = +25,305 Mio. €). Im Jahr 2008 haben sich die Überschüsse bei den KSt und den LK mehr als verdoppelt (KSt = +76,308 Mio. €, LK = +65,042 Mio. €). Eine Verbesserung im Jahr 2009 konnten nur noch die LK aufzeigen (+72,720 Mio. Euro). Bei den KSt ging der Überschuss 2009 auf 45,711 Mio. Euro zurück. Bei den kaG konnte die positive Entwicklung aus den Vorjahren nicht fortgesetzt werden. Der Überschuss im Jahr 2009 beträgt nur noch 31,623 Mio. €.

		Verwaltungshaushalt (1000 €)			
		gesamt	davon Haushalte der		
			kreisfreien Städte	Landkreise	kreisang. Gemeinden/ VWG
bereinigte Einnahmen	2006	4.384.575	1.041.286	1.590.243	1.753.046
	2007	4.477.436	1.082.136	1.548.628	1.846.673
	2008	4.608.369	1.147.603	1.495.258	1.965.508
	2009	4.409.116	1.130.041	1.467.570	1.811.504
bereinigte Ausgaben	2006	4.236.281	1.062.870	1.616.609	1.556.802
	2007	4.160.872	1.054.360	1.523.323	1.583.188
	2008	4.216.779	1.071.295	1.430.216	1.715.267
	2009	4.259.061	1.084.330	1.394.850	1.779.881
Saldo (+=Überschuss, -= Defizit)	2006	148.294	-21.584	-26.366	196.244
	2007	316.564	27.776	25.305	263.485
	2008	391.590	76.308	65.042	250.241
	2009	150.055	45.711	72.720	31.623

- [5] Nach einem positiven Gesamtergebnis der Vermögenshaushalte im Jahr 2006 (+28,545 Mio. €), das aber im Wesentlichen durch die Vermögensveräußerung der Landeshauptstadt Magdeburg geprägt war, sind die Vermögenshaushalte der Kommunen per Saldo seit dem Jahr 2007 defizitär.

Das heißt, dass die Einnahmen des Vermögenshaushaltes (Rückflüsse aus Darlehen, Veräußerung von Vermögen, Beiträge und ähnliche Entgelte, Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und die Schuldenaufnahme bei öffentlichen Haushalten) ohne die zusätzliche Aufnahme von Krediten am Kapitalmarkt zur Deckung der Ausgaben des Vermögenshaushaltes (Investitionen für Baumaßnahmen, Vermögenserwerb, Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und die Schuldentilgung) nicht ausreichen.

Wiesen bisher lediglich die Vermögenshaushalte der kreisfreien Städte Überschüsse aus (2009 = +32,709 Mio. €, ganz überwiegend aus Einnahmen aus Beteiligungen erzielt), konnten im aktuellen Jahr erstmals auch die Landkreise ihre Vermögenshaushalte mit einem Plus i.H.v. 57,453 Mio. € abschließen. Dieser doch sehr deutliche Überschuss geht jedoch ausschließlich auf die Veräußerung der Krankenhausanteile des Landkreises Mansfeld-Südharz zurück (vgl. auch Rdnrn. 11, 13).

Über den gesamten Zeitraum unterfinanziert hingegen sind weiterhin die Vermögenshaushalte der kaG. Das heißt, dass mehr vermögensverändernde Ausgaben (für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen) als Einnahmen verbucht wurden.

- [6] Die Gesamthaushalte entwickelten sich ebenfalls unterschiedlich: Während die Haushalte der Landkreise im Jahr 2006 noch unterfinanziert waren, wurde die Entwicklung der Defizite des Gesamthaushaltes im Jahr 2007 mit einem leichten Überschuss (+12,340 Mio. €) gestoppt. Im Jahr 2008 stieg der Überschuss auf 53,947 Mio. €, 2009 beträgt der Überschuss 130,173 Mio. €.

		Vermögenshaushalt (1000 €)			
		gesamt	davon Haushalte der		
			kreisfreien Städte	Landkreise	kreisang. Gemeinden/ VWG
bereinigte Einnahmen	2006	822.967	285.358 <sup>6</sup>	128.714	408.895
	2007	693.639	168.597	134.611	390.432
	2008	618.634	147.049	98.174	373.411
	2009	754.848	173.584	171.301	409.963
bereinigte Ausgaben	2006	794.422	174.758	153.740	465.924
	2007	773.862	137.300	147.574	488.988
	2008	708.469	146.366	109.267	452.836
	2009	789.003	140.875	113.848	534.279
Saldo	2006	28.545	110.600	-25.026	-57.029
	2007	-80.223	31.297	-12.963	-98.556
	2008	-89.835	683	-11.093	-79.425
	2009	-34.155	32.709	57.453	-124.316

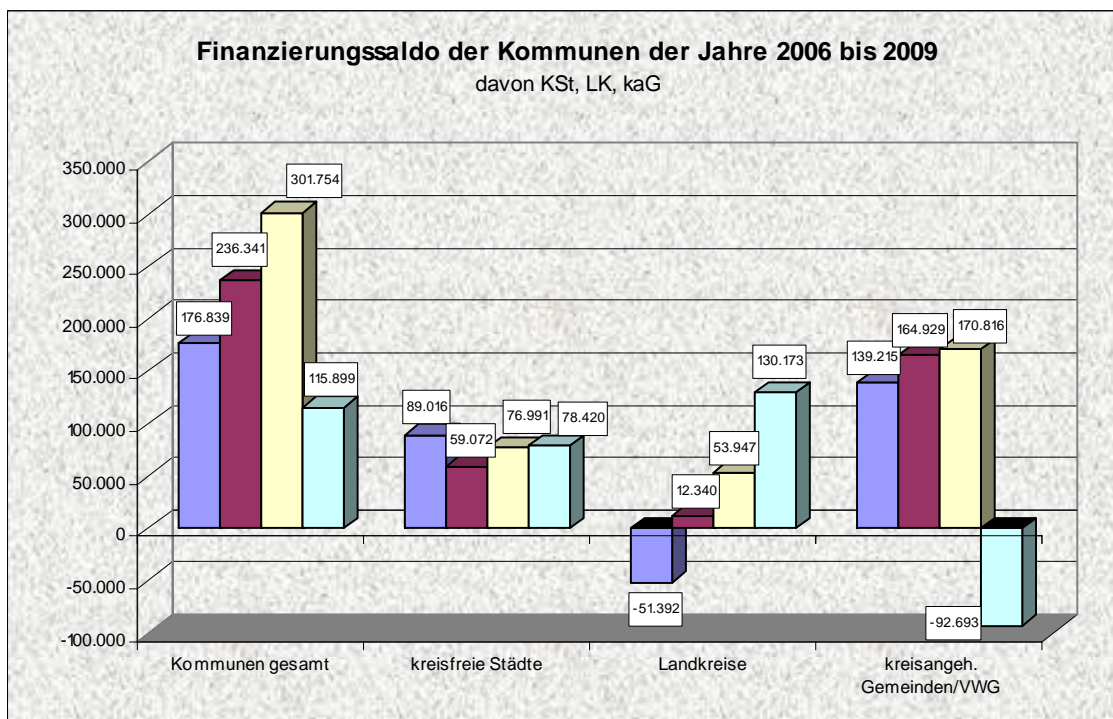
		Kommunen	davon Haushalte der		
			kreisfreien Städte	Landkreise	kreisang. Gemeinden <sup>7</sup>
Gesamthaushalt	2006	176.839	89.016	-51.392	139.215
	2007	236.341	59.072	12.340	164.929
	2008	301.754	76.991	53.947	170.816
	2009	115.899	78.420	130.173 <sup>8</sup>	-92.693

Der Gesamthaushalt der kreisfreien Städte weist nunmehr im vierten Jahr Überschüsse aus. Für den kreisangehörigen Raum wies der Gesamthaushalt bis zum Jahr 2008 Überschüsse aus (2006= +139.215 Tsd. €, 2007= +164.929 Tsd. €, 2008 = +170.816 Tsd. €). Das Jahr 2009 schloss mit einem Defizit i.H.v. 92.693 € ab.

<sup>6</sup> Vgl. bereits Rdnr. 5.

<sup>7</sup> Die nachfolgenden Tabellen klammern die Verwaltungsgemeinschaften aus.

<sup>8</sup> Vgl. dazu Rdnrn. 11,13.



[7] Nach wie vor ist die Entwicklung des Finanzierungssaldos in der Gruppe der kreisfreien Städte unterschiedlich. Mit 145 €/Einw. Überschuss im Verwaltungshaushalt weist die Landeshauptstadt Magdeburg 2009, wie auch schon in den Vorjahren, das beste absolute Ergebnis (33.258 Tsd. €) aus.

Bezogen auf den Einwohner gestaltet sich das Ergebnis des Verwaltungshaushaltes der Stadt Dessau-Roßlau seit dem Jahr 2007 positiv. Diesen Trend setzte die Stadt auch in den Jahren 2008 mit 71 € und 2009 mit 41 € fort.

Nach den deutlichen Verbesserungen im Verwaltungshaushalt der Stadt Halle (Saale) in den Jahren 2007 und 2008, 1 €/Einw. und 129 €/Einw., fiel der Überschusses im Jahr 2009 auf 38 € je Einw. zurück.

		Verwaltungshaushalt 1000 €			Vermögenshaushalt 1000 €		
		Dessau-Roßlau	Halle	Magdeburg	Dessau-Roßlau	Halle	Magdeburg
bereinigte Einnahmen	2006	144.226	440.312	456.748	30.319	68.364	186.675
	2007	151.615	478.925	451.595	31.187	79.054	58.356
	2008	164.175	513.707	469.721	29.171	67.430	50.449
	2009	163.603	493.762	472.677	28.565	88.516	56.502
bereinigte Ausgaben	2006	147.495	473.018	442.357	27.695	72.522	74.541
	2007	148.971	478.644	426.745	22.807	61.322	53.171
	2008	157.940	483.894	429.461	26.400	67.820	52.145
	2009	159.982	485.028	439.319	20.331	72.187	48.358
Saldo (+=Überschuss, - = Defizit)	2006	-3.269	-32.706	14.391	2.624	-4.158	112.134
		-37	-141	63	30	-18	488
	2007	2.644	281	24.850	8.380	17.732	5.185
		30	1	108	95	76	23
	2008	6.235	29.813	40.260	2.771	-390	-1.696
		71	129	175	31	-2	-7
	2009	3.621	8.734	33.358	8.234	16.329	8.144
		41	38	145	93	70	35

Die Landeshauptstadt Magdeburg erwirtschaftet nunmehr im vierten Jahr deutliche Überschüsse. Der Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben im Verwaltungshaushalt im Jahr 2006 i.H.v. +14.391 Tsd. € (63 €/Einw.) wurde im Jahr 2007 mit +24.850 Tsd. € (108 €/Einw.) und im Jahr 2008 mit +40.260 Tsd. € (= 175 €/Einw.), deutlich übertroffen. Auch im Jahr 2009 setzt sich diese Entwicklung mit 33.358 Tsd. € (145 €/Einw.) fort.

Gesamthaushalt	2006	-645	-36.864	126.525
		-7	-159	551
	2007	11.024	18.013	30.035
		125	78	131
	2008	9.005	29.423	38.563
		102	127	168
	2009	11.855	25.063	41.502
		134	108	181

Die erzielten Überschüsse im Vermögenshaushalt kompensieren die rückläufigen Überschüsse des Verwaltungshaushaltes und führen zu einem sich verbessernden Ergebnis des Gesamthaushaltes der Landeshauptstadt. Dies gilt auch für das Gesamtfinanzierungssaldo der Stadt Dessau-Roßlau. Die Zuwächse des Finanzierungssaldos des Vermögenshaushaltes der Stadt Halle hingegen gleichen den Rückgang beim Finanzierungsüberschuss des Verwaltungshaushaltes mit der Folge nicht aus, dass das Finanzierungssaldo des Gesamthaushaltes rückläufig ist.

- [8] Der nachfolgenden Betrachtung des Finanzierungssaldos der kreisangehörigen Städte und Gemeinden nach Gemeindegrößenklassen kann entnommen werden, dass die Verwaltungshaushalte der Gemeinden aller Größenklassen im Betrachtungszeitraum von 2006 bis 2008 Überschüsse ausweisen. Dabei erreichten die Gemeinden der Größenklasse unter 1.000 Einwohner, die Gemeinden mit 1.000 bis unter 3.000 Einwohner, die Gemeinden mit 3.000 bis unter 5.000 Einwohner und die Gemeinden mit 5.000 bis unter 10.000 Einwohner in diesem Zeitraum jährliche Steigerungen.

		Verwaltungshaushalt 1000 €					
		Gemeinden mit 20.000 und mehr Einwohner	Gemeinden mit 10.000 bis unter 20.000 Einwohner	Gemeinden mit 5.000 bis unter 10.000 Einwohner	Gemeinden mit 3.000 bis unter 5.000 Einwohner	Gemeinden mit 1.000 bis unter 3.000 Einwohner	Gemeinden mit unter 1.000 Einwohner
bereinigte Einnahmen	2006	560.083	349.098	266.431	87.162	258.193	218.267
	2007	630.201	327.362	295.780	89.343	258.238	232.060
	2008	650.315	355.671	308.103	97.540	285.639	254.366
	2009	597.990	313.731	290.805	96.966	255.171	237.724
bereinigte Ausgaben	2006	541.430	258.426	244.168	81.017	228.794	196.518
	2007	543.528	281.941	246.695	78.090	228.135	196.554
	2008	583.176	316.976	256.244	83.414	245.207	216.519
	2009	605.960	328.251	263.853	87.674	249.659	224.983
Saldo (+=Überschuss, - = Defizit)	2006	18.653	90.672	22.263	6.145	29.399	21.749
	2007	86.673	45.421	49.085	11.253	30.103	35.506
	2008	67.139	38.695	51.859	14.126	40.432	37.847
	2009	-7.970	-14.520	26.952	9.292	5.512	12.741

Im Jahr 2009 wurde dieser Trend gestoppt. Während die Gemeinden der Größenklassen unter 10.000 Einwohner noch Überschüsse erwirtschafteten, verzeichneten die Gemeinden mit 10.000 bis unter 20.000 Einwohner und die Gemeinden mit 20.000 und mehr Einwohnern Defizite i.H.v. 22.490 Tsd. €.

- [9] Die Vermögenshaushalte aller kreisangehörigen Städte und Gemeinden sind im Berichtszeitraum unterfinanziert.

Mit einer Ausnahme hat sich das Ergebnis weiter verschlechtert.

		Vermögenshaushalt 1000 €					
		Gemeinden mit 20.000 und mehr Einw.	Gemeinden mit 10.000 bis unter 20.000 Einw.	Gemeinden mit 5.000 bis unter 10.000 Einw.	Gemeinden mit 3.000 bis unter 5.000 Einw.	Gemeinden mit 1.000 bis unter 3.000 Einw.	Gemeinden mit unter 1.000 Einw.
Saldo (+ = Überschuss, - = Defizit)	2006	-9.933	-3.956	-17.720	-3.341	-16.763	-880
	2007	-13.691	-51.133	-13.590	-1.146	-10.711	-6.851
	2008	-8.701	-27.361	-12.762	-590	-16.612	-15.121
	2009	-12.699	-22.783	-16.983	-4.595	-33.287	-29.135

- [10] Für den Gesamthaushalt ergibt sich folgendes Bild: Die insgesamt positive Entwicklung der letzten Jahre konnte im Jahr 2009 nicht fortgesetzt werden. Lediglich die Gemeinden mit 3.000 bis unter 5.000 Einwohner

und die Gemeinden mit 5.000 bis unter 10.000 Einwohner erwirtschafteten Überschüsse. Die kreisangehörigen Städte und Gemeinden in den übrigen Gemeindegrößenklassen weisen in ihrer Gesamtheit Defizite aus.

		Gesamthaushalt 1000 €					
		Gemeinden mit 20.000 und mehr Einw.	Gemeinden mit 10.000 bis unter 20.000 Einw.	Gemeinden mit 5.000 bis unter 10.000 Einw.	Gemeinden mit 3.000 bis unter 5.000 Einw.	Gemeinden mit 1.000 bis unter 3.000 Einw.	Gemeinden mit unter 1.000 Einw.
Saldo (+ = Überschuss, - = Defizit)	2006	8.721	86.716	4.543	2.804	12.635	20.869
	2007	72.981	-5.713	35.495	10.108	19.392	28.655
	2008	58.438	11.333	39.097	13.536	23.818	22.727
	2009	-20.669	-37.302	9.969	4.697	-27.774	-16.394

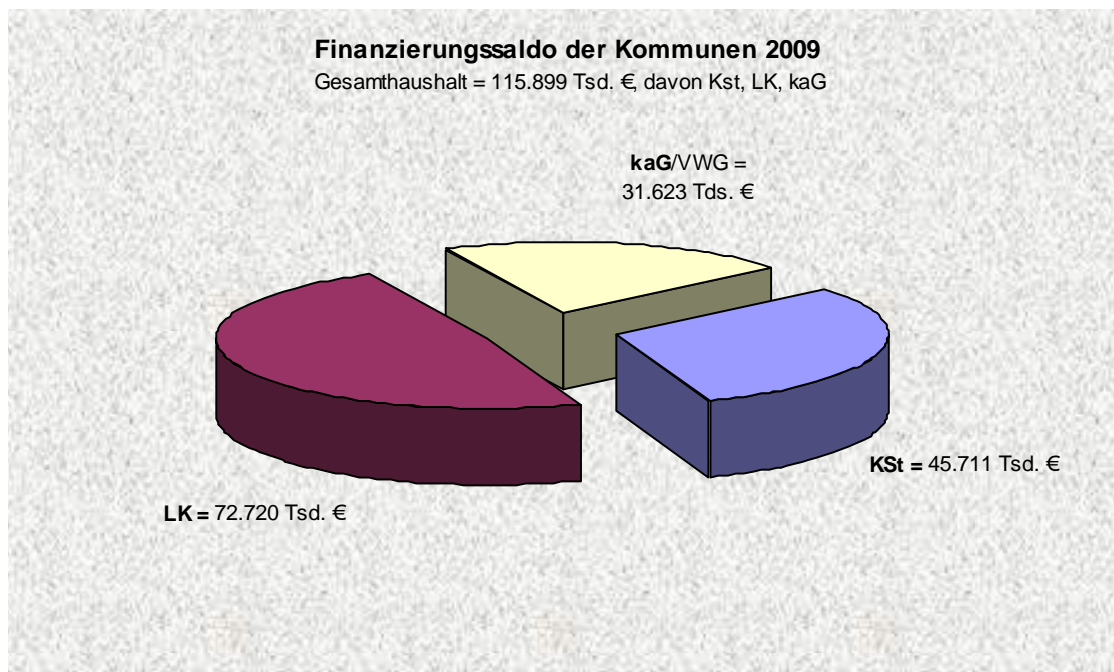
### 1.2.2 Finanzierungssaldo 2009

- [11] Der Überschuss im Verwaltungshaushalt der Gebietskörperschaften i.H.v. gesamt 150.055 Tsd. € wird in etwa hälftig von den Landkreisen erwirtschaftet (+72.720 Tsd. €). Die Verwaltungshaushalte der kreisfreien Städte tragen mit +45.711 Tsd. € und die Verwaltungshaushalte der kreisangehörigen Gemeinden mit +31.623 Tsd. € zum (Gesamt-)Finanzierungssaldo bei.

	Verwaltungshaushalt 1000 €				Vermögenshaushalt 1000 €			
	gesamt	KSt	LK	kaG	gesamt	KSt	LK	kaG
Bereinigte Einnahmen	4.409.116	1.130.041	1.467.570	1.811.504	754.848	173.584	171.301	409.963
Bereinigte Ausgaben	4.259.061	1.084.330	1.394.850	1.779.881	789.003	140.875	113.848	534.279
Saldo (+=Überschuss, - = Defizit)	150.055	45.711	72.720	31.623	-34.155	32.709	57.453	-124.316
Gesamthaushalt	115.899	78.420	130.173	-92.693				

Die Vermögenshaushalte der Kommunen (gesamt) sind mit 34.155 Tsd. € unterfinanziert. Dies ist allein auf die kreisangehörigen Gemeinden zurückzuführen. Die Vermögenshaushalte der kreisfreien Städte und der Landkreise weisen (im bereinigten Ergebnis) mehr Einnahmen als Ausgaben aus und finanzieren sich damit in der Gesamtheit ohne Neuverschuldung am Kapitalmarkt.

Zu dem positiven Ergebnis der Vermögenshaushalte der kreisfreien Städte führten im Wesentlichen deutlich gestiegene Einnahmen aus Beteiligungen (Halle = +17 Mio. €, Magdeburg +6 Mio. €). Bei den Landkreisen wird das auffällig positive Ergebnis des Jahres 2009 (im Jahr 2008 betrug das Defizit rd. 10 Mio. €) im Wesentlichen von einem einmaligen Vorgang, dem Verkauf der Krankenhausanteile des Landkreises Mansfeld-Südharz beeinflusst. Eine „Korrektur“ des Ergebnisses um den (einmal erzielten) Verkaufserlös i.H.v. rd. 75 Mio. € würde zu einem Defizit des Saldo des Vermögenshaushaltes i.H.v. 17.547 Tsd. € und in der Folge zu einem verringerten Finanzierungssaldo der Landkreis (+55.173 Tsd. €) und der Gesamtheit der Kommunen des Landes im Jahr 2009 (40.900 Tsd. € statt 115.899 Tsd. €) führen.



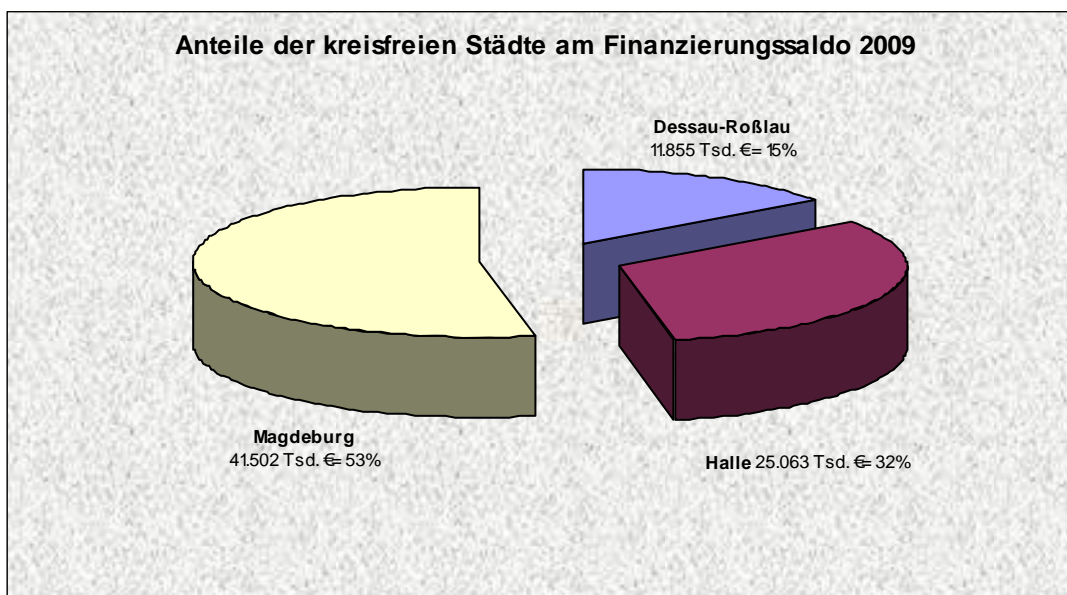
[12] Der Gesamthaushalt der kreisfreien Städte schließt mit einem Überschuss ab.

		Verwaltungshaushalt 1000 €			Vermögenshaushalt 1000 €			Gesamthaushalt 1000 €					
		Dessau-Roßlau	Halle	Magdeburg	Dessau-Roßlau	Halle	Magdeburg	Dessau-Roßlau	Halle	Magdeburg			
E	2009	163.603	493.762	472.677	28.565	88.516	56.502	X					
A		159.982	485.028	439.319	20.331	72.187	48.358						
Saldo		3.621	8.734	33.358	8.234	16.329	8.144				11.855	25.063	41.502
€/Einw.		41	38	145	93	70	35				134	108	181

Die Einnahmen der kreisfreien Städte reichten zur Deckung der Ausgaben aus laufender Verwaltungstätigkeit aus. Auch der Vermögenshaushalt stellte sich ausgeglichen dar. Im Vergleich zum Vorjahr

Saldo	2008	+7.065	+29.813	+40.623	+4.187	-390	-1.696	+11.253	+29.423	+38.926
€/Einw.		(+79)	(+128)	(+176)	(+47)	(-2)	(-7)	(+126)	(+126)	(+169)

lässt sich unschwer erkennen, dass die Überschüsse im Verwaltungshaushalt, bezogen auf den Einwohner, sehr deutlich rückläufig waren. Deutliche Verbesserungen der Vermögenshaushalte der Landeshauptstadt Magdeburg und der Stadt Halle (Saale) wurden durch Mehreinnahmen aus Beteiligungen erzielt.



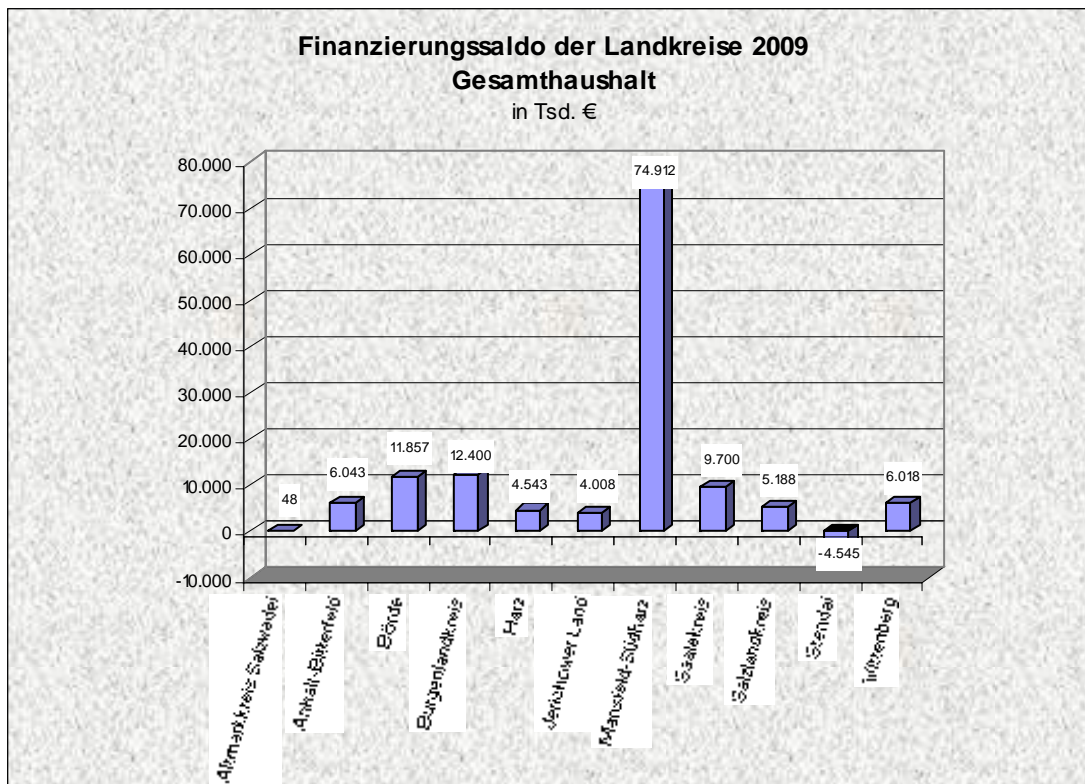
- [13] Der bereinigte Saldo der Einnahmen und Ausgaben der Landkreise (Kreishaushalte) schließt 2009 im Verwaltungshaushalt wie im Vermögenshaushalt mit einem Überschuss ab.

	Verwaltungshaushalt	Vermögenshaushalt	Gesamthaushalt
	1000 €		
bereinigte Einnahmen	1.467.570	171.301	X
bereinigte Ausgaben	1.394.850	113.848	
Saldo (+=Überschuss, - = Defizit)	+72.720	+57.453	+130.173

Auf die Landkreise verteilt ergibt sich folgendes Bild:

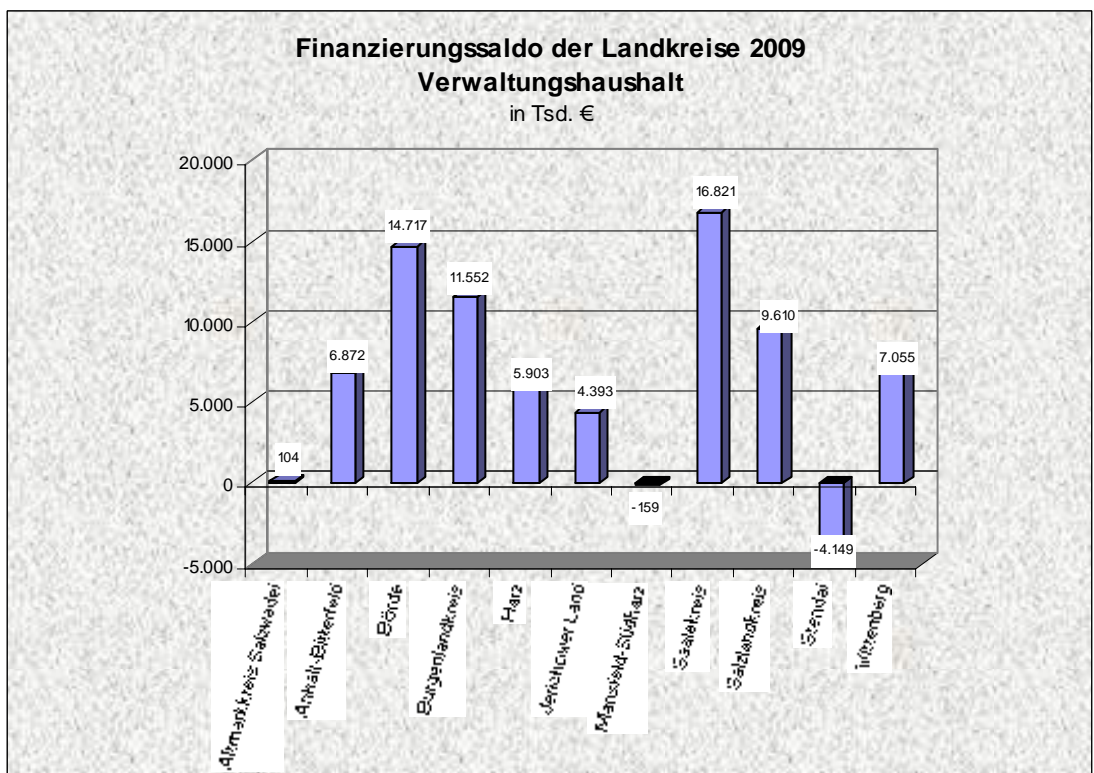
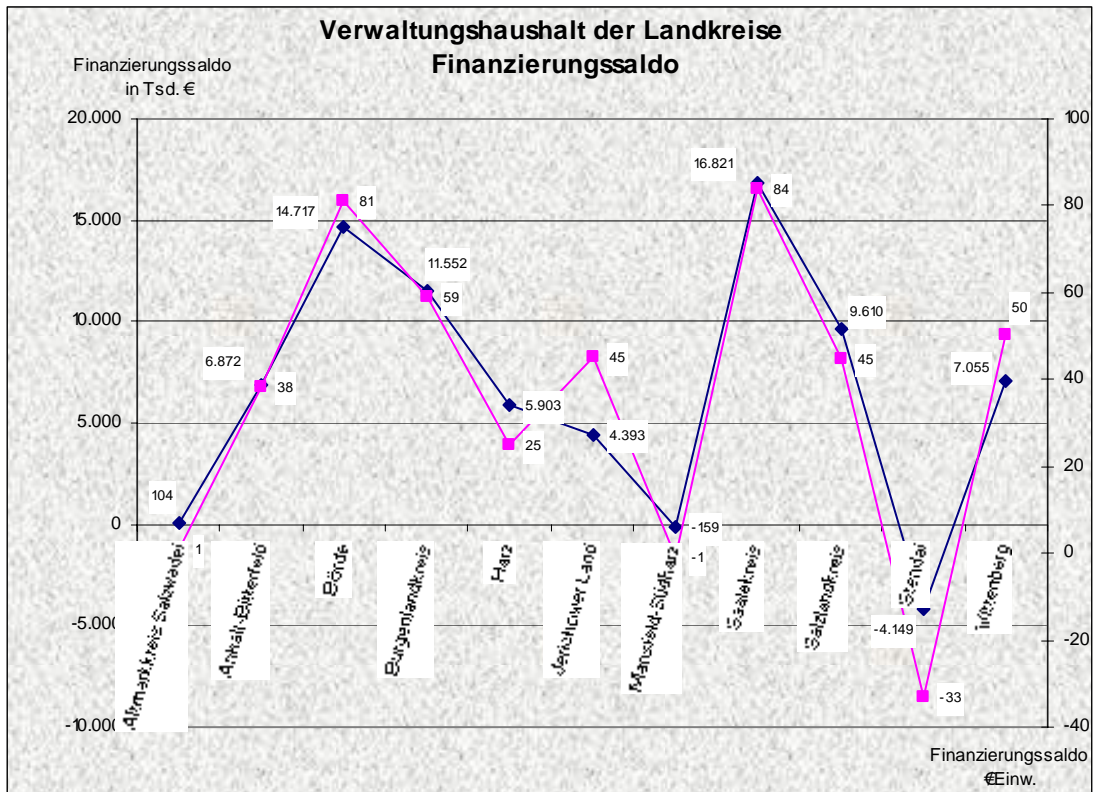
Landkreis	Gesamthaushalt (1.000 Tsd. €)		
	E	A	Saldo
Altmarkkreis Salzwedel	73.747	73.699	48
Anhalt-Bitterfeld	154.470	148.427	6.043
Börde	117.936	106.079	11.857
Burgenlandkreis	139.534	127.134	12.400
Harz	196.081	191.538	4.543
Jerichower Land	81.122	77.114	4.008
Mansfeld-Südharz	178.019	103.107	74.912
Saalekreis	233.741	224.041	9.700
Salzlandkreis	258.723	253.535	5.188
Stendal	98.341	102.886	-4.545
Wittenberg	107.156	101.138	6.018

Lediglich der Gesamthaushalt des Landkreises Stendal schließt mit einem Defizit ab. Zum Vergleich: Im Vorjahr schlossen die Gesamthaushalte der Landkreise Anhalt-Bitterfeld, des Landkreises Harz und des Landkreises Stendal mit einem Defizit ab.

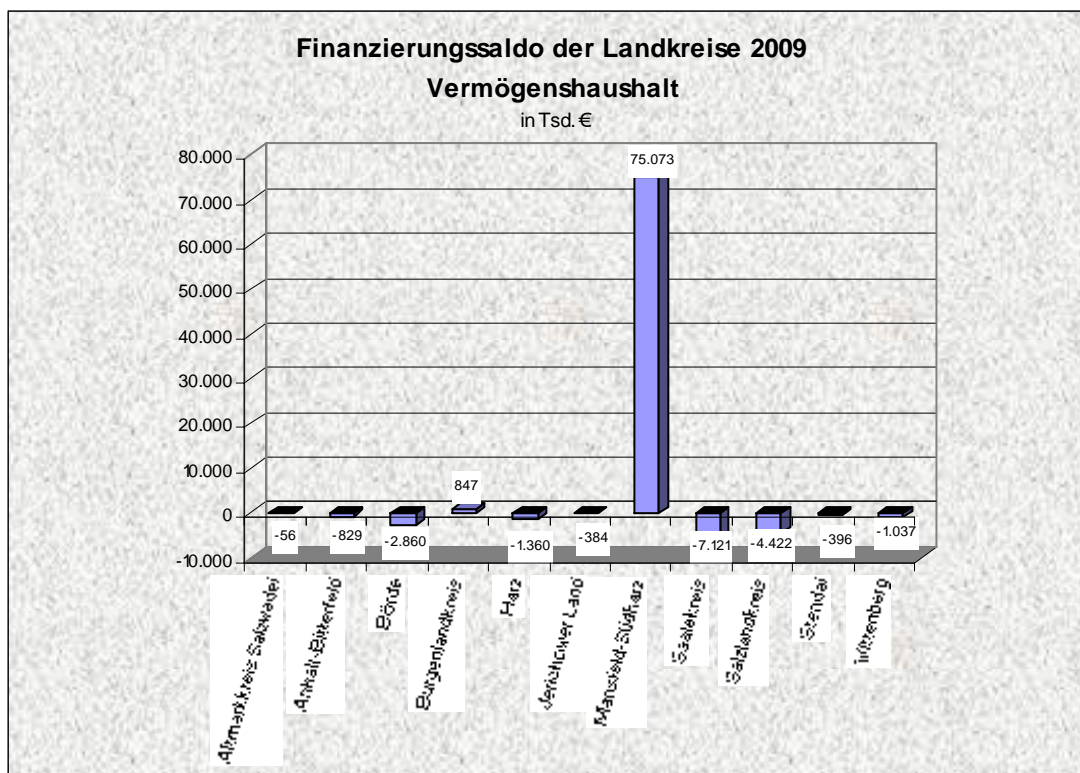


Mit Ausnahme der Verwaltungshaushalte der Landkreise Stendal und Mansfeld-Südharz (allerdings mit nur -159 Tsd. €) schließen die Verwaltungshaushalte mit einem Überschuss ab. Zum Vergleich: Im Jahr 2008 schlossen lediglich sieben Landkreise mit einem Überschuss ab. Drei Landkreise erwirtschafteten ein Defizit, das vor dem Hintergrund der Volumina der Kreishaushalte der Landkreise Anhalt-Bitterfeld, Harz und des Salzlandkreises jedoch beherrschbar erschien. Der Landkreis Stendal wies auch in 2008 mit rd. 6,7 Mio. € das absolut höchste Defizit aus.

Landkreis	Verwaltungshaushalt 1.000 €			Vermögenshaushalt 1.000 €		
	E	A	Saldo	E	A	Saldo
Altmarkkreis Salzwedel	68.556	68.452	+104 1 €/Einw.	5.191	5.247	-56
Anhalt-Bitterfeld	144.823	137.951	+6.872 38 €/Einw.	9.647	10.476	-829
Börde	110.890	96.173	+14.717 81 €/Einw.	7.046	9.906	-2.860
Burgenlandkreis	128.995	117.443	+11.552 59 €/Einw.	10.538	9.691	847
Harz	184.426	178.523	+5.903 25 €/Einw.	11.655	13.015	-1.360
Jerichower Land	75.432	71.039	+4.393 45 €/Einw.	5.691	6.075	-384
Mansfeld-Südharz	95.992	96.151	-159 -1 €/Einw.	82.028	6.955	75.073
Saalekreis	219.131	202.310	+16.821 84 €/Einw.	14.610	21.731	-7.121
Salzlandkreis	248.854	239.244	+9.610 45 €/Einw.	9.869	14.291	-4.422
Stendal	91.536	95.685	-4.149 -33 €/Einw.	6.805	7.201	-396
Wittenberg	98.935	91.880	+7.055 50 €/Einw.	8.221	9.258	-1.037



Mit Ausnahme der Vermögenhaushalte des Burgenlandkreises und des Landkreises Mansfeld-Südharz waren die Vermögenhaushalte der Landkreise nur durch die Aufnahme von Krediten am Kapitalmarkt ausgeglichen. Der auffällig hohe Überschuss des Vermögenhaushaltes des Landkreises Mansfeld-Südharz ist auf die Veräußerung der Krankenhausanteile i.H.v. 75 Mio. € zurückzuführen. Zum Vergleich: Im Vorjahr wies der Vermögenhaushalt bei Einnahmen in Höhe von rd. 4,3 Mio. € und Ausgaben i.H.v. rd. 4,2 Mio. € einen Überschuss von 0,1 Mio. € aus.



[14] Die Aufteilung des Finanzierungssaldos der kreisangehörigen Städte und Gemeinden i.H.v. -92.693 Tsd. € (einschl. der Verwaltungsgemeinschaften) auf die Gemeinden unterschiedlicher Größenklassen (ohne die Verwaltungsgemeinschaften) zeigen die nachfolgenden Tabellen:

	Verwaltungshaushalt 1000 €					
	Gemeinden mit 20.000 und mehr Einwohner	Gemeinden mit 10.000 bis unter 20.000 Einwoh- ner	Gemeinden mit 5.000 bis unter 10.000 Einwoh- ner	Gemeinden mit 3.000 bis unter 5.000 Einwohner	Gemeinden mit 1.000 bis unter 3.000 Einwohner	Gemeinden mit unter 1.000 Ein- wohner
bereinigte Einnahmen	597.990	313.731	290.805	96.966	255.171	237.724
bereinigte Ausgaben	605.960	328.251	263.853	87.674	249.659	224.983
Saldo (+=Überschuss, - = Defizit)	-7.970	-14.520	26.952	9.292	5.512	12.741

Bezogen auf die Verwaltungshaushalte zeigt die Tabelle, dass – im Gegensatz zu den Vorjahren, in denen die Gemeinden aller Gemeindegrößenklassen einen Überschuss im Verwaltungshaushalt erwirtschafteten –

2007	+91.445	+30.815	+52.289	+14.450	+32.941	+39.908
2008	+67.139	+38.695	+51.859	+14.126	+40.432	+37.847

lediglich die Verwaltungshaushalte der Gemeinden der Größenklasse bis unter 10.000 Einwohner Überschüsse ausweisen. Die Vermögenshaushalte hingegen sind – wie auch im Jahr 2007 – unterfinanziert.

	Vermögenshaushalt 1000 €					
	Gemeinden mit 20.000 und mehr Einwohner	Gemeinden mit 10.000 bis unter 20.000 Einwohner	Gemeinden mit 5.000 bis unter 10.000 Einwohner	Gemeinden mit 3.000 bis unter 5.000 Ein- wohner	Gemeinden mit 1.000 bis unter 3.000 Ein- wohner	Gemeinden mit unter 1.000 Ein- wohner
bereinigte Einnahmen	130.017	62.285	61.403	28.093	63.337	62.395
bereinigte Ausgaben	142.716	85.068	78.386	32.688	96.624	91.530
Saldo (+=Überschuss, - = Defizit)	-12.699	-22.783	-16.983	-4.595	-33.287	-29.135
	Gesamthaushalt 1000 €					
Saldo (+=Überschuss, - = Defizit)	-20.669	-37.302	9.969	4.697	-27.774	-16.394

Bezogen auf den Gesamthaushalt (und im Vergleich zum Jahr 2008) ist die positive Entwicklung der Vergangenheit gestoppt.

## 2. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben

### 2.1 Entwicklung der Einnahmen

- [15] Ursache für die Verschlechterung des Finanzierungssaldos 2009 ist ein Rückgang der bereinigten Einnahmen etwa auf das Niveau des Jahres 2007 (-1,2%). Zudem sind die bereinigten Ausgaben von 4.925.248 Tsd. € auf 5.048.064 Tsd. € gestiegen (+2,49%, vgl. Rdnr. 42).

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
Einnahmen (gesamt)	5.207.543	5.171.075	-0,70	5.227.002	1,08	5.163.963	-1,21
kreisfreie Städte	1.326.644	1.250.732	-5,72	1.294.652	3,51	1.303.625	0,69
Landkreise	1.718.957	1.683.238	-2,08	1.593.431	-5,34	1.638.871	2,85
kreisangeh. Ge- meinden/VWG	2.161.942	2.237.105	3,48	2.338.919	4,55	2.221.467	-5,02

Dabei ist festzustellen, dass der Rückgang der Einnahmen ausschließlich die kreisangehörigen Städten und Gemeinden belastet. Die kreisfreien Städte und Landkreise sind per Saldo im Plus

- [16] Der jeweilige Anteil der kreisfreien Städte an deren Gesamteinnahmen (in Tsd. Euro) entwickelte sich wie folgt:

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
gesamt	1.326.644	1.250.732	-5,72	1.294.652	3,51	1.303.625	0,69
Dessau-Roßlau	174.545	182.802	4,73	193.345	5,77	192.168	-0,61
Halle	508.676	557.979	9,69	581.137	4,15	582.278	0,20
Magdeburg	643.423	509.951	-20,74	520.170	2,00	529.179	1,73

- [17] Der Anteil der Landkreishaushalte an deren Gesamteinnahmen (in Tsd. €) entwickelte sich wie folgt:

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
Altmarkkreis Salzwedel	75.176	77.354	2,90	74.628	-3,52	73.747	-1,18
Anhalt-Bitterfeld	235.688	218.681	-7,22	179.143	-18,08	154.470	-13,77
Börde	126.176	128.249	1,64	113.400	-11,58	117.936	4,00
Burgenlandkreis	156.245	150.976	-3,37	143.274	-5,10	139.534	-2,61
Harz	204.847	202.593	-1,10	198.700	-1,92	196.081	-1,32
Jerichower Land	74.926	77.894	3,96	82.706	6,18	81.122	-1,92
Mansfeld-Südharz	104.071	107.586	3,38	100.086	-6,97	178.019	77,87 <sup>9</sup>
Saalekreis	255.409	250.177	-2,05	236.625	-5,42	233.741	-1,22
Salzlandkreis	292.242	271.565	-7,08	260.691	-4,00	258.723	-0,75
Stendal	104.678	100.890	-3,62	99.694	-1,19	98.341	-1,36
Wittenberg	89.499	97.273	8,69	104.483	7,41	107.156	2,56

- [18] Gestaffelt nach Gemeindegrößenklassen stellt sich die Entwicklung der Einnahmen (in Tsd. Euro) der kreisangehörigen Städte und Gemeinden wie folgt dar:

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
20.000 und mehr	706.592	764.161	8,15	773.087	1,17	728.007	-5,83
10.000 - 20.000	412.454	386.944	-6,18	411.533	6,35	376.016	-8,63
5.000 - 10.000	325.266	349.676	7,50	373.197	6,73	352.208	-5,62
3.000 - 5.000	111.574	109.353	-1,99	118.023	7,93	125.059	5,96
1.000 - 3.000	324.925	328.276	1,03	345.243	5,17	318.509	-7,74
unter 1.000	264.380	282.635	6,90	299.949	6,13	300.119	0,06

Auffällig ist, dass die Gemeindegrößenklasse 10.000 – 20.000 Einwohner einer starken Schwankung ausgesetzt ist. Nach einnahmestarken Jahren mit zweistelligen Zuwachsraten müssen die Städte und Gemeinden dieser Größenklasse im Berichtszeitraum Mindereinnahmen von 36,4 Mio. € hinnehmen. Die Einnahmen des Jahres 2009 entsprechen in etwa dem Niveau der Einnahmen Jahres 2006. Die Gesamteinnahmen der Städte mit 20.000 und mehr Einwohner, die im Jahre 2007 erstmals ein deutliches Plus (rd. 8 %) erfuhren, haben sich 2008 (lediglich) verstetigt (+1,17%) um in 2009 spürbar zurückzugehen (-5,83%). Mit den Einnahmen des Jahres 2009 werden zudem die niedrigsten Einnahmen im Berichtszeitraum erwirtschaftet. Über den Berichtszeitraum 2006 bis 2009 sind lediglich die Gesamteinnahmen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden unter 1.000 Einwohner nach Zuwächsen in den Jahren 2007 und 2008 in etwa gleich hoch.

- [19] Bezogen auf den Verwaltungshaushalt (in Tsd. Euro) zeigt sich zwar über den Berichtszeitraum eine positive Tendenz. Die Gesamteinnahmen im Jahr 2009 liegen aber zum Teil deutlich unter dem Niveau der Jahre 2007 und 2008.

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
gesamt	4.384.575	4.477.436	2,12	4.608.369	2,92	4.409.116	-4,32
kreisfreie Städte	1.041.286	1.082.136	3,92	1.147.603	6,05	1.130.041	-1,53
Landkreise	1.590.243	1.548.628	-2,62	1.495.258	-3,45	1.467.570	-1,85
kreisangeh. Gemeinden/VWG	1.753.046	1.846.673	5,34	1.965.508	6,44	1.811.504	-7,84

<sup>9</sup> Vgl. dazu Rdnr. 11, 13.

Der Anstieg der Einnahmen des Verwaltungshaushaltes der Stadt Dessau im Jahr 2008 war im Wesentlichen auf die Fusion mit der Stadt Roßlau zurückzuführen. Während die Stadt Halle im Vergleich der Jahre bis 2008 eine kontinuierliche Verbesserung der Einnahmen des Verwaltungshaushaltes verspürte, fallen die Zuwächse bei den Einnahmen des Verwaltungshaushaltes der Landeshauptstadt Magdeburg geringer aus. 2009 hingegen sinken die Einnahmen der Stadt Halle um 3,88%, die der Landeshauptstadt bleiben konstant (+0,63%).

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
gesamt	1.041.286	1.082.136	3,92	1.147.603	6,05	1.130.041	-1,53
Dessau-Roßlau	144.226	151.615	5,12	164.175	8,28	163.603	-0,35
Halle	440.312	478.925	8,77	513.707	7,26	493.762	-3,88
Magdeburg	456.748	451.595	-1,13	469.721	4,01	472.677	0,63

Bezogen auf die Einnahmen pro Einwohner (Stand 30.6.2007) fallen die Unterschiede noch deutlicher auf: Danach erzielt die Stadt Dessau-Roßlau 1.848. €/Einw. (2007 = 1.684 €/Einw.), die Stadt Halle 2.202 €/Einw. (2007 = 2.085 €/Einw.) und die Landeshauptstadt Magdeburg 2.045 €/Einw. (2007 = 1.923 €/Einw.). Bei grundsätzlich vergleichbarer Aufgabenstruktur sind die Mindereinnahmen der Stadt Dessau-Roßlau gegenüber Halle i.H.v. 354 €/Einwohner und Magdeburg i.H.v. 197 €/Einwohner recht deutlich. 2009 betragen die Einnahmen des Verwaltungshaushaltes pro Einwohner der Städte Dessau-Roßlau, Halle und Magdeburg 1.855 €, 2.118 € und 2058 € (Einwohnerstand 30.6.2008). Damit haben sich die Einnahmen pro Einwohner der Stadt Dessau-Roßlau und der Landeshauptstadt verstetigt. Die Einnahmen/Einwohner der Stadt Halle (Saale) sind um 84 €/Einw. rückläufig.

- [20] Bezogen auf den Verwaltungshaushalt (in Tsd. Euro) zeigt sich für die Einnahmen der Landkreise über den Berichtszeitraum folgendes Bild:

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
Altmarkkreis Salzwedel	70.745	70.837	0,13	68.338	-3,53	68.556	0,32
Anhalt-Bitterfeld	217.370	202.645	-6,77	171.555	-15,34	144.823	-15,58
Börde	112.804	109.795	-2,67	108.145	-1,50	110.890	2,54
Burgenlandkreis	135.289	132.454	-2,10	127.053	-4,08	128.995	1,53
Harz	193.015	187.940	-2,63	185.356	-1,37	184.426	-0,50
Jerichower Land	68.193	73.215	7,36	77.709	6,14	75.432	-2,93
Mansfeld-Südharz	95.721	100.039	4,51	95.040	-5,00	95.992	1,00
Saalekreis	239.807	229.410	-4,34	220.910	-3,71	219.131	-0,81
Salzlandkreis	276.047	260.791	-5,53	251.862	-3,42	248.854	-1,19
Stendal	96.913	94.390	-2,60	93.526	-0,92	91.536	-2,13
Wittenberg	84.340	87.111	3,29	95.763	9,93	98.935	3,31

- [21] Die Situation im kreisangehörigen Raum stellt sich sehr viel differenzierter dar. Während im Jahr 2006 – mit Ausnahme der Größenklasse unter 1.000 Einwohner – deutliche Mehreinnahmen zu verzeichnen waren, waren 2007 die Vorzeichen teils umgekehrt. Die Größenklasse unter 1.000 Einwohner verzeichnete Zuwächse während die Größenklasse 3.000-5.000 Einwohner Mindereinnahmen hinnehmen musste. Auf dem Vorjahresniveau eingependelt hatten sich lediglich die Gemeinden der Größenklasse 5.000-10.000 Einwohner. Die Größenklasse 10.000 bis 20.000 Einwohner war ge-

zwungen, Mindereinnahmen zu kompensieren. Sehr erfreulich hingegen war die Entwicklung der Gemeinden mit 20.000 und mehr Einwohnern: Der Zuwachs betrug hier rd. 90,3 Mio. €. Im Jahr 2008 fielen die Zuwächse in allen Gemeindegrößenklassen deutlich geringer aus; die Gemeindegrößenklasse 3.000 bis 5.000 Einwohner musste sogar Mindereinnahmen verkraften und erreichten mit 96.966 Tsd. € in etwa das Ergebnis des Jahres 2005. Die Gemeinden der Größenklasse 10.000 – 20.000 Einwohner hingegen legten, nach dem Rückgang des Jahres 2007, um ca. rd. 28,3 Mio. € zu. Mit 355.671 Tsd. € wurde das beste Ergebnis im Betrachtungszeitraum erzielt.

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
20.000 und mehr	560.083	630.201	12,52	650.315	3,19	597.990	-8,05
10.000 - 20.000	349.098	327.362	-6,23	355.671	8,65	313.731	-11,79
5.000 - 10.000	266.431	295.780	11,02	308.103	4,17	290.805	-5,61
3.000 - 5.000	87.162	89.343	2,50	97.540	9,17	96.966	-0,59
1.000 - 3.000	258.193	258.238	0,02	285.639	10,61	255.171	-10,67
unter 1.000	218.267	232.060	6,32	254.366	9,61	237.724	-6,54

Im Jahr 2009 sind die Einschnitte – mit Ausnahme der Gemeinden der Größenklasse 3.000 bis 5.000 Einw. – nicht zu übersehen. Die Gemeinden der Größenklasse 10.000 bis 20.000 Einwohner müssen im Vergleich zum Vorjahr Mindereinnahmen von rd. 41,9 Mio. €, die Gemeinden der Größenklasse 20.000 Einwohner und mehr von 52,3 Mio. €, die Gemeinden der Größenklasse 1.000 bis 3.000 Einwohner von rd. 30,5 Mio. € verkraften.

- [22] Bezogen auf den Vermögenshaushalt (in Tsd. Euro) lässt sich im Vergleich der Jahre 2006 zu 2007 und auch 2007 zu 2008 ein deutlicher Einbruch der Einnahmen erkennen. Die Einnahmen der Vermögenshaushalte aller Gebietskörperschaftsgruppen sind dann aber wieder angestiegen (von 618.634 Tsd. € auf 754.848 Tsd. €, = +136.214 Tsd. €). Zweifellos sind die Zuwächse auch auf die (zusätzlichen Mehr-)Einnahmen aus dem Zukunftsinvestitionsgesetz zurückzuführen.

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
gesamt	822.967	693.639	-15,71	618.634	-10,81	754.848	22,02
kreisfreie Städte	285.358	168.597	-40,92	147.049	-12,78	173.584	18,05
Landkreise	128.714	134.611	4,58	98.174	-27,07	171.301	74,49 <sup>10</sup>
kreisangeh. Gemeinden/VWG	408.895	390.432	-4,52	373.411	-4,36	409.963	9,79

Für die kreisfreien Städte ergibt sich folgendes Bild:

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
gesamt	285.358	168.597	-40,92	147.049	-12,78	173.584	18,05
Dessau-Roßlau	30.319	31.187	2,86	29.171	-6,46	28.565	-2,08
Halle	68.364	79.054	15,64	67.430	-14,70	88.516	31,27
Magdeburg	186.675	58.356	-68,74 <sup>11</sup>	50.449	-13,55	56.502	12,00

- [23] Bezogen auf den Vermögenshaushalt (in Tsd. €) lässt sich für die Landkreise folgende Entwicklung aufzeigen:

<sup>10</sup> Vgl. dazu auch Rdnr. 11, 13.

<sup>11</sup> Vgl. dazu Kommunalfinanzbericht 2007, Rdnrn. 13 ff., 24.

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
Altmarkkreis Salzwedel	4.431	6.517	47,08	6.291	-3,47	5.191	-17,49
Anhalt-Bitterfeld	18.318	16.035	-12,46	7.588	-52,68	9.647	27,13
Börde	13.372	18.454	38,00	5.254	-71,53	7.046	34,11
Burgenlandkreis	20.957	18.522	-11,62	16.221	-12,42	10.538	-35,03
Harz	11.832	14.653	23,84	13.344	-8,93	11.655	-12,66
Jerichower Land	6.733	4.679	-30,51	4.997	6,80	5.691	13,89
Mansfeld-Südharz	8.350	7.546	-9,63	5.046	-33,13	82.028	1.525,60 <sup>12</sup>
Saalekreis	15.602	20.768	33,11	15.715	-24,33	14.610	-7,03
Salzlandkreis	16.195	10.774	-33,47	8.829	-18,05	9.869	11,78
Stendal	7.765	6.500	-16,29	6.168	-5,11	6.805	10,33
Wittenberg	5.159	10.162	96,98	8.720	-14,19	8.221	-5,72

- [24] Die Vermögenshaushalte der kreisangehörigen Gemeinden entwickeln sich bis 2008 weiter rückläufig, ausgenommen die Haushalte der Gemeindegrößenklasse 5.000 bis 10.000 Einwohner. Dieser Trend ist gestoppt (Ausnahme Gemeinde der Größenklasse 5.000 bis 10.000 Einw.). Nach Gemeindegrößenklassen ergibt sich folgendes Bild:

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
20.000 und mehr	146.508	133.960	-8,56	122.772	-8,35	130.017	5,90
10.000 - 20.000	63.356	59.583	-5,96	55.863	-6,24	62.285	11,50
5.000 - 10.000	58.835	53.896	-8,39	65.094	20,78	61.403	-5,67
3.000 - 5.000	24.411	20.009	-18,03	20.483	2,37	28.093	37,15
1.000 - 3.000	66.733	70.038	4,95	59.605	-14,90	63.337	6,26
unter 1.000	46.113	50.575	9,68	45.583	-9,87	62.395	36,88

### 2.1.1 Entwicklung der Steuereinnahmen 2006 bis 2009

- [25] Bereits die Jahre 2003 bis 2006 waren durch deutliche Mehreinnahmen insbesondere bei der Gewerbesteuer gekennzeichnet. Auch im Berichtszeitraum bis 2008 hält dieser Trend an, zwar abgeschwächt, denn die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (netto) sind 2007 nur um 4,5 Mio. € angestiegen. Im Jahr 2008 sind die Einnahmen aus der Gewerbesteuer wieder deutlich (mit einer zweistelligen Zuwachsrate) von 514,4 Mio. € auf 583,4 Mio. € (= rd. +69 Mio. €), angestiegen. Die Einnahmen bei den Gemeindeanteilen an der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie dem Familienleistungsausgleich waren nach rückläufigen Einnahmen des Jahres 2007 wieder deutlich ansteigend (+84.759 Tsd. €). Allein der Gemeindeanteil aus der Einkommen- und der Umsatzsteuer (2007 = 377.937 Tsd. €) war deutlich, um rd. 87.989 Tsd. € (auf 465.926 Tsd. €), gestiegen (vgl. Kommunalfinanzbericht 2009, Rdnr. 26).

	2006	2007	2008	2009	Veränderung in %
Grundsteuer	217.608	221.749	221.303	222.237	0
Gewerbesteuer netto	509.738	514.407	583.237	462.218	-21
Gemeindeanteil aus Gemeinschaftssteuern insgesamt	388.280	381.167	465.898	432.458	-7
davon					
Einkommenssteuer	249.750	294.053	379.058	348.929	-8
Familienleistungsausgleich <sup>13</sup>	62.731	3.230	0	0	0
Umsatzsteuer	75.799	83.884	86.840	83.529	-4
sonstige Steuern	13.084	11.704	12.917	13.172	2

<sup>12</sup> Vgl. Rdnrn. 11, 13.

<sup>13</sup> Die im Jahr 2008 fehlenden Einnahmen aus dem Familienleistungsausgleich gehen auf die mit Wirkung zum 1. Januar 2007 in Kraft getretene ersatzlose Streichung des Familienleistungsausgleichs zurück (vgl. Haushaltsbegleitgesetz 2007 vom 17. Januar 2007, GVBl. S. 12).

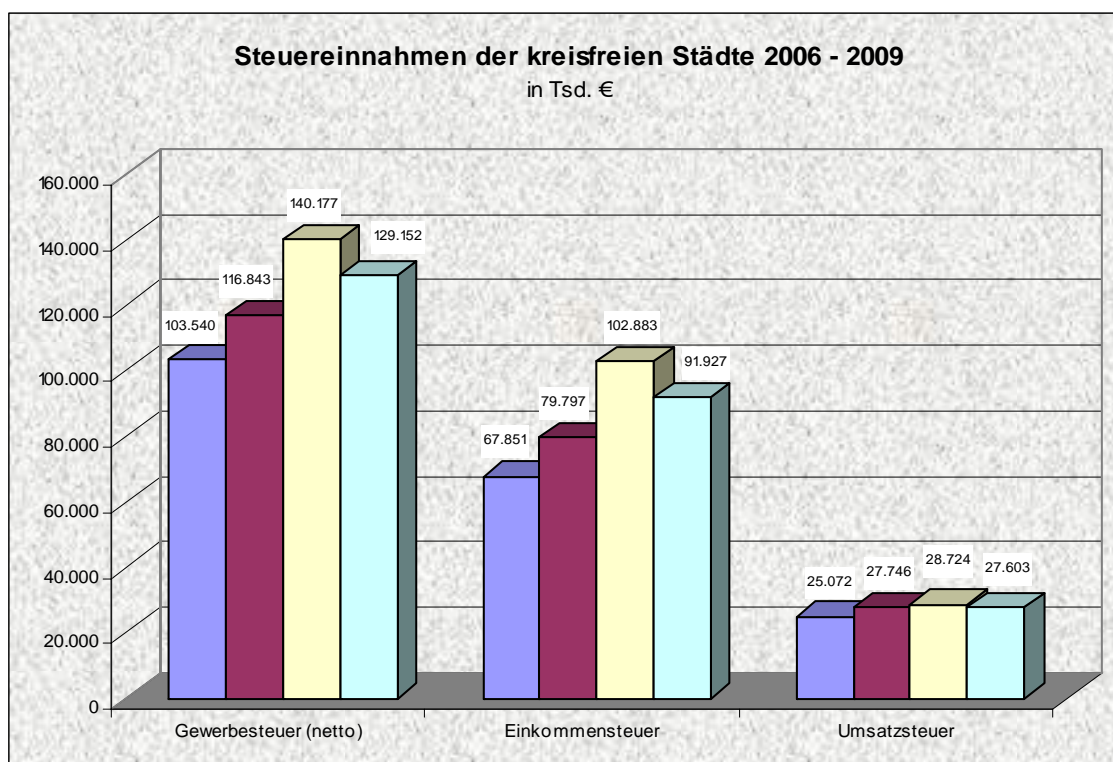
Als Auswirkungen der allgemeinen Finanz- und Wirtschaftskrise unschwer zu erkennen ist der doch deutliche Rückgang des Aufkommens aus der Gewerbesteuer (netto) von 584.237.000 € auf 462.218.000 € im Jahr 2009 (-121.019.000 € = 21%). Aber auch die Einnahmen der Gemeinden aus den Gemeinschaftssteuern (Einkommen- und Umsatzsteuer) sind mit Vergleich zu 2008 rückläufig (-33.440.000 €), so dass sich die Mindereinnahmen auch den wesentlichen Steuern auf 154.459.000 € aufsummieren. Dass das Grundsteueraufkommen stabil bleibt und die sonstigen Steuern (kommunale Aufwands- und Verbrauchsteuern) und steuerähnlichen Einnahmen geringe Zuwächse verzeichnen, trägt zur Entspannung der Situation in keiner Weise bei.

[26] Die Steuereinnahmen der kreisfreien Städte (in Tsd. €) entwickelten sich wie folgt:

		2006	2007	2008	2009	Veränderung in %
Grundsteuer		57.123	57.818	57.601	56.822	-1
Gewerbesteuer netto		103.540	116.843	140.177	129.152	-8
Gemeindeanteil insgesamt		109.954	108.419	131.607	119.530	-9
davon	Einkommenssteuer	67.851	79.797	102.883	91.927	-11
	Familienleistungsausgleich	17.031	876	0	0	0
	Umsatzsteuer	25.072	27.746	28.724	27.603	-4
sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen		3.851	2.743	3.722	3.929	6

Naturgemäß unterliegen die Einnahmen aus der Grundsteuer keinen nennenswerten Schwankungen; sie liegen im Berichtszeitraum in etwa bei 57 Mio. €.

Bei den wichtigen Steuerquellen, der Gewerbesteuer (netto) und den Gemeindeanteilen an der Einkommen- und der Umsatzsteuer waren im Jahr 2009 im Vergleich zum Jahr 2008 hingegen Mindereinnahmen in Höhe von 11 Mio. €, bzw. 12 Mio. € zu verzeichnen.

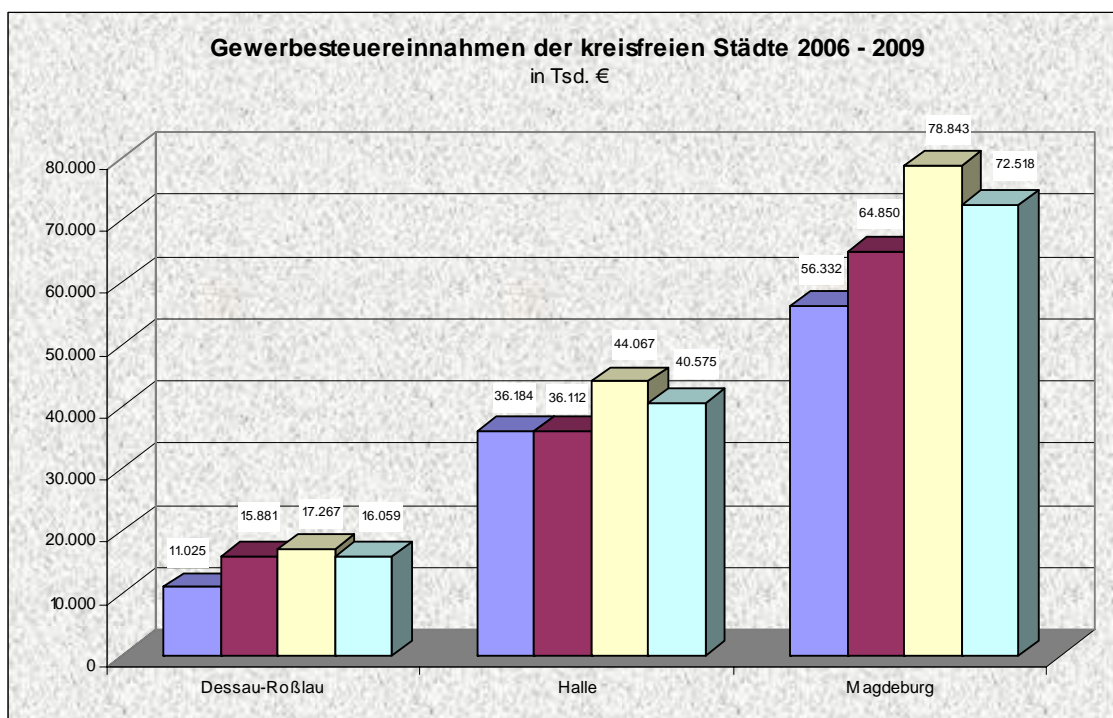


Die Einnahmen aus den sonstigen Steuerquellen (kommunale Aufwand- und Verbrauchsteuern) und steuerähnlichen Entgelten unterliegen ebenfalls keinen nennenswerten Schwankungen; sie liegen im Berichtszeitraum zwischen 2,7 und 3,9 Mio. €.

[27] Die nachfolgende Tabelle zeigt, dass die Entwicklung der Steuereinnahmen, insbesondere der Gewerbesteuereinnahmen, unterschiedlich verläuft.

		Dessau-Roßlau				Halle				Magdeburg			
		2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009
Grundsteuer		9.670	9.731	10.173	9.883	21.174	21.218	21.087	19.982	26.279	26.869	26.342	26.956
Gewerbesteuer netto		11.025	15.881	17.267	16.059	36.184	36.112	44.067	40.575	56.332	64.850	78.843	72.518
	€/Einwohner	120	175	193	182	153	154	189	175	246	282	343	316
Gemeindeanteil insg.		16.013	15.683	19.220	17.457	46.773	45.961	55.991	49.254	47.170	46.776	56.396	52.818
davon	Einkommenssteuer	10.449	12.295	15.852	14.061	29.503	34.658	44.684	38.370	27.900	32.844	42.347	39.495
	Familienleistungsausgleich	2.624	135	0	0	7.401	381	0	0	7.007	361	0	0
	Umsatzsteuer	2.940	3.253	3.368	3.396	9.869	10.922	11.307	10.884	12.263	13.571	14.049	13.323
sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen		555	524	456	661	1.440	948	1.254	1.278	1.856	1.270	2.012	1.990

Die Stadt Dessau-Roßlau hat den (einmaligen) Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen (netto) von 2006 zu 2005 um 36,4% offensichtlich überwunden, denn das Steueraufkommen erreichte im Jahr 2007 wieder das Niveau des Jahres 2005 und ist im Jahr 2008 um weitere 1.386.000 € angestiegen. Der Rückgang auf 16 Mio. € im Jahr 2009 erscheint moderat; schließlich liegen die Steuereinnahmen noch über dem Niveau des Jahres 2007. Umgerechnet auf den Einwohner beträgt das Gewerbesteueraufkommen nunmehr 182 €/Einw. (2008 = 193 Euro).



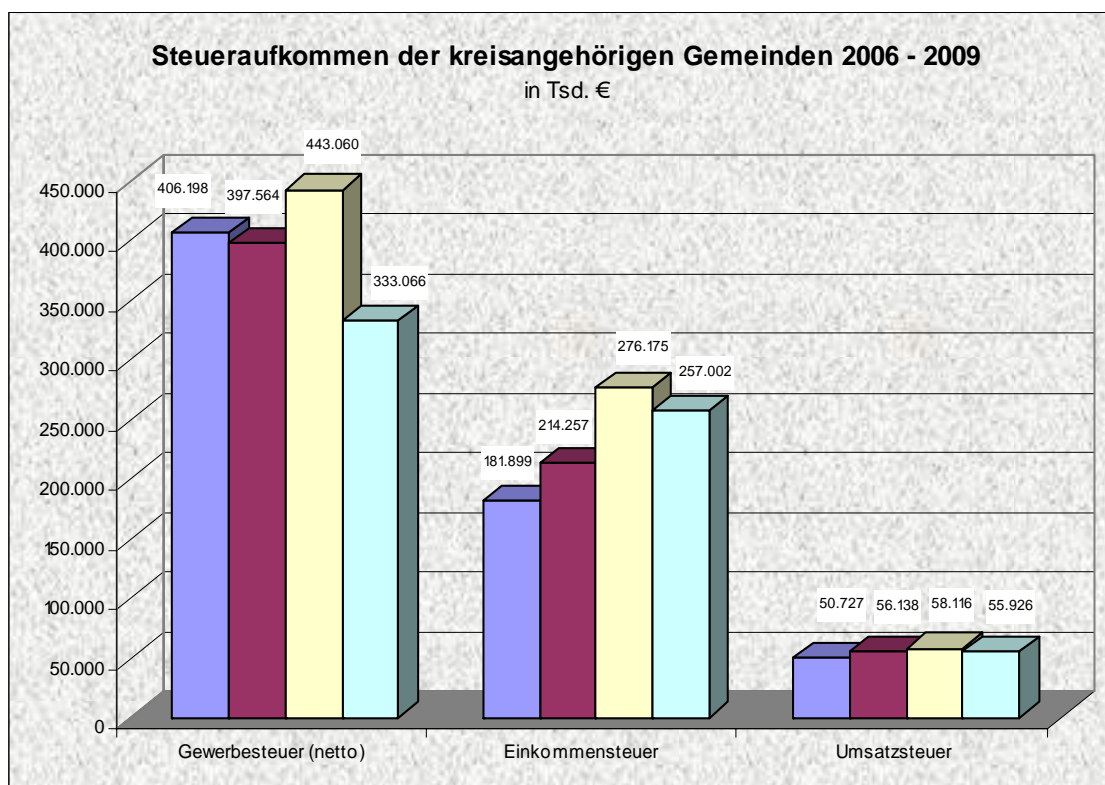
Auch die Stadt Halle (Saale) hatte bis einschl. 2008 Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer zu verzeichnen (+ 7.955.000 €). Der Rückgang um rd. 3,5 Mio. € ist sicherlich schmerzlich, allerdings liegt auch hier das Gewerbesteueraufkommen noch deutlich über dem Niveau des Jahres 2007. Mit nunmehr 175 €/Einw. liegt das Gewerbesteueraufkommen hinter dem Aufkommen der Stadt Dessau-Roßlau (182 €/Einw.) und ganz deutlich unter dem Aufkommen der Landeshauptstadt Magdeburg (316 €/Einw.).

Die gewerbesteuerstärkste kreisfreie Stadt ist die Landeshauptstadt Magdeburg, sowohl absolut (72.518.000 €), als auch hinsichtlich des Aufkommens pro Einwohner (316 €/Einw.). Aber auch die Landeshauptstadt hat 2009 Mindereinnahmen zu verkraften (6.325.000 €). Das Steueraufkommen beträgt absolut (und gemessen am Einwohner) auch im Jahr 2009 mehr als das 1,7fache des Steueraufkommens der Stadt Halle.

[28] Die Entwicklung der Steuereinnahmen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden verlief bis einschließlich 2008 ebenfalls zufriedenstellend. Im Vergleich der Jahre wurden die Ergebnisse der Jahre 2006 (= 854.241 Tsd. €), 2007 i.H.v. 843.204 Tsd. €, deutlich übertroffen (2008 = 950.247 Tsd. € = + 107.043 Tsd. €). Mit Einnahmen in Höhe von 820.652 Tsd. € im Jahr 2009 sind hingegen Mindereinnahmen in Höhe von 129.595 Tsd. € zu verkraften. Damit liegen die Einnahmen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden knapp über dem Niveau des Jahres 2005.

		2006	2007	2008	2009	Veränderung in %
Grundsteuer		160.485	163.931	163.702	165.415	1
Gewerbesteuer netto		406.198	397.564	443.060	333.066	-25
Gemeindeanteil insgesamt		278.325	272.748	334.291	312.928	-6
davon	Einkommenssteuer	181.899	214.257	276.175	257.002	-7
	Familienleistungsausgleich	45.699	2.353	0	0	0
	Umsatzsteuer	50.727	56.138	58.116	55.926	-4
sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen		9.233	8.961	9.194	9.243	1

Die Einnahmen aus der Grundsteuer (sowie den sonst. Steuern und steuerähnliche Einnahmen) sind von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung eher unabhängig und verlaufen naturgemäß linear. Mit einem Rückgang Einnahmen aus der Gewerbesteuer in Höhe von 109.994.000 € sind die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise allerdings deutlich sichtbar.



[29] Differenziert nach den Gemeindegrößenklassen ergibt sich folgendes Bild:

		Gemeinden mit 20.000 und mehr Einwohnern				Gemeinden mit 10.000 bis unter 20.000 Einwohnern				Gemeinden mit 5.000 bis unter 10.000 Einwohnern			
		2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009
Grundsteuer		50.482	51.125	50.066	51.093	29.290	29.685	30.224	30.383	24.247	24.955	25.139	25.183
Gewerbsteuer netto		110.758	138.967	149.373	110.452	126.728	86.958	102.808	68.643	75.552	83.407	69.474	63.340
Gemeindeanteil insgesamt		91.662	90.452	109.616	99.743	52.117	51.271	62.500	58.333	42.511	41.469	51.200	49.129
davon	Einkommensteuer	56.215	66.114	85.172	76.490	32.970	38.820	50.051	46.271	28.903	34.075	43.933	41.814
	Familienleistungsausgleich	14.111	726	0	0	8.281	426	0	0	7.265	374	0	0
	Umsatzsteuer	21.336	23.612	24.444	23.253	10.866	12.025	12.449	12.062	6.343	7.020	7.267	7.315
sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen		3.478	3.340	3.458	3.737	1.854	1.697	1.747	1.680	1.119	1.127	1.173	1.117

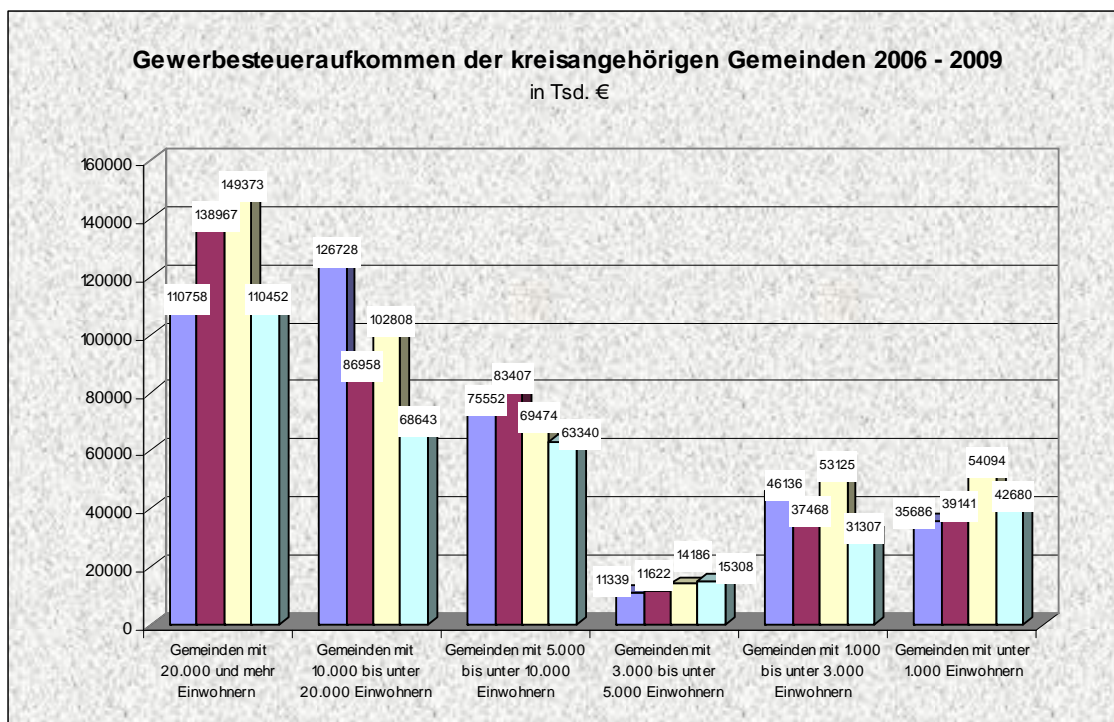
		Gemeinden mit 3.000 bis unter 5.000 Einwohnern				Gemeinden mit 1.000 bis unter 3.000 Einwohnern				Gemeinden mit unter 1.000 Einwohnern			
		2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009
Grundsteuer		8.397	8.748	8.638	8.752	25.114	25.786	26.033	26.061	22.954	23.633	23.603	23.492
Gewerbsteuer netto		11.339	11.622	14.186	15.308	46.136	37.468	53.125	31.307	35.686	39.141	54.094	42.680
Gemeindeanteil insgesamt		15.283	14.920	18.396	16.960	44.129	42.983	53.200	50.212	32.621	31.652	39.379	37.861
davon	Einkommensteuer	10.311	12.152	15.668	14.433	30.400	35.854	46.228	43.617	23.099	27.242	35.123	33.799
	Familienleistungsausgleich	2.591	133	0	0	7.643	394	0	0	5.807	299	0	0
	Umsatzsteuer	2.381	2.635	2.728	2.527	6.086	6.735	6.972	6.595	3.715	4.111	4.256	4.062
sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen		434	431	444	444	1.178	1.197	1.222	1.131	1.169	1.169	1.151	1.107

Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer in den Gemeindegrößenklassen entwickelten sich bis 2008 höchst unterschiedlich: deutliche Mehreinnahmen erzielten die Gemeinden der Größenklasse 20.000 und mehr Einwohner (+13.837 Tsd. € = +10%). Die Gewerbesteuereinnahmen der Größenklassen „10.000 bis unter 20.000 Einw.“ überstiegen das Vorjahresniveau (2007) leicht, während die Einnahmen der Gemeinden mit „5.000 bis unter 10.000 Einw.“ leicht rückläufig waren. Die Gemeinden der Größenklassen „1.000 bis 3.000 Einwohner“ und „unter 1.000 Einwohner“ verzeichnen Gewerbesteuermehreinnahmen i.H.v. +18.711 Tsd. € (=1,3fache) bzw. +15.911 Tsd. € (+34 %). Die Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen in den „Gemeinden mit 3.000 bis unter 5.000 Einwohnern“ hingegen war rückläufig (-3.226 Tsd. €).

Mit dem Jahr 2009 hat sich die Situation deutlich verschlechtert: Mit Ausnahme der Gemeinden der Größenklasse 3.000 bis 5.000 Einwohnern müssen die Gemeinden aller anderen Größenklassen doch recht deutliche Gewerbesteuermindereinnahmen verkraften:

	2008	2009	Mindereinnahmen	
	in Tsd. €			
Gemeinden mit 20.000 und mehr Einwohnern	149.373	110.452	38.921	26%
Gemeinden mit 10.000 bis unter 20.000 Einwohnern	102.808	68.643	34.165	33%
Gemeinden mit 5.000 bis unter 10.000 Einwohnern	69.474	63.340	6.134	9%
Gemeinden mit 1.000 bis unter 3.000 Einwohnern	53.125	31.307	21.818	41%
Gemeinden mit unter 1.000 Einwohnern	54.094	42.680	11.414	21%

Ausnahmslos bei allen Gemeindegrößenklassen sind Mindereinnahmen auch bei den Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an den Gemeinschaftssteuern zu verzeichnen.



2.1.2 Steuereinnahmen 2009

[30] Bezogen auf den Verwaltungshaushalt, der die Finanzierungsvorgänge des „laufenden Geschäftes“ abbildet, ist die rückläufige Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen (netto) hervorzuheben (2008=443.060 Tsd. €, 2009=333.066 Tsd. € = -109.994 Tsd. €).

[31] Bezogen auf die Verwaltungshaushalte der kreisfreien Städte ergibt sich folgendes Bild:

	Dessau-Roßlau		Halle		Magdeburg	
	88.153		231.978		229.672	
	Tsd. €	€/Einw.	Tsd. €	€/Einw.	Tsd. €	€/Einw.
Grundsteuer	9.883	112	19.982	86	26.956	117
Gewerbesteuer (netto)	16.059	182	40.575	175	72.518	316
Gemeindeanteil insgesamt	17.457	198	49.254	212	52.818	230

[32] Von den Steuereinnahmen der kreisfreien Städte und Gemeinden von insgesamt 950,9 Mio. € entfallen 443,2 Mio. € auf die Gewerbesteuer (netto) und 334,3 Mio. € auf die Gemeindeanteile aus Steuern. 164,1 Mio. € ver-

	absolut/ in % der Einnahmen						
	Gemeinden mit 20.000 Einwohner und mehr	Gemeinden mit 10.000 bis 20.000 Einwohner	Gemeinden mit 5.000 bis 10.000 Einwohner	Gemeinden mit 3.000 bis 5.000 Einwohner	Gemeinden mit 1.000 bis 3.000 Einwohner	Gemeinden mit unter 1.000 Einwohner	
Grundsteuer	51.093	30.383	25.183	8.752	26.061	23.492	
	19,55	19,31	18,29	21,34	24,22	22,58	
Gewerbesteuer (netto)	110.452	68.643	63.340	15.308	31.307	42.680	
	42,27	43,62	46,01	37,32	29,10	41,03	
Gemeindeanteile aus Steuern	99.743	58.333	49.129	16.960	50.212	37.861	
	38,17	37,07	35,69	41,35	46,67	36,39	
gesamt	261.288	157.359	137.652	41.020	107.580	104.033	

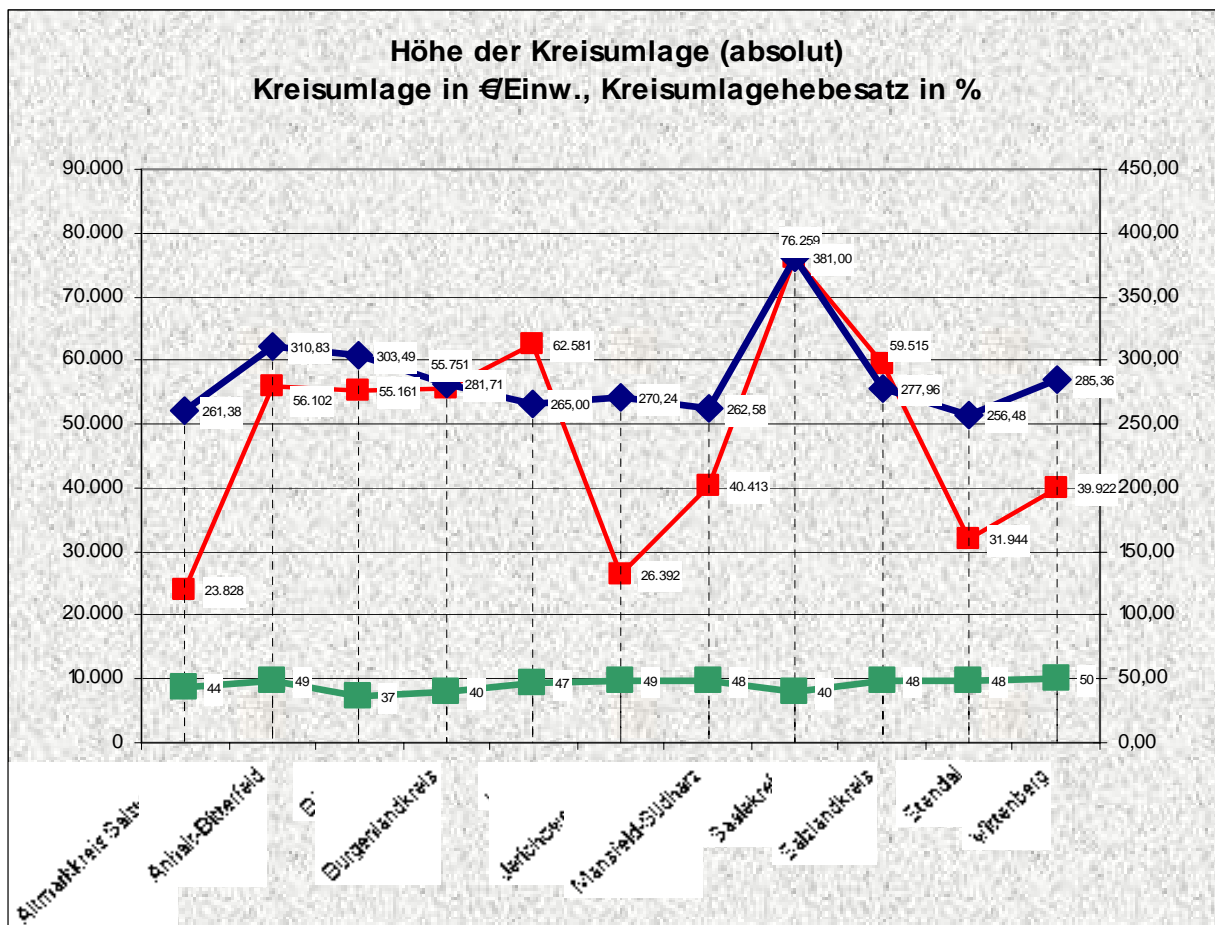
einnahmen die kreisangehörigen Städte und Gemeinden durch die Grundsteuer.

Der Ausweis der prozentualen Anteile der Finanzierung durch die verschiedenen Steuern an den Gesamtsteuereinnahmen zeigt, dass das Verhältnis der wenig veränderbaren zu den konjunkturell abhängigen Steuern ausgewogen ist. Insbesondere die Gemeinden, die hauptamtlich verwaltet werden und überörtliche Funktionen wahrnehmen (das sind die Gemeinden der Größenklasse von 5.000 bis 10.000 Einwohnern und die darauf folgenden Einwohnergrößenklassen), können von einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum profitieren. Jetzt zeigt sich aber auch, dass die hohe Abhängigkeit von den Gewerbesteuererinnahmen nicht ungefährlich ist. Insbesondere die Gemeinden dieser Größenklasse spüren die Auswirkungen der allgemeinen Finanz- und Wirtschaftskrise durch den Rückgang der Gewerbesteuererinnahmen sehr deutlich.

2.1.3 Entwicklung Kreisumlage

[33] Mit Wirkung zum 1. Juli 2007 trat das Gesetz zur Kreisgebietsneuregelung in Kraft. Die neu gebildeten Landkreise führten die Haushaltswirtschaft der Landkreise, deren Rechtsnachfolger sie wurden, auf der Grundlage der von den aufgelösten Landkreisen erlassenen Haushaltssatzungen bis zum Ende des Haushaltsjahres weiter (§ 17 LKGebNRG). Mit der Finanzierung des ersten gemeinsamen Haushaltes für das Haushaltsjahr 2008 gehen auch die Zusammenführung unterschiedlicher Kreisumlagehebesätze einher.

Die nachfolgende Grafik zeigt die (absolute) Höhe der Kreisumlage (z.B. des Altmarkkreises Salzwedel i.H.v. 23,8 Mio. €), die Kreisumlage in €/Einw. (261) und die Höhe des jeweiligen durchschnittlichen Kreisumlagehebesatzes (44%) im Jahr 2009.

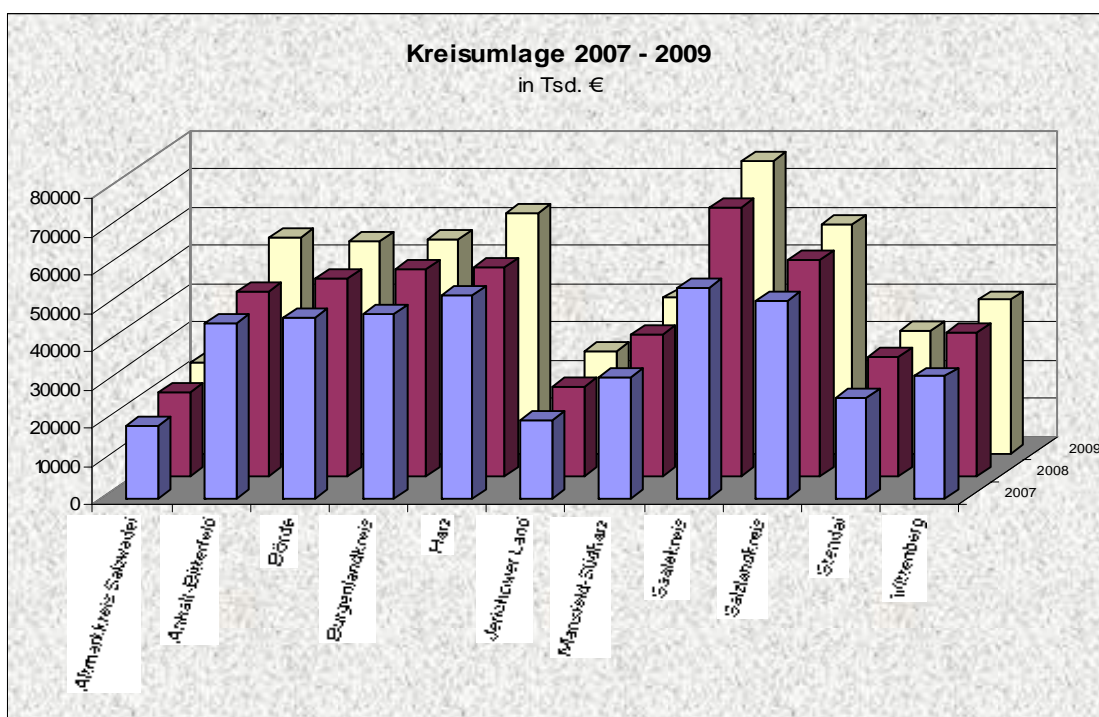


[34] Tabellarisch werden die Aussagen um die Umlagequote in % der Einnahmen des Verwaltungshaushaltes ergänzt.

	in Tsd. Euro	€/Einw.	in % <sup>14</sup>	Einnahmen VWH in Tsd. €	Umlagequote in %
Altmarkkreis Salzwedel	23.828	261,38	44	68.556	34,76
Anhalt-Bitterfeld	56.102	310,83	49	144.823	38,74
Börde	55.161	303,49	37	110.890	49,74
Burgenlandkreis	55.751	281,71	40	128.995	43,22
Harz	62.581	265,00	47	184.426	33,93
Jerichower Land	26.392	270,24	49	75.432	34,99
Mansfeld-Südharz	40.413	262,59	48	95.992	42,10
Saalekreis	76.259	381,00	40	219.131	34,80
Salzlandkreis	59.515	277,96	48	248.854	23,92
Stendal	31.944	256,48	48	91.536	34,90
Wittenberg	39.922	285,36	50	98.935	40,35

[35] Im Vergleich zum Jahr 2008 stellen sich die Zahlen wie folgt dar:

	2007			2008			2009		
	Tsd. €	€/Einw.	in %	Tsd. €	€/Einw.	in %	Tsd. €	€/Einw.	in %
Altmarkkreis Salzwedel	18.756	199,40	44	21.923	236,36	44	23.828	261,38	44
Anhalt-Bitterfeld	45.813	245,54	46	48.066	261,90	49	56.102	310,83	49
Börde	47.215	252,79	34	51.613	280,24	37	55.161	303,49	37
Burgenlandkreis	48.229	236,52	40	53.938	268,63	40	55.751	281,71	40
Harz	52.873	217,75	46	54.475	227,40	46	62.581	265,00	47
Jerichower Land	20.528	204,24	46	23.420	236,42	47	26.392	270,24	49
Mansfeld-Südharz	31.360	196,29	44	36.737	234,07	48	40.413	262,58	48
Saalekreis	54.954	267,76	43	69.967	345,22	40	76.259	381,00	40
Salzlandkreis	51.466	232,78	46	56.247	258,54	48	59.515	277,96	48
Stendal	26.105	203,07	45	31.010	244,83	50	31.944	256,48	48
Wittenberg	31.823	220,72	50	37.301	262,34	50	39.922	285,36	50



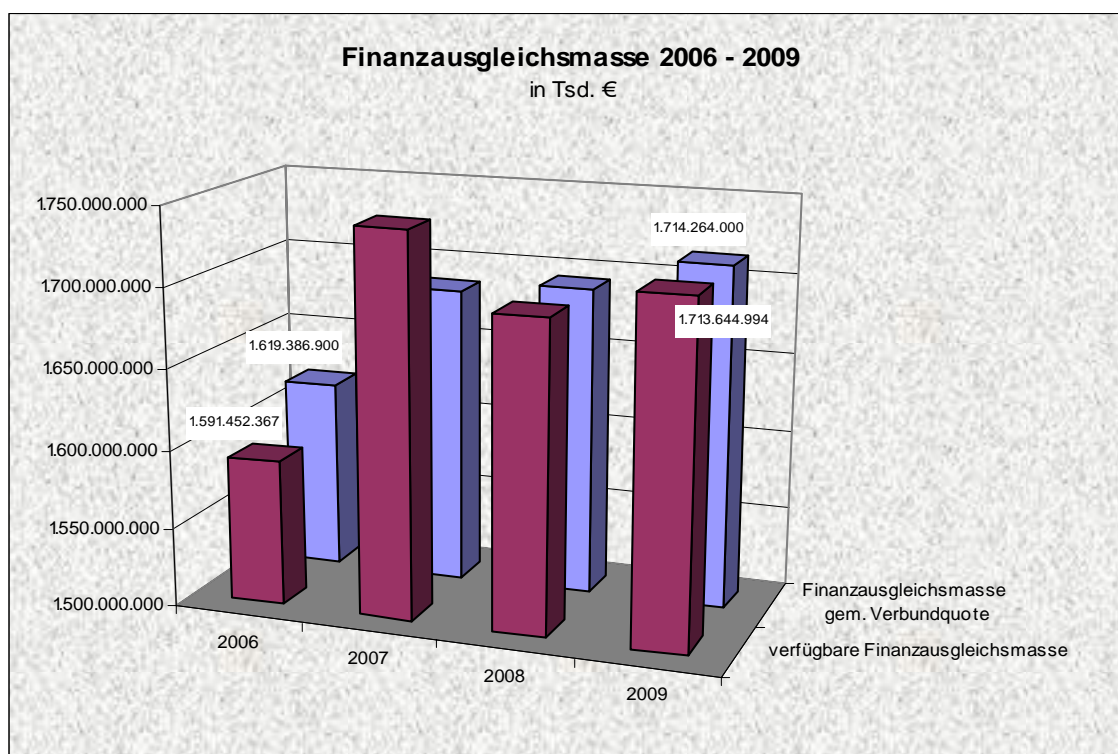
<sup>14</sup> Dabei handelt es sich um die an das Statistische Landesamt gemeldeten Hebesätze.

## 2.1.4 Entwicklung der Allgemeinen Zuweisungen 2006 bis 2011

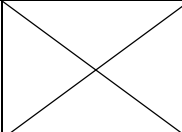
- [36] Die verfügbare Finanzausgleichsmasse (einschließlich der Spitzabrechnung der Rechnungsergebnisse der Vorjahre und sonstigen Verrechnungen) im Vergleich der Jahre (2003) 2004 zu 2005 war leicht rückläufig. Im Jahr 2005 war mit 1.482,3 Mio. € der niedrigste Wert der Finanzausgleichsmasse zu verzeichnen. Besser stellt sich die Finanzausgleichsmasse für das Jahr 2006 dar. Bei einem Plus von rd. 109,2 Mio. € wird eine verfügbare Finanzausgleichsmasse von 1.591,5 Mio. € ausgewiesen. Die positive Entwicklung setzte sich auch im Jahr 2007 fort (+148,8 Mio. €); erst im Jahr 2008 mussten Mindereinnahmen i.H.v. rd. 46 Mio. € verkraftet werden. Für das Jahr 2009 ist die verfügbare Finanzausgleichsmasse auf 1.713,6 Mio. € festgesetzt (+19,6 Mio. €).

	2006	2007	2008	2009
Finanzausgleichsmasse gem. Verbundquote	1.619.386.900	1.686.545.900	1.693.886.200	1.714.264.000
Rechnungsergebnisse der Vorjahre (Spitzabrechnung)	-21.471.320	51.176.800	-2.311.600	-7.619.006
Haushaltsreste aus Vorjahren / Aufstockungsbetrag in 2003 und ab 2005 Zuschläge aus SoBEZ Hartz IV	7.000.000	7.000.000	7.000.000	7.000.000
sonstige Verrechnungen	-13.463.213	-4.500.000	-4.500.000	-
verfügbare Finanzausgleichsmasse	1.591.452.367	1.740.222.700	1.694.074.600	1.713.644.994

Mit dem Haushaltsgesetz 2007 hat sich die Landesregierung dazu verpflichtet, den den Kommunen zu erstattenden Unterschiedsbetrag zwischen den Festsetzungen im Haushaltsplan und dem tatsächlich höheren Steueraufkommen noch im Haushaltsjahr 2007 – und nicht im zweitfolgenden Jahr – zur Verfügung zu stellen. So konnte bereits im Frühjahr 2007 (und nicht erst mit der Spitzabrechnung 2008) „vorfällig“ eine Zahlung in Höhe von rd. 51,2 Mio. € erfolgen. Auch für die Steuermehreinnahmen die mit dem Nachtrag 2007 erwartet werden, wurde die Auszahlung vorgezogen; rd. 75,2 Mio. € wurden im August des Jahres 2007 ausgezahlt. Damit ist die verfügbare Finanzausgleichsmasse um ca. 9% auf 1.740 Mio. € gestiegen.



- [37] Die Allgemeinen Zuweisungen, die Zuweisungen zur Milderung der Belastungen durch die Sozialhilfe und der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie die Zahlungen nach dem Aufnahmegesetz (laufende Zuweisungen nach dem Finanzausgleichsgesetz) haben sich im Berichtszeitraum wie folgt entwickelt:

Verteilung:	2006	2007	2008	2009
Allgemeine Zuweisungen	1.167.324.004	1.312.747.843	1.308.518.178	1.320.236.278
kreisangehörige Gemeinden	502.220.491	564.839.910	562.966.785	554.805.927
Kreisfreie Städte	315.177.481	354.475.432	353.299.908	369.666.157
Landkreise	349.926.031	393.432.501	392.251.484	395.764.192
Zuweisungen zur Milderung der Belastungen durch Sozialhilfe und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	103.847.083	112.000.000	112.000.000	112.000.000
kreisfreie Städte	33.465.962	37.000.000	37.000.000	37.000.000
Landkreise	70.381.110	75.000.000	75.000.000	75.000.000
Aufnahmegesetz	56.069.688	35.000.000	ab 2008 nicht mehr im FAG geregelt	
kreisfreie Städte	12.242.786	7.719.081		
Landkreise	43.826.890	27.280.908		

Die endgültige Feststellung der Finanzausgleichsmasse weist für das Jahr 2009 eine Überzahlung von mehr als 157,5 Mio. EUR aus (einschl. 1,2 Mio. Euro gemäß § 11a Abs. 2 Satz 2 FAG (2009) bzw. § 16 Abs. 2 Satz 2 FAG [2010]).

Aufgrund der bereits während des Gesetzgebungsverfahrens absehbaren Höhe der Überzahlung hat der Gesetzgeber in § 2 Abs. 2 FAG(2010) die Möglichkeit eröffnet, die Verrechnung spätestens mit der Finanzausgleichsmasse des drittfolgenden Jahres vorzunehmen. Die Verrechnung ist auf die allgemeinen Zuweisungen begrenzt. Dies ergibt sich zwingend durch den Systemwechsel im neuen Finanzausgleichsgesetz. Die Verrechnung wird in drei etwa gleich großen Teilbeträgen in den Jahren 2010, 2011 und 2012 vorgenommen. Um die Belastung der Kommunen abzumildern, hat der Gesetzgeber darüber hinaus entschieden, den Kommunen einen sich aus der Verbundquote nach dem FAG (2009) ergebenden Anteil an den Kompensationszahlungen des Bundes für den zum 1.7.2009 erfolgten Wegfall der Kraftfahrzeugsteuer zur Verfügung zu stellen. Dieser Teilbetrag in Höhe von 26.320.000 Euro wird auf die Jahre 2010 und 2011 aufgeteilt und unmittelbar mit dem Rückforderungsbetrag verrechnet.

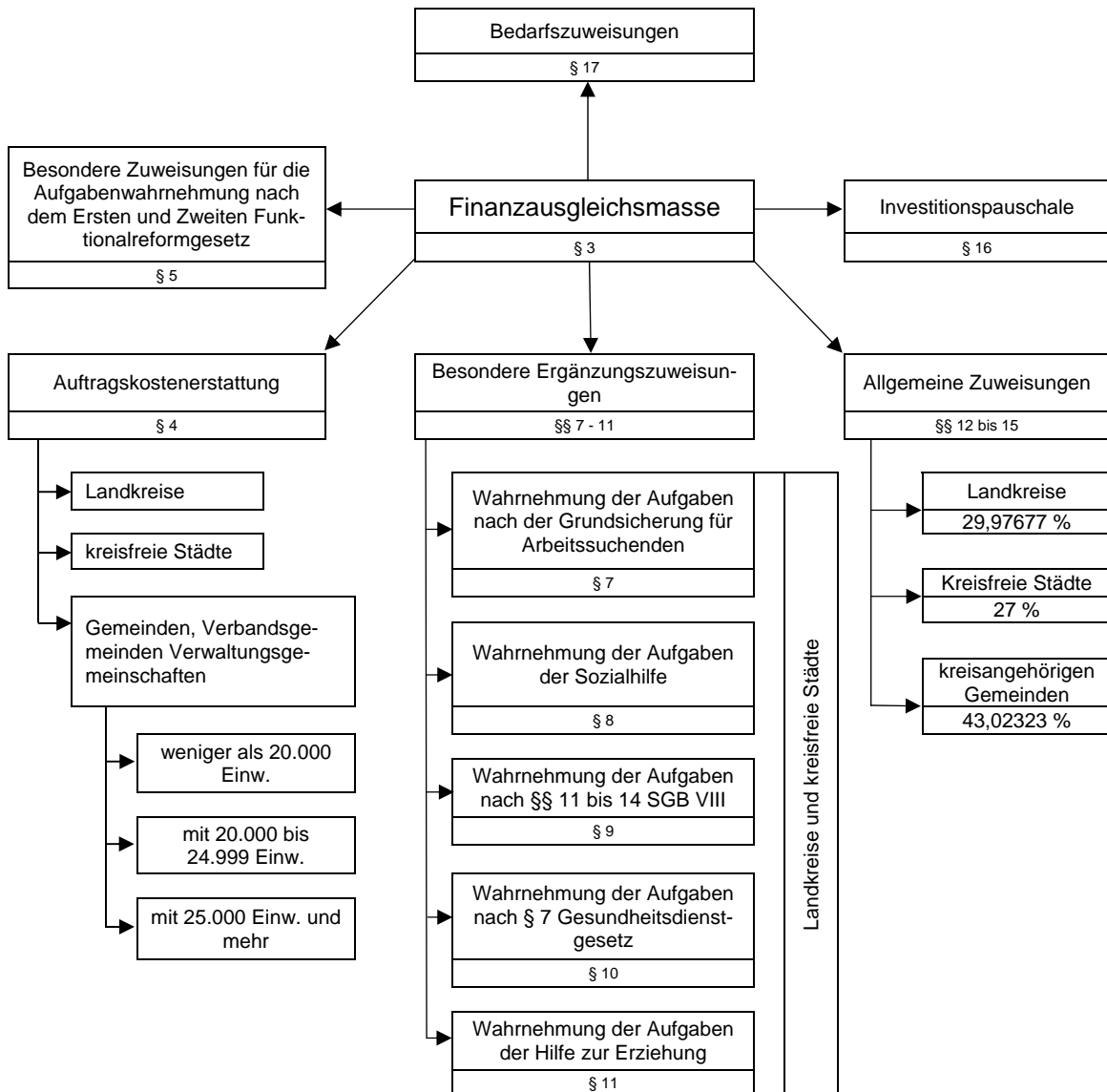
Die Belastungen der Jahre 2010 bis 2012 stellen sich somit wie folgt dar:

	2010	2011	2012	Summe
anteilige Rückforderung	52.000.000	52.000.000	53.515.237	157.515.237
Anteil Kfz-Steuer-Kompensation	13.160.000	13.160.000	0,00	26.320.000
zu verrechnen	38.840.000	38.840.000	53.515.237	131.195.237

- [38] Mit dem Inkrafttreten des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) vom 16. Dezember 2009 (GVBl. LSA S. 684) richtet sich der Finanzausgleich der Jahre 2010 und 2011 an einer aufgabenbezogenen, am Bedarf ausgerichteten und damit von der Leistungskraft des Landes weitgehend unabhängigen Ermittlung der Finanzausgleichsmasse aus. Diese Ermittlung stellt die Abkehr von der bisherigen Berechnung der Finanzausgleichsmasse

über die Festsetzung einer Verbundquote dar. Neben der Abkehr von der quotenmäßig hin zu einer aufgabenbezogenen Verteilung ist die Finanzierung der Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises durch eine Auftragskostenpauschale wesentliches Element (im Einzelnen vgl. LT-Drs. 5/2018 vom 10.6.2009).

Struktur der kommunalen Finanzausgleichs:



Mit dem Finanzausgleichsgesetz (vom 16. Dezember 2009) werden für die Jahre 2010 und 2011 folgende Zahlungen sichergestellt:

§§	Inhalt	2010	2011
<b>§ 2</b>	<b>Finanzausgleichsmasse</b>	<b>1.595.491.102</b>	<b>1.590.623.669</b>
§ 17	Bedarfszuweisungen	60.000.000	60.000.000
	abzgl. eines Anteils zur Aufstockung der allg. Zuweisungen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden i.H.v.	38.868.447 (21.131.553)	39.453.661 (20.546.359)
§ 16	Investitionspauschale	153.240.000	128.041.000
	aufgabenbezogene Ermittlung <b>angemessene Finanzausgleichsmasse (i.e.S.)</b>	<b>1.382.281.102</b>	<b>1.402.582.669</b>

§§	Inhalt	2010	2011
um den Aufstockungsbetrag <b>erhöhte Finanzausgleichsmasse</b>		<b>1.421.119.549</b>	<b>1.442.036.310</b>
§ 4	Auftragskostenerstattung	322.063.252	325.839.286
§ 5	Funktionalreformgesetze	10.426.075	10.314.972
§ 7	Grundsicherung für Arbeitssuchende	67.491.816	68.535.807
§ 8	Aufgaben der Sozialhilfe	41.022.405	41.660.731
§ 9	Aufgaben nach §§ 1-14 SGB VIII	6.391.100	6.391.100
§ 10	Aufgaben nach § 7 Gesundheitsdienstgesetz	1.496.384	1.496.384
§ 11	Hilfe zur Erziehung	90.342.930	91.703.114
	<b>Allgemeine Zuweisungen</b>	<b>881.885.587</b>	<b>896.094.916</b>
	+ Zuschlag für Grundzentren	11.000.000	11.000.000
	Allgemeine Zuweisungen	892.885.587	907.094.916
./. Überzahlungen 2009 (-52.000.000 + 13.160.000)		38.840.000	38.840.000
(vorläufig) festgesetzte allgemeine Zuweisung		<b>854.045.587</b>	<b>868.254.916</b>

Nach der Festsetzung für das Jahr 2010<sup>15</sup>

Leistung nach	entfallen davon auf die				
	KSt	LK	kaG	VBG	VWG
§ 4	86.037.347	151.343.461	63.832.462	9.717.064	11.132.832
§ 5	2.147.358	8.278.715			
§ 7	28.363.496	39.128.314			
§ 8	17.727.491	23.294.909			
§ 9	1.299.398	5.091.694			
§ 10	346.631	1.149.746			
§ 11	33.149.450	57.193.474			
§§ 12-15	217.127.824	241.066.324	395.851.405		

- [39] Die Investitionspauschale nach § 16 FAG beträgt 153.240.000 €. Diesen Zuweisungen werden – wie vorher – 10 Mio. € jährlich vorab entnommen und finanzschwachen Kommunen zur Erbringung des Eigenanteils für nach dem Entflechtungsgesetz geförderte Straßenbauprojekte zur Verfügung gestellt. Von den dann verfügbaren Mitteln erhalten die kreisfreien Städte 25%, die kreisangehörigen Gemeinden 55% und die Landkreise 20%. Die Verteilung der Mittel erfolgt – nicht wie bisher unter Berücksichtigung der Einwohner und Fläche sondern – jeweils proportional zur Höhe der allgemeinen Zuweisungen.

<sup>15</sup> Für 2011 kann wegen der noch nicht bekannten Steuerkraftzahlen noch keine Modellrechnung erstellt werden.

	2006	2007 NT	2008	2009	2010
Investitionshilfen	195.166.428	209.366.729	203.894.382	206.551.700	153.240.000
abzgl. kommunale Beteiligung für Altschulden	-4.500.000	-4.500.000	-4.500.000	0	0
GVFG/Entflechtungsgesetz	-10.000.000	-10.000.000	-10.000.000	-10.000.000	-10.000.000
Restmittel Vorjahre	+1.036.787	+1.765.985	+244.161	0	+1.263.175
Zwischensumme	181.703.215	196.632.714	189.638.543	196.551.700	144.503.175
kreisangehörige Gemeinden	99.936.768	108.147.992	104.301.198	108.103.435	79.476.746
Kreisfreie Städte	45.425.803	49.158.178	47.409.635	49.137.925	36.125.793
Landkreise	36.340.643	39.326.542	37.927.708	39.310.340	28.900.635

[40] Die Straßenbaulastzuweisungen entwickelten sich wie folgt:

	2006	2007 NT <sup>16</sup>	2008	2009	2010
Straßenbaulastzuweisung	31.848.705	31.865.965	31.684.010	31.825.416	Teilmasse der allg. Zuweisungen
kreisfreie Städte	511.803	511.803	607.637	607.637	
Landkreise	31.336.902	31.354.162	31.076.373	31.217.779	

#### 2.1.5 Allgemeine Zuweisungen 2009

[41] Die Allgemeinen Zuweisungen vom Land entwickelten sich wie folgt:

	2006	2007	2008	2009
Allgemeine Zuweisungen	1.167.324.004	1.312.747.843	1.308.518.178	1.320.236.278
Veränderung zum Vorjahr	+8,2%	+12,5%	-0,3%	+1%

Die Allgemeinen Zuweisungen sind in den Jahren 2005 auf 2006 und dann zum Jahr 2007 von 1.167,3 Mio. € auf 1.312,7 Mio. € für das Haushaltsjahr 2007 (+ 145,4 Mio. € = + 12,45%) gestiegen. Für das Jahr 2008 wird mit 1.308,5 Mio. € ein ähnlich hohes Niveau erreicht. Dem Doppelhaushalt 2008/2009 lag die Steuerschätzung 2007 zu Grunde. Daraus ergab sich im Aufstellungsverfahren für den Haushalt eine Allgemeine Zuweisung für das Jahr 2009 in Höhe von 1.320,2 Mio. € (vgl. aber Rdnr. 37).

Neben der Abkoppelung von der Verbundquote setzte der Gesetzgeber mit der Einführung der Auftragskostenerstattung (§ 4 FAG) und der besonderen Ergänzungszuweisungen gemäß §§ 7 bis 11 FAG ein weiteres Ziel der Reform, eine aufgabenbezogene Verteilung der Finanzmittel sicherzustellen, um Finanzmittel, die nach vorherigem Finanzausgleichsgesetz Bestandteil der Allgemeinen Zuweisungen waren (und steuerkraft- bzw. umlagekraftabhängig) verteilt wurde, werden nunmehr aufgabengerecht, nach besonderen Maßstäben, verteilt. Ein Vergleich der Allgemeinen Zuweisungen nach dem FAG bis einschl. der Jahre 2009 mit den Allgemeinen Zuweisungen der Jahre 2010 und 2011 ist damit nicht aussagefähig.

<sup>16</sup> Mit dem Zweiten Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes vom 20. März 2007 (GVBl. LSA S. 42) wurde geregelt, dass mindestens 1000 € je Kilometer Kreisstraße für investive Zwecke zu verwenden ist.

## 2.1.6 Sonstige Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb

## [42] Die sonstigen Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb

– Dabei handelt es sich um allgemeine Umlagen, Verwaltungsgebühren, Benutzungsgebühren und ähnl. Entgelte, Zweckgebundene Abgaben (Kurbeträge, Tourismusabgabe, Fremdenverkehrsbeiträge), Einnahmen aus Verkauf, Mieten und Pachten, Gewinnanteile von wirtschaftlichen Unternehmen, Konzessionsabgaben, Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen (und in Einrichtungen) sowie weiteren Finanzeinnahmen (z.B. Bußgelder, Säumniszuschläge) –

erhöhten im Berichtszeitraum 2006 bis 2009 von 1.233.668 Tsd. € auf rd. 1.328.823 Tsd. € Mio. € (+95.255 Tsd. €).

Insbesondere bei den kreisfreien Städten hat sich die Einnahmeentwicklung verstetigt. Nach dem Rückgang des Jahres 2007 (-5,24%) und einem Plus von 13,48% im Jahr 2008 stiegen die sonstigen Einnahmen weiter leicht an (+2.617 Tsd. €). Noch deutlichere Zuwächse verzeichnen die Landkreise: mit Mehreinnahmen von 29.102 Tsd. € wird das Vorjahresergebnis übertroffen. Die kreisangehörigen Städte und Gemeinden hingegen mussten Mindereinnahmen von 6.143 Tsd. € verkraften.

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
gesamt	1.233.668	1.242.401	0,71	1.303.347	4,91	1.328.923	1,96
kreisfreie Städte	167.124	158.362	-5,24	179.715	13,48	182.332	1,46
Landkreise	613.262	619.100	0,95	673.768	8,83	702.870	4,32
kreisangeh. Gemeinden/VWG	453.282	464.939	2,57	449.863	-3,24	443.720	-1,37

Die Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb der kreisfreien Städte (in 1.000 €) entwickelten sich wie folgt:

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
gesamt	167.124	158.362	-5,24	179.715	13,48	182.332	1,46
Dessau-Roßlau	20.083	17.548	-12,62	18.441	5,09	19.114	3,65
Halle	64.898	83.698	28,97	105.578	26,14	96.359	-8,73
Magdeburg	82.143	57.116	-30,47	55.696	-2,49	66.860	20,04

Auffällig ist auch hier die Entwicklung der Einnahmen und der Unterschied zwischen den Städten.

Während die Einnahmen der Stadt Halle im Jahr 2005 die Einnahmen der Stadt Magdeburg deutlich überstiegen (um rd. 12,8 Mio. €), wendet sich im Jahr 2006 das Blatt. Nun übersteigen die Einnahmen der Stadt Magdeburg deutlich die Einnahmen der Stadt Halle (um rd. 17,3 Mio. €). Damit erzielt die Landeshauptstadt 84 € pro Einwohner mehr. Die Mehreinnahmen im Jahr 2007 der Stadt Halle im Vergleich zum Vorjahr ergeben sich im Wesentlichen aus Einmaleffekten (Auflösung einer Rückstellung und damit Abführung einer höheren Konzessionsabgabe an die Stadt, Steuerrückerstattung als Ergebnis einer Betriebsprüfung und erhöhte Entgelte für Krankentransporte). Die Mehreinnahmen des Jahres 2008 (+21.879 Tsd. €) gehen auf Gewinnausschüttungen der Wohnungswirtschaft (im Wesentlichen zum Abbau von Altfehlbeträgen) zurück. Die Mindereinnahmen der Stadt Magdeburg (im Vergleich der Jahre 2007 zu 2006 und in den Folgejahren) gehen im Wesentlichen auf den Verkauf der Abwasserbeseitigung im Jahr 2006 zurück. Der Anstieg der Einnahmen in 2009 um +11.164 Tsd. € ist im Wesentlichen auf die Auflösung von Vorschuss-/ Verwahrkonten im Rahmen der Einfüh-

zung der Doppik zurück zu führen. Die Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb der Stadt Dessau-Roßlau hingegen sind konstant und haben das Niveau des Vorjahres geringfügig überschritten.

Für die Landkreise ergibt sich folgendes Bild:

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
Altmarkkreis Salzwedel	32.813	30.821	-6,07	33.994	10,29	36.810	8,28
Anhalt-Bitterfeld	79.540	74.621	-6,18	83.138	11,41	77.517	-6,76
Börde	63.556	61.008	-4,01	65.565	7,47	69.384	5,82
Burgenlandkreis	64.989	67.230	3,45	71.670	6,60	76.152	6,25
Harz	65.185	65.248	0,10	63.784	-2,24	71.824	12,61
Jerichower Land	34.302	36.944	7,70	40.358	9,24	41.439	2,68
Mansfeld-Südharz	38.657	39.088	1,11	41.912	7,22	46.420	10,76
Saalekreis	71.002	79.661	12,20	95.059	19,33	99.818	5,01
Salzlandkreis	75.373	75.702	0,44	76.032	0,44	79.664	4,78
Stendal	42.097	40.051	-4,86	45.282	13,06	45.182	-0,22
Wittenberg	45.748	48.726	6,51	56.973	16,93	58.660	2,96

Die Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb der Gemeinden nach Größenklassen in 1.000 € entwickelten sich wie folgt:

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
20.000 und mehr	115.198	124.647	8,20	112.974	-9,36	108.702	-3,78
10.000 - 20.000	48.293	50.618	4,81	50.144	-0,94	51.318	2,34
5.000 - 10.000	58.004	57.218	-1,36	56.416	-1,40	54.496	-3,40
3.000 - 5.000	17.140	17.719	3,38	17.187	-3,00	16.328	-5,00
1.000 - 3.000	54.482	56.714	4,10	56.517	-0,35	52.019	-7,96
unter 1.000	43.523	45.062	3,54	43.793	-2,82	44.081	0,66

## 2.2 Entwicklung der Ausgaben

- [43] Die (bereinigten) Gesamtausgaben der Kommunen in Sachsen-Anhalt insgesamt (in 1.000 €) entwickelten sich im Berichtszeitraum zunächst rückläufig, allerdings um lediglich 0,02%; im Jahr 2009 ist erstmals wieder ein Anstieg zu verzeichnen. Dabei ist die Entwicklung der kommunalen Gruppen unterschiedlich. Während die kreisfreien Städte und der kreisangehörige Raum zunehmende Ausgaben zu verzeichnen hatten, sind die Gesamtausgaben der Landkreise nach wie vor rückläufig.

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
gesamt	5.030.704	4.934.734	-1,91	4.925.248	-0,19	5.048.064	2,49
kreisfreie Städte	1.237.628	1.191.660	-3,71	1.217.661	2,18	1.225.205	0,62
Landkreise	1.770.349	1.670.898	-5,62	1.539.484	-7,86	1.508.698	-2,00
kreisangeh. Gemeinden/VWG	2.022.727	2.072.176	2,44	2.168.103	4,63	2.314.160	6,74

War die Ausgabensituation der Landkreise der Jahre 2005 (Steigerung gegenüber 2004 = 14,7%) und 2006 durch sehr hohe Zuwachsraten geprägt, war auch hier der Ausgabenanstieg gestoppt. Im Jahr 2007 war ein Rückgang der Gesamtausgaben um weitere 99.451 Tsd. € zu verzeichnen, im Jahr 2008 verringerten sich die Gesamtausgaben um weitere 131.414 Tsd. €; 2009 beläuft sich der Rückgang auf 30.786 Tsd. €.

[44] Die Gesamtausgaben der kreisfreien Städte (in 1.000 €) entwickelten sich wie folgt:

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
gesamt	1.237.628	1.191.660	-3,71	1.217.661	2,18	1.225.205	0,62
Dessau-Roßlau	175.190	171.778	-1,95	184.340	7,31	180.313	-2,18
Halle	545.540	539.966	-1,02	551.714	2,18	557.215	1,00
Magdeburg	516.898	479.916	-7,15	481.607	0,35	487.677	1,26

[45] Die Gesamtausgaben der Landkreise (in 1.000 €) entwickelten sich wie folgt:

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
Altmarkkreis Salzwedel	73.561	73.939	0,51	72.526	-1,91	73.699	1,62
Anhalt-Bitterfeld	239.372	225.469	-5,81	167.208	-25,84	148.427	-11,23
Börde	125.753	113.580	-9,68	103.075	-9,25	106.079	2,91
Burgenlandkreis	154.803	142.507	-7,94	134.486	-5,63	127.134	-5,47
Harz	217.184	204.254	-5,95	199.929	-2,12	191.538	-4,20
Jerichower Land	80.339	77.066	-4,07	77.352	0,37	77.114	-0,31
Mansfeld-Südharz	111.172	113.299	1,91	97.953	-13,54	103.107	5,26
Saalekreis	257.345	238.591	-7,29	224.847	-5,76	224.041	-0,36
Salzlandkreis	306.363	283.936	-7,32	261.608	-7,86	253.535	-3,09
Stendal	111.656	108.880	-2,49	101.379	-6,89	102.886	1,49
Wittenberg	92.801	89.376	-3,69	99.122	10,90	101.138	2,03

[46] Zur Entwicklung der Gesamtausgaben der Gemeinden nach Größenklassen (in 1.000 €) vgl. nachfolgende Tabelle:

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
20.000 und mehr	697.871	691.180	-0,96	714.649	3,40	748.676	4,76
10.000 - 20.000	325.738	392.657	20,54	400.200	1,92	413.318	3,28
5.000 - 10.000	320.723	314.181	-2,04	334.100	6,34	342.239	2,44
3.000 - 5.000	108.770	99.245	-8,76	104.487	5,28	120.362	15,19
1.000 - 3.000	312.290	308.884	-1,09	321.425	4,06	346.283	7,73
unter 1.000	243.511	253.980	4,30	277.222	9,15	316.513	14,17

[47] Die Ausgaben des Verwaltungshaushaltes der Kommunen in Sachsen-Anhalt (in 1.000 €) entwickelten sich wie folgt:

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
gesamt	4.236.281	4.160.872	-1,78	4.216.779	1,34	4.259.061	1,00
kreisfreie Städte	1.062.870	1.054.360	-0,80	1.071.295	1,61	1.084.330	1,22
Landkreise	1.616.609	1.523.323	-5,77	1.430.216	-6,11	1.394.850	-2,47
kreisangeh. Gemeinden/VWG	1.556.802	1.583.188	1,69	1.715.267	8,34	1.779.881	3,77

Während die Ausgaben der kreisfreien Städte um 1,22% anstiegen (im Übrigen im Berichtszeitraum aber nur geringfügigen Schwankungen unterlagen), verringerten sich die Ausgaben der Landkreise, nach einem deutlichen Anstieg im Jahr 2006, bereits im dritten Jahr. Im Vergleich der Jahres 2007 zu 2006 ist ein Rückgang der Ausgaben der Verwaltungshaushalte um 93,3 Mio. € zu verzeichnen, im Jahr 2008 um 93,2 Mio. € und im Jahr 2009 um weitere 35,4 Mio. €. Deutliche Zuwächse der Ausgaben der Ver-

waltungshaushalte im Berichtszeitraum hat der kreisangehörige Raum zu verzeichnen (+223.079 Tsd. €).

- [48] Die Ausgaben der Verwaltungshaushalte der kreisfreien Städte in 1.000 € verstetigten sich im Vergleich der Jahre 2006 und 2009.

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
gesamt	1.062.870	1.054.360	-0,80	1.071.295	1,61	1.084.330	1,22
Dessau-Roßlau	147.495	148.971	1,00	157.940	6,02	159.982	1,29
Halle	473.018	478.644	1,19	483.894	1,10	485.028	0,23
Magdeburg	442.357	426.745	-3,53	429.461	0,64	439.319	2,30

- [49] Bezogen auf die Verwaltungshaushalte der Landkreishaushalte (in 1.000 €) ergibt sich Folgendes:

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
Altmarkkreis Salzwedel	66.117	66.633	0,78	65.756	-1,32	68.452	4,10
Anhalt-Bitterfeld	221.750	206.541	-6,86	159.254	-22,89	137.951	-13,38
Börde	109.798	98.204	-10,56	95.519	-2,73	96.173	0,68
Burgenlandkreis	130.858	121.984	-6,78	116.205	-4,74	117.443	1,07
Harz	201.023	185.800	-7,57	187.039	0,67	178.523	-4,55
Jerichower Land	70.802	71.724	1,30	71.578	-0,20	71.039	-0,75
Mansfeld-Südharz	101.533	102.025	0,48	94.278	-7,59	96.151	1,99
Saalekreis	238.324	220.074	-7,66	199.996	-9,12	202.310	1,16
Salzlandkreis	288.302	269.148	-6,64	254.642	-5,39	239.244	-6,05
Stendal	102.011	100.699	-1,29	96.584	-4,09	95.685	-0,93
Wittenberg	86.091	80.492	-6,50	89.368	11,03	91.880	2,81

- [50] Zur Entwicklung der Ausgaben des Verwaltungshaushaltes der Gemeinden nach Größenklassen (in 1.000 €) vgl. nachfolgende Übersicht:

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
20.000 und mehr	541.430	543.528	0,39	583.176	7,29	605.960	3,91
10.000 - 20.000	258.426	281.941	9,10	316.976	12,43	328.251	3,56
5.000 - 10.000	244.168	246.695	1,03	256.244	3,87	263.853	2,97
3.000 - 5.000	81.017	78.090	-3,61	83.414	6,82	87.674	5,11
1.000 - 3.000	228.794	228.135	-0,29	245.207	7,48	249.659	1,82
unter 1.000	196.518	196.554	0,02	216.519	10,16	224.983	3,91

Dabei ist festzustellen, dass die Ausgaben der Gemeinden der Größenklasse „20.000 Einwohner und mehr“ bis einschl. des Jahres 2006 zwar deutlich zurückgegangen sind. Mit Zuwachsraten von +0,4% und +7,3 % in den Jahren 2007 (+2.095 Tsd. €) und 2008 (+39.648 Tsd. €) setzte sich diese Entwicklung jedoch nicht fort. 2009 steigen die Ausgaben um weitere 22.784 Tsd. €. Der Überschuss des Vorjahres der Gemeinden dieser Größenklasse im Verwaltungshaushalt (+71.312 Tsd. €) hat sich in ein Finanzierungsdefizit i.H.v. 7.970 Tsd. € gewandelt. Im Übrigen ist festzustellen, dass die Ausgaben der Verwaltungshaushalte in allen anderen Gemeindegrößenklassen 2009 gegenüber 2008 (aber auch über den Berichtszeitraum) angestiegen sind.

- [51] Die Ausgaben der Vermögenshaushalte der Kommunen in Sachsen-Anhalt (in 1.000 €) entwickelten sich bis einschl. des Jahres 2008 rückläufig (-8,45%), im Wesentlichen

beeinflusst durch den Ausgaberrückgang bei den Landkreisen (-26%). Mit einem Plus i.H.v. 80.535 Tsd. € (im Wesentlichen geprägt durch das Ausgabeverhalten der kreisangehörigen Städte und Gemeinden) sind die Ausgaben der Vermögenshaushalte der Kommunen erstmals im Berichtszeitraum wieder angestiegen. Der Ausgabenanstieg ist sicherlich auch Ausfluss der Durchführung des Zukunftsinvestitionsgesetzes.

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
gesamt	794.422	773.862	-2,59	708.469	-8,45	789.003	11,37
kreisfreie Städte	174.758	137.300	-21,43	146.366	6,60	140.875	-3,75
Landkreise	153.740	147.574	-4,01	109.267	-25,96	113.848	4,19
kreisangeh. Gemeinden/VWG	465.924	488.988	4,95	452.836	-7,39	534.279	17,99

- [52] Die Ausgaben der Vermögenshaushalte der kreisfreien Städte (in 1.000 €) entwickelten sich wie folgt:

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
gesamt	174.758	137.300	-21,43	146.366	6,60	140.875	-3,75
Dessau-Roßlau	27.695	22.807	-17,65	26.400	15,75	20.331	-22,99
Halle	72.522	61.322	-15,44	67.820	10,60	72.187	6,44
Magdeburg	74.541	53.171	-28,67	52.145	-1,93	48.358	-7,26

- [53] Bezogen auf die Vermögenshaushalte der Landkreishaushalte (in 1.000 €) ergibt sich Folgendes:

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
Altmarkkreis Salzwedel	7.445	7.307	-1,85	6.770	-7,35	5.247	-22,50
Anhalt-Bitterfeld	17.622	18.927	7,41	7.954	-57,98	10.476	31,71
Börde	15.955	15.377	-3,62	7.555	-50,87	9.906	31,12
Burgenlandkreis	23.944	20.523	-14,29	18.281	-10,92	9.691	-46,99
Harz	16.162	18.455	14,19	12.890	-30,15	13.015	0,97
Jerichower Land	9.537	5.343	-43,98	5.774	8,07	6.075	5,21
Mansfeld-Südharz	9.639	11.275	16,97	3.676	-67,40	6.955	89,20
Saalekreis	19.021	18.517	-2,65	24.850	34,20	21.731	-12,55
Salzlandkreis	18.060	14.788	-18,12	6.967	-52,89	14.291	105,12
Stendal	9.645	8.181	-15,18	4.795	-41,39	7.201	50,18
Wittenberg	6.710	8.883	32,38	9.755	9,82	9.258	-5,09

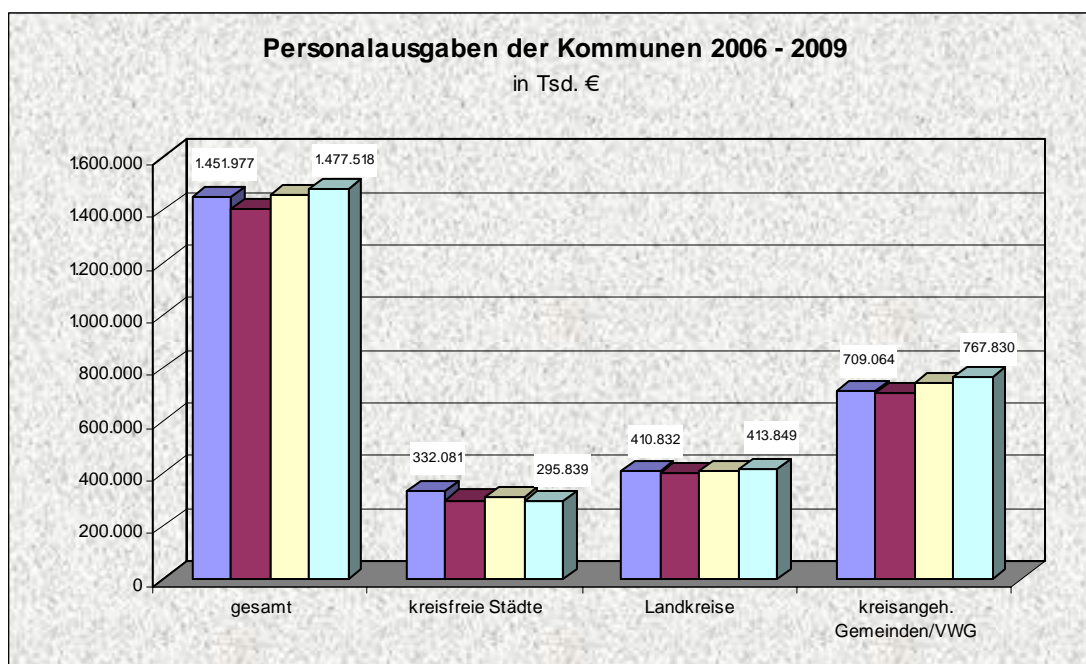
- [54] Die Ausgaben der Vermögenshaushalte der Gemeinden nach Größenklassen (in 1.000 €) entwickelten sich wie folgt:

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
20.000 und mehr	156.441	147.651	-5,62	131.473	-10,96	142.716	8,55
10.000 - 20.000	67.312	110.716	64,48	83.224	-24,83	85.068	2,22
5.000 - 10.000	76.555	67.486	-11,85	77.856	15,37	78.386	0,68
3.000 - 5.000	27.752	21.155	-23,77	21.073	-0,39	32.688	55,12
1.000 - 3.000	83.496	80.749	-3,29	76.217	-5,61	96.624	26,77
unter 1.000	46.993	57.426	22,20	60.704	5,71	91.530	50,78

## 2.2.1 Entwicklung der Personalausgaben

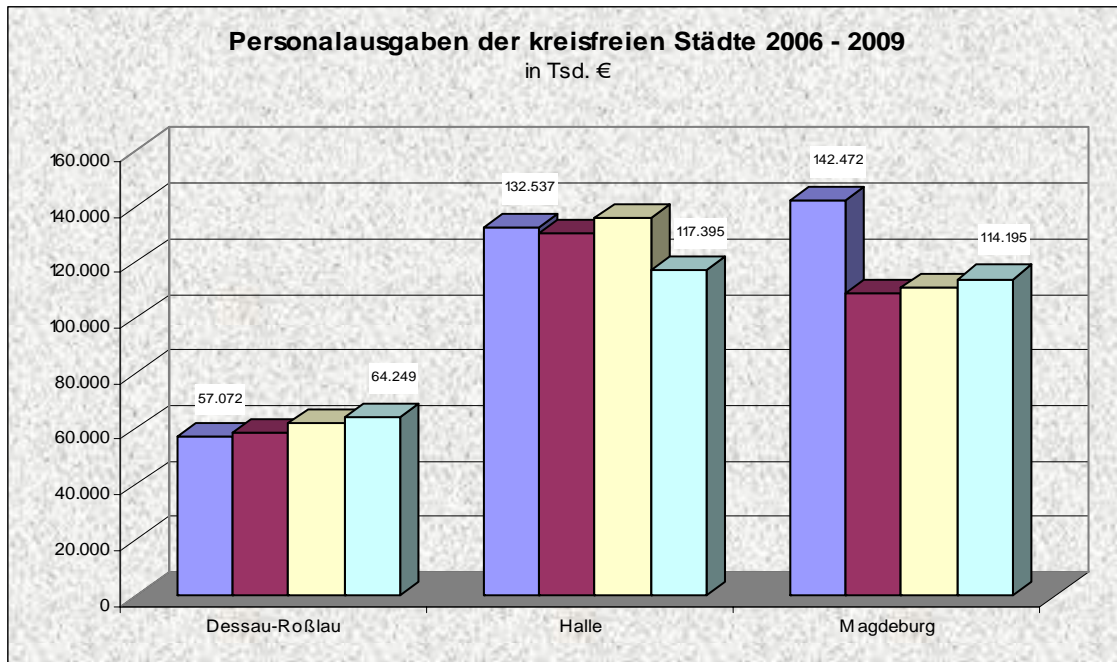
- [55] Größter Posten auf der Ausgabenseite der Verwaltungshaushalte (gesamt) sind die Personalkosten in Höhe von 1.477,5 Mio. €, die sich im Vergleich zum Vorjahr um rd. 1,3% erhöhten (+19.163 Tsd. €). Mit -4,44% verzeichneten die kreisfreien Städte im Vergleich des Jahres 2009 zu 2008 allerdings einen Rückgang. Über den Berichtszeitraum 2006 bis 2009 betragen die Mehrausgaben für das Personal 25.541 Tsd. €. Der Rückgang der Personalausgaben der kreisfreien Städte beträgt insgesamt 36.242 Tsd. €. Die Personalausgaben der Landkreise sind über den Berichtszeitraum um 3.017 Tsd. € gestiegen. Bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden sind die Personalkosten über den Berichtszeitraum um +58.766 Tsd. € gestiegen.

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
gesamt	1.451.977	1.404.663	-3,26	1.458.355	3,82	1.477.518	1,31
kreisfreie Städte	332.081	298.023	-10,26	309.571	3,87	295.839	-4,44
Landkreise	410.832	401.526	-2,27	405.845	1,08	413.849	1,97
kreisangeh. Gemeinden/VWG	709.064	705.114	-0,56	742.939	5,36	767.830	3,35

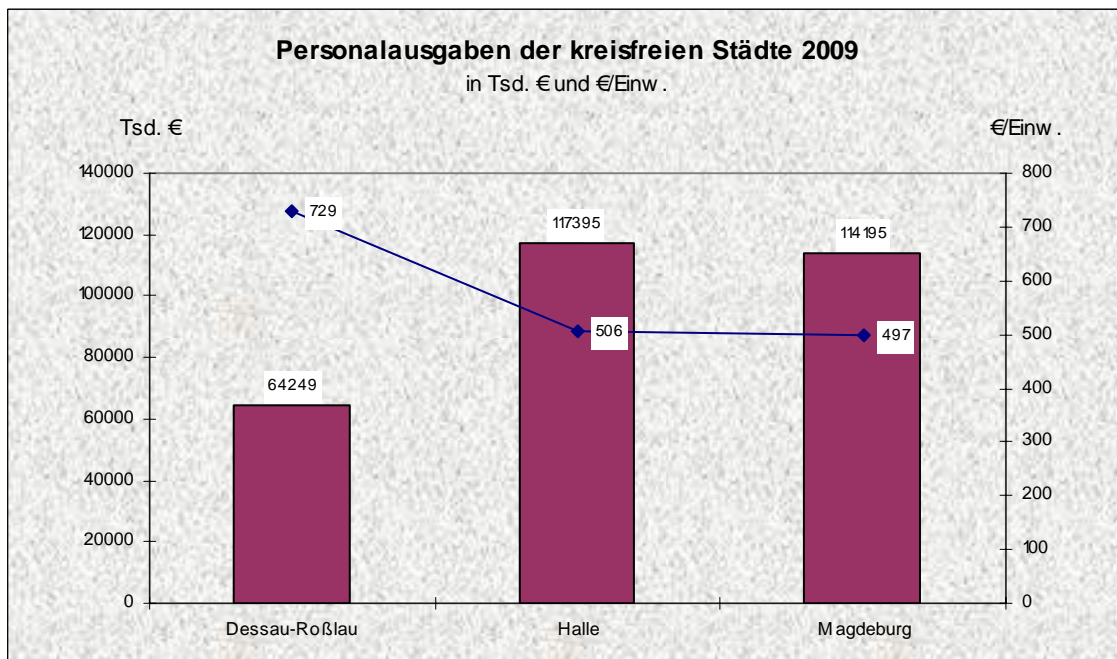


- [56] Auf die kreisfreien Städte entfallen Personalausgaben i.H.v. von insgesamt 295,839 Mio. €, davon 64,2 Mio. € auf Dessau-Roßlau. Die Entwicklung der Ausgaben der Stadt Dessau-Roßlau war bis 2006 nicht nennenswert rückläufig; der Anstieg im Jahr 2007 ist auf den Zusammenschluss der Städte Dessau und Roßlau zurückzuführen. Die Städte Halle und Magdeburg verzeichnen über den Zeitraum bis 2009 Minderausgaben in Höhe von rd. 15,1 bzw. 28,3 Mio. €.

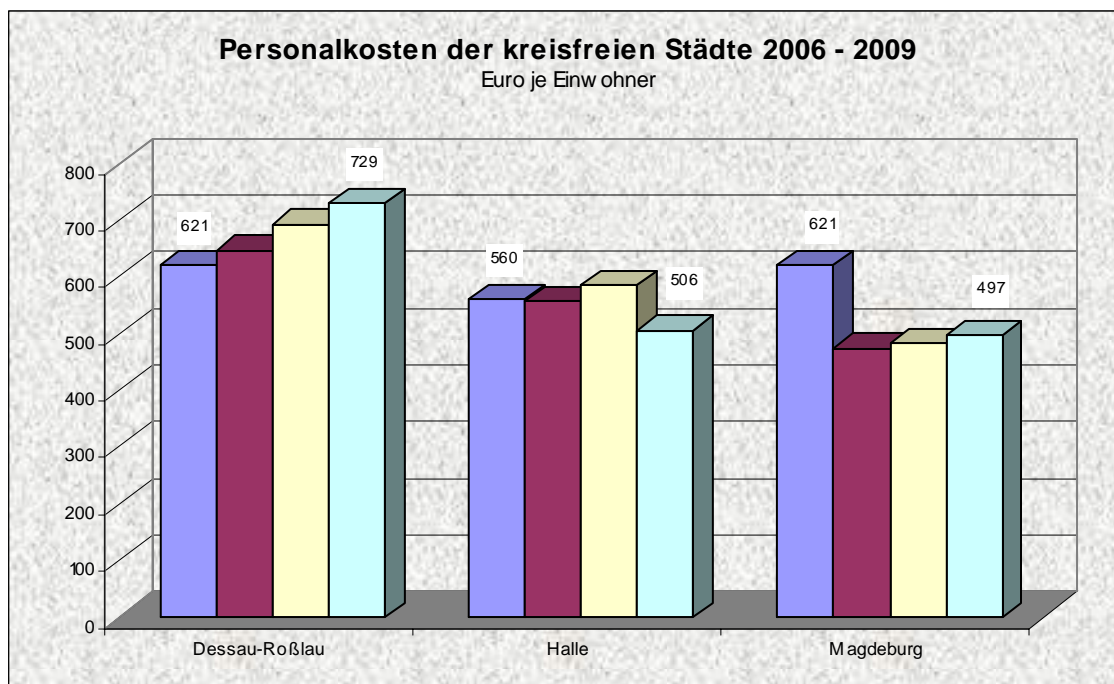
	2006		2007		2008		2009	
	Tsd. €	€/Einw.	Tsd. €	€/Einw.	Tsd. €	€/Einw.	Tsd. €	€/Einw.
Dessau-Roßlau	57.072	621	58.528	647	61.930	693	64.249	729
Halle	132.537	560	130.683	557	136.465	585	117.395	506
Magdeburg	142.472	621	108.813	474	111.176	484	114.195	497



Die Personalausgabenreduzierung in der Landeshauptstadt Magdeburg im Jahr 2007 ist hauptsächlich auf die Ausgliederung des Eigenbetriebes „Kommunales Gebäudemanagement“, die Reduzierung der Arbeitszeit auf 36 Std./Woche und auf die Inanspruchnahme von Altersteilzeitregelungen zurückzuführen.



Während die Abweichung der Ausgaben/Einw. der Stadt Dessau-Roßlau im Wesentlichen mit dem Einwohnerrückgang erklärt werden können, beruht der Ausgabenrückgang bei der Stadt Halle auf der Ausgliederung von ca. 640 Beschäftigten des Opernhauses, des Thaliatheaters und der Staatskapelle.

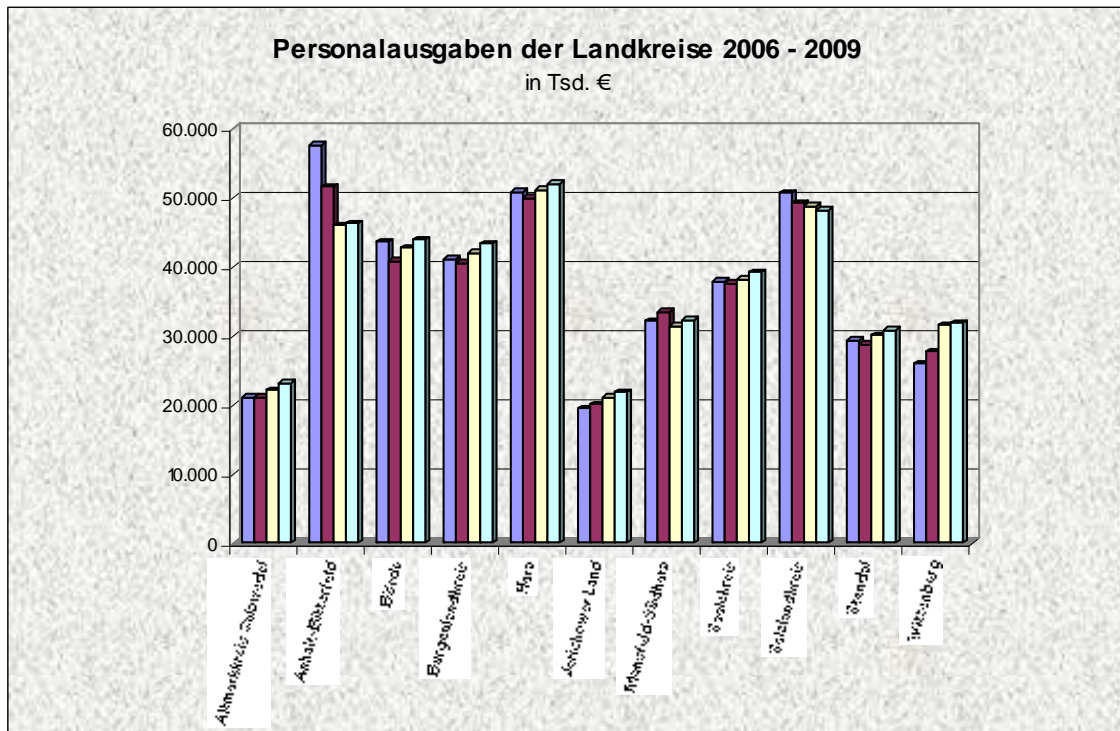


Die Personalausgaben pro Einwohner der Stadt Dessau-Roßlau sind über den Berichtszeitraum 2006 (621 €/Einw.) um 108 €/Einw. auf 729 €/Einw. (2009) gestiegen. Hingegen sind die Personalausgaben der Städte Halle und Magdeburg pro Einwohner im Berichtszeitraum rückläufig.

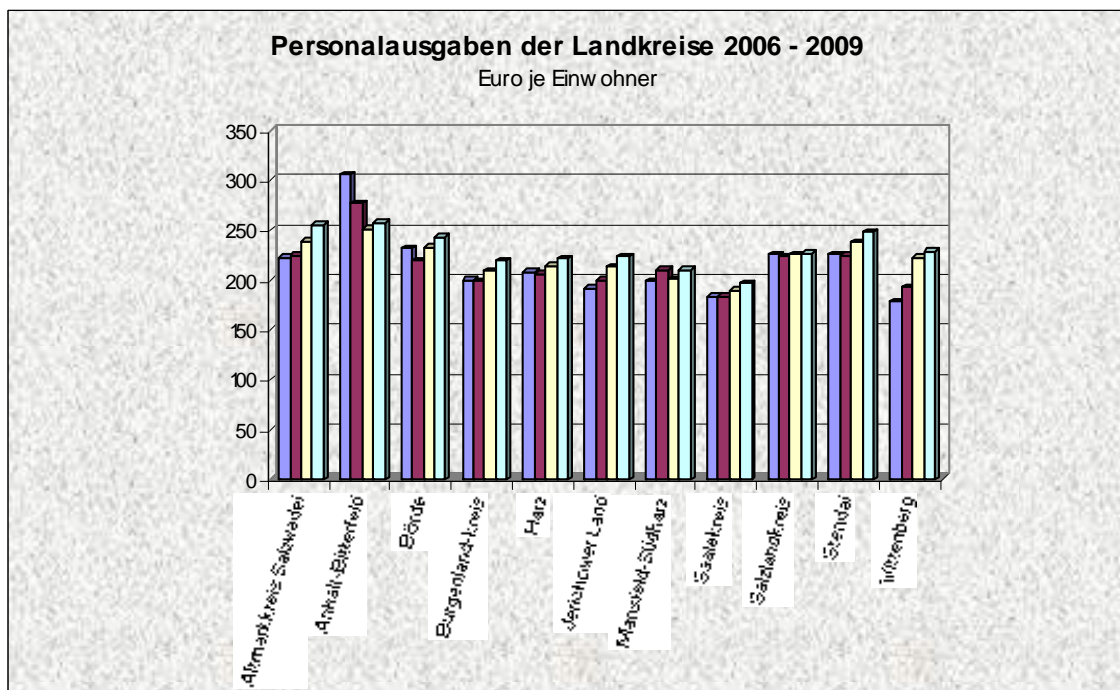
[57] Entwicklung der Personalausgaben der Landkreise:

	2006		2007		2008		2009	
	Tsd. €	€/Einw.	Tsd. €	€/Einw.	Tsd. €	€/Einw.	Tsd. €	€/Einw.
Altmarkkreis Salzwedel	21.160	222	21.113	224	22.153	239	23.240	255
Anhalt-Bitterfeld	57.719	305	51.695	277	46.051	251	46.336	257
Börde	43.704	231	40.849	219	42.829	233	44.076	243
Burgenlandkreis	41.268	200	40.615	199	42.059	209	43.439	219
Harz	51.025	207	50.014	206	51.270	214	52.160	221
Jerichower Land	19.487	192	20.102	200	21.157	214	21.833	224
Mansfeld-Südharz	32.252	198	33.584	210	31.401	200	32.304	210
Saalekreis	37.963	183	37.635	183	38.299	189	39.281	196
Salzlandkreis	50.772	226	49.317	223	48.914	225	48.396	226
Stendal	29.427	225	28.822	224	30.111	238	30.842	248
Wittenberg	26.055	178	27.779	193	31.602	222	31.941	228

Über den Berichtszeitraum waren (nur) die Landkreise Anhalt-Bitterfeld und der Salzlandkreis in der Lage, ihre Personalausgaben zu reduzieren. Alle anderen Landkreise verzeichnen steigende Personalausgaben; im Landkreis Mansfeld-Südharz haben sich die Ausgaben für das Personal verstetigt.



Die durchschnittlichen Personalausgaben/Einwohner lagen für das Jahr 2009 bei rd. 230 €/Einw. Mit einem geringeren Wert warten die Landkreise Altmarkkreis Salzwedel, Burgenlandkreis, Harz, Jerichower Land, Mansfeld-Südharz, Saalekreis und der Landkreis Wittenberg auf. Mit 257 €/Einw. bzw. 243 €/Einw. bez. 248 €/Einw. liegen die Landkreise Anhalt-Bitterfeld, Börde und Stendal über dem Landesdurchschnitt.

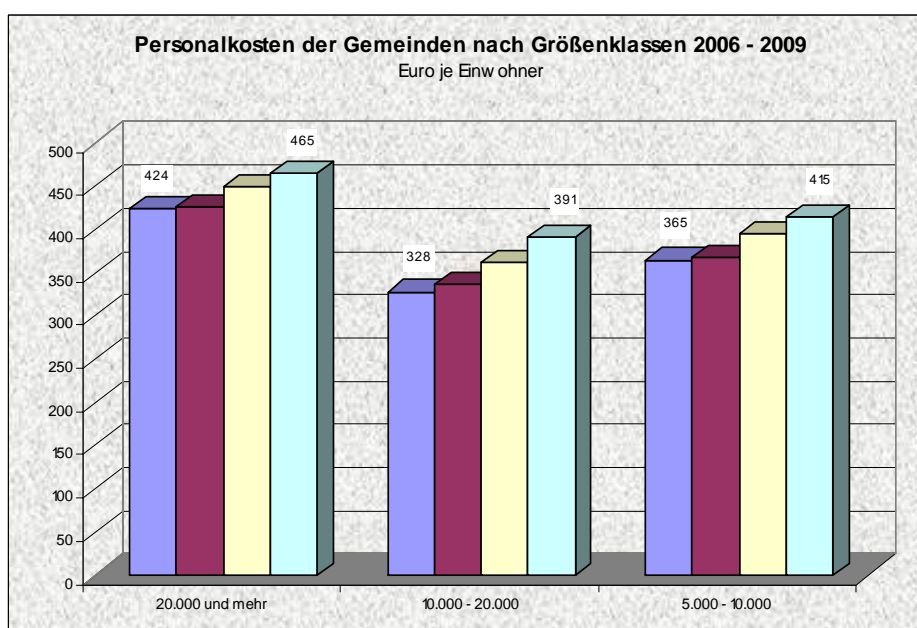
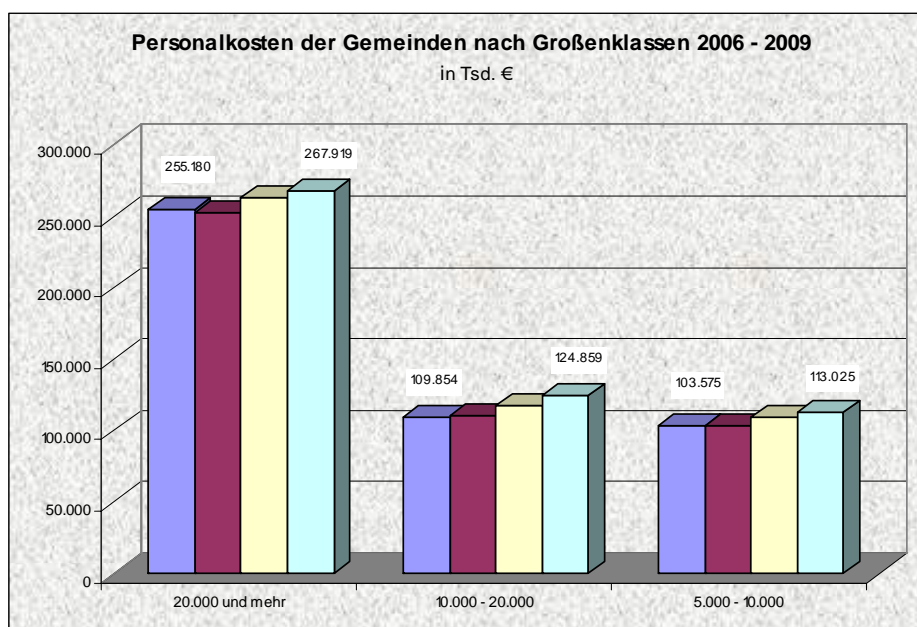


[58] Die Personalausgaben der kreisangehörigen Gemeinden nach Größenklassen (in 1.000 €) entwickelten sich bis 2007 insgesamt rückläufig (von 709.064 auf 705.114 Tsd. €). Dieser Trend ist im Jahr 2008 gestoppt. Mit einer Zuwachsrate von 5,4% entstehen im Jahr 2008 Mehrausgaben in Höhe von 37.825 Tsd. € und im Jahr 2009 767.830 Tsd. € (+24.891 Tsd. €).

In den Gemeinden mit „20.000 und mehr Einwohnern“ ist dieser Trend ebenfalls gestoppt. Diese Größenklasse verzeichnet einen Anstieg der Personalausgaben der Jahre 2007 bis 2009 um +4.820 Tsd. €).

In den Gemeinden der Größenklasse 10.000 – 20.000 Einwohner beträgt der Anstieg der Personalausgaben im Berichtszeitraum +15.015 Tsd. €. Ebenso deutlich ist die Zuwachsrate bei den Gemeinden der Größenklasse 5.000 bis 10.000 Einwohner (+9.696 Tsd. € in den Jahren 2007 bis 2009).

	2006		2007		2008		2009	
	Tsd. €	€/Einw.	Tsd. €	€/Einw.	Tsd. €	€/Einw.	Tsd. €	€/Einw.
20.000 und mehr	255.180	424	253.046	426	263.099	450	267.919	465
10.000 - 20.000	109.854	328	111.034	336	117.732	363	124.859	391
5.000 - 10.000	103.575	365	103.329	368	109.192	395	113.025	415
3.000 - 5.000	18.055	167	18.145	171	19.436	185	20.096	194
1.000 - 3.000	65.478	213	65.027	214	69.422	232	70.804	241
unter 1.000	49.395	188	48.673	187	52.659	206	55.082	219



## 2.2.2 Entwicklung der Ausgaben für den laufenden Sachaufwand

- [59] Die Entwicklung der Ausgaben für den laufenden Sachaufwand der Kommunen in Sachsen-Anhalt (in 1.000 €) ist nach Jahren mit rückläufiger (verharrender) Tendenz seit dem Jahr 2007 (+2,39%) ansteigend, im Jahr 2008 zwar nur geringfügig (2008 = +0,8%), im Jahr 2009 dann wieder mit einem deutlicheren Anstieg (+3%). Die Zuwachsraten gehen auf Zuwächse bei allen Gebietskörperschaftsgruppen zurück.

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
gesamt	945.707	956.989	1,19	964.577	0,79	994.072	3,06
kreisfreie Städte	231.412	234.622	1,39	233.657	-0,41	240.963	3,13
Landkreise	305.833	310.677	1,58	298.157	-4,03	305.474	2,45
kreisangeh. Gemeinden/VWG	408.462	411.690	0,79	432.763	5,12	447.634	3,44

- [60] Die nachfolgenden Tabellen zeigen die Entwicklung der Ausgaben für den laufenden Sachaufwand der kreisfreien Städte, der kreisangehörigen Gemeinden nach Größenklassen und der Landkreise.

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
gesamt	231.412	234.622	1,39	233.657	-0,41	240.963	3,13
Dessau-Roßlau	27.803	24.707	-11,14	24.941	0,95	26.046	4,43
Halle	115.044	121.174	5,33	116.466	-3,89	119.417	2,53
Magdeburg	88.564	88.741	0,20	92.249	3,95	95.500	3,52

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
20.000 und mehr	140.125	141.279	0,82	150.941	6,84	153.362	1,60
10.000 - 20.000	69.529	71.959	3,49	73.382	1,98	76.518	4,27
5.000 - 10.000	63.797	62.642	-1,81	64.927	3,65	67.461	3,90
3.000 - 5.000	18.985	18.959	-0,14	20.204	6,57	20.958	3,73
1.000 - 3.000	53.533	53.884	0,66	55.606	3,20	57.100	2,69
unter 1.000	40.506	41.227	1,78	46.003	11,58	47.499	3,25

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
Altmarkkreis Salzwedel	19.306	19.021	-1,48	19.968	4,98	21.633	8,34
Anhalt-Bitterfeld	40.466	39.939	-1,30	32.163	-19,47	31.417	-2,32
Börde	28.574	23.874	-16,45	22.570	-5,46	23.330	3,37
Burgenlandkreis	23.080	24.225	4,96	23.327	-3,71	23.488	0,69
Harz	25.461	31.371	23,21	29.032	-7,46	30.381	4,65
Jerichower Land	23.186	22.865	-1,38	23.117	1,10	24.720	6,93
Mansfeld-Südharz	17.145	18.001	4,99	17.417	-3,24	16.887	-3,04
Saalekreis	39.855	40.715	2,16	40.411	-0,75	43.236	6,99
Salzlandkreis	37.962	38.683	1,90	36.518	-5,60	37.277	2,08
Stendal	24.491	24.508	0,07	24.602	0,38	24.710	0,44
Wittenberg	26.307	27.476	4,44	29.033	5,67	28.397	-2,19

## 2.2.3 Ausgaben für soziale Leistungen

- [61] Die sozialen Leistungen in Höhe von 1.109,2 Mio. € verringerten sich um 1,34% gegenüber dem Vorjahr. Die Minderausgaben im Berichtszeitraum belaufen sich auf 97,4 Mio. €

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
gesamt	1.206.616	1.163.371	-3,58	1.124.302	-3,36	1.109.184	-1,34
kreisfreie Städte	262.302	265.162	1,09	261.517	-1,37	267.362	2,24
Landkreise	940.090	893.975	-4,91	858.468	-3,97	838.535	-2,32
kreisangeh. Gemeinden/VWG	4.224	4.234	0,24	4.317	1,96	3.288	-23,84

- [62] Die Entwicklung der Ausgaben für soziale Leistungen der kreisfreien Städte, der Landkreise sowie der kreisangehörigen Städte und Gemeinden nach Größenklassen zeigen die nachfolgenden Tabellen:

	2006		2007		2008		2009	
	Tsd. €	€/Einw.	Tsd. €	€/Einw.	Tsd. €	€/Einw.	Tsd. €	€/Einw.
Dessau-Roßlau	31.198	340	32.378	358	31.279	350	34.099	387
Halle	122.863	519	121.155	516	121.274	520	120.368	519
Magdeburg	108.240	472	111.629	486	108.964	474	112.894	492

	2006		2007		2008		2009	
	Tsd. €	€/Einw.	Tsd. €	€/Einw.	Tsd. €	€/Einw.	Tsd. €	€/Einw.
Altmarkkreis Salzwedel	26.460	277	27.451	292	27.162	293	28.190	309
Anhalt-Bitterfeld	129.358	683	120.573	646	95.128	518	81.304	450
Börde	48.424	256	47.936	257	46.241	251	46.477	256
Burgenlandkreis	70.117	340	68.926	338	67.339	335	66.161	334
Harz	120.878	492	113.991	469	113.156	472	110.299	467
Jerichower Land	29.961	295	30.417	303	31.278	316	30.644	314
Mansfeld-Südharz	53.538	329	53.166	333	52.179	332	55.915	363
Saalekreis	168.938	816	156.030	760	151.183	746	151.139	755
Salzlandkreis	204.885	911	189.123	855	183.911	845	174.347	814
Stendal	52.110	399	51.321	399	49.965	394	49.432	397
Wittenberg	35.420	243	35.041	243	40.925	288	44.625	319

in Tsd. €	2006	2007	%	2008	%	2009	%
20.000 und mehr	152	197	29,61	201	2,03	153	-23,88
10.000 - 20.000	293	251	-14,33	181	-27,89	163	-9,94
5.000 - 10.000	596	491	-17,62	530	7,94	439	-17,17
3.000 - 5.000	487	414	-14,99	287	-30,68	90	-68,64
1.000 - 3.000	530	346	-34,72	248	-28,32	155	-37,50
unter 1.000	556	546	-1,80	465	-14,84	256	-44,95

## 2.2.4 Entwicklung der Zinsausgaben

- [63] Die Entwicklung der Zinsausgaben hatte sich über den Berichtszeitraum in den Jahren 2006 bis 2008 auf gleichem Niveau verstetigt. Im Vergleich der Jahre 2009 zu 2008 (aber auch zu 2006) sind die Zinsausgaben deutlich rückläufig. Dabei verzeichnen die

kreisangehörigen Gemeinden einen Rückgang von 13,20%, die Zinsbelastung für die kreisfreien Städte hat sich um 35,3% und die der Landkreise um 23,24% verringert.

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
gesamt	174.277	177.339	1,76	176.157	-0,67	137.995	-21,66
kreisfreie Städte	43.168	44.622	3,37	43.475	-2,57	28.129	-35,30
Landkreise	45.980	49.204	7,01	52.812	7,33	40.536	-23,24
kreisangeh. Gemeinden/VWG	85.129	83.513	-1,90	79.870	-4,36	69.330	-13,20

Die nachfolgenden Tabellen zeigen die Entwicklung der Zinsausgaben der kreisfreien Städte, der Landkreise und der kreisangehörigen Gemeinden nach Größenklassen (in 1.000 €):

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
gesamt	43.168	44.622	3,37	43.475	-2,57	28.129	-35,30
Dessau-Roßlau	5.070	5.844	15,27	5.800	-0,75	4.025	-30,60
Halle	19.997	22.693	13,48	22.422	-1,19	12.095	-46,06
Magdeburg	18.100	16.085	-11,13	15.253	-5,17	12.009	-21,27

Die Belastung aus Zinszahlungen der Landkreishaushalte hat sich wie folgt entwickelt:

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
Altmarkkreis Salzwedel	2.694	2.584	-4,08	2.506	-3,02	2.525	0,76
Anhalt-Bitterfeld	8.105	8.498	4,85	9.507	11,87	8.288	-12,82
Börde	3.099	3.212	3,65	2.499	-22,20	2.281	-8,72
Burgenlandkreis	4.376	4.416	0,91	4.453	0,84	3.517	-21,02
Harz	5.694	6.701	17,69	7.232	7,92	4.867	-32,70
Jerichower Land	2.041	2.084	2,11	1.885	-9,55	1.582	-16,07
Mansfeld-Südharz	3.537	4.099	15,89	4.842	18,13	2.761	-42,98
Saalekreis	3.172	3.356	5,80	3.124	-6,91	2.743	-12,20
Salzlandkreis	6.384	6.805	6,59	9.052	33,02	6.312	-30,27
Stendal	2.943	3.392	15,26	3.883	14,48	2.889	-25,60
Wittenberg	3.934	4.056	3,10	3.828	-5,62	2.769	-27,66

Die Belastung aus Zinszahlungen der Haushalte der kreisangehörigen Städte und Gemeinden hat sich wie folgt entwickelt:

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
20.000 und mehr	29.464	28.896	-1,93	26.791	-7,28	23.283	-13,09
10.000 - 20.000	12.454	11.678	-6,23	11.489	-1,62	10.311	-10,25
5.000 - 10.000	14.823	15.018	1,32	14.384	-4,22	11.883	-17,39
3.000 - 5.000	5.657	5.619	-0,67	5.597	-0,39	4.685	-16,29
1.000 - 3.000	13.970	13.540	-3,08	12.998	-4,00	11.694	-10,03
unter 1.000	8.245	8.239	-0,07	8.103	-1,65	6.933	-14,44

## 2.2.5 Ausgaben für Investitionen

- [64] Die Ausgaben der Kommunen für Investitionen (Baumaßnahmen in 1.000 €) sind im Berichtszeitraum um 15.696 Tsd. € Mio. € gestiegen. Dabei ist jedoch ein Rückgang der Investitionen bei den kreisfreien Städten (und Landkreisen) zu verzeichnen. Nach Jahren relativ gleich hoher Ausgaben (2003, 2004 und 2005) ist im Jahr 2006 im Vergleich zum Vorjahr ein Einbruch zu verzeichnen, im Jahre 2007 liegt die Quote bei -10,68%, im Jahre 2008 bei -5,83%. Noch deutlicher rückläufig sind die Ausgaben für Investitionen bei den Landkreisen. Mit dem Haushaltsjahr 2009 erholt sich die Investitionstätigkeit. Gegenüber 2008 wurden 65.726 Tsd. € mehr verausgabt. Der Ausgabenanstieg geht ausschließlich auf die kreisangehörigen Städte und Gemeinden zurück.

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
gesamt	545.387	528.939	-3,02	495.357	-6,35	561.083	13,27
kreisfreie Städte	81.296	72.614	-10,68	68.308	-5,93	66.122	-3,20
Landkreise	104.889	99.275	-5,35	81.137	-18,27	73.624	-9,26
kreisangeh. Gemeinden/VWG	359.202	357.050	-0,60	345.912	-3,12	421.338	21,80

- [65] Die nachfolgenden Tabellen zeigen die Entwicklung der Ausgaben für Investitionen für Baumaßnahmen der kreisfreien Städte, Landkreise und der kreisangehörigen Gemeinden nach Gemeindegrößenklassen (in 1.000 €).

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
gesamt	81.296	72.614	-10,68	68.308	-5,93	66.122	-3,20
Dessau-Roßlau	16.770	12.365	-26,27	17.479	41,36	14.504	-17,02
Halle	34.589	26.399	-23,68	17.892	-32,22	23.878	33,46
Magdeburg	29.936	33.850	13,07	32.937	-2,70	27.740	-15,78

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
Altmarkkreis Salzwedel	3.899	4.581	17,49	4.094	-10,63	2.432	-40,60
Anhalt-Bitterfeld	11.931	11.098	-6,98	5.744	-48,24	6.016	4,74
Börde	10.642	7.962	-25,18	2.960	-62,82	4.525	52,87
Burgenlandkreis	18.970	16.932	-10,74	15.716	-7,18	7.915	-49,64
Harz	10.958	12.549	14,52	9.213	-26,58	7.942	-13,80
Jerichower Land	5.878	2.763	-52,99	3.423	23,89	3.603	5,26
Mansfeld-Südharz	5.692	5.386	-5,38	3.226	-40,10	6.147	90,55
Saalekreis	14.889	15.006	0,79	20.909	39,34	17.258	-17,46
Salzlandkreis	11.609	8.790	-24,28	5.023	-42,86	6.046	20,37
Stendal	6.350	6.483	2,09	2.606	-59,80	5.143	97,35
Wittenberg	4.069	7.726	89,87	8.223	6,43	6.599	-19,75

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
20.000 und mehr	97.697	100.648	3,02	88.922	-11,65	105.408	18,54
10.000 - 20.000	53.097	61.257	15,37	62.093	1,36	64.476	3,84
5.000 - 10.000	61.050	52.634	-13,79	59.852	13,71	62.044	3,66
3.000 - 5.000	24.596	16.995	-30,90	17.409	2,44	26.671	53,20
1.000 - 3.000	74.423	72.665	-2,36	63.988	-11,94	83.352	30,26
unter 1.000	42.520	50.273	18,23	52.845	5,12	74.213	40,44

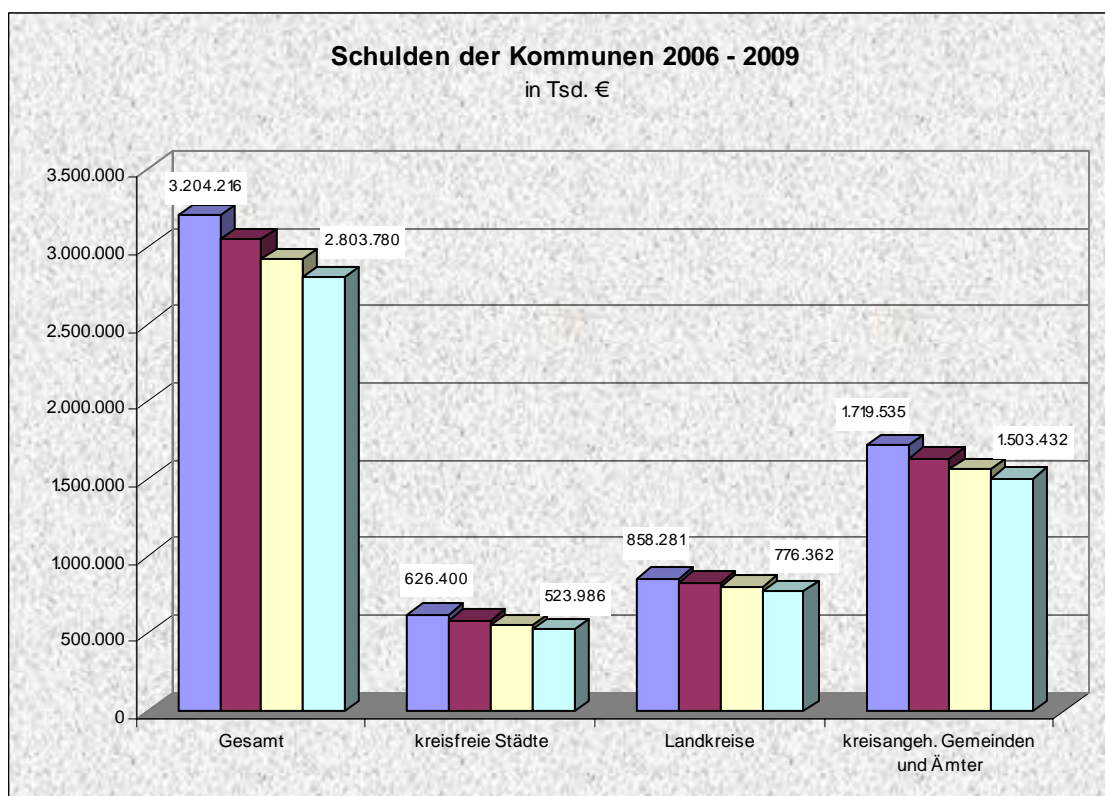
Bis 2006 ist ein deutlicher Rückgang der Investitionstätigkeit auch bei den Gemeinden der Größenklasse „20.000 und mehr Einwohner“ zu verzeichnen. Nach Aufwachsen im Jahr 2007 (+10,66%) wird im Jahr 2008 wieder das Niveau des Jahres 2006 erreicht (-9,35%). Starke Zuwächse +20% sind bei den Gemeinden mit 5.000 – 10.000 Einwohner zu verzeichnen. Fast schon dramatisch ist der Rückgang der Ausgaben für Investitionen der Gemeinden der Größenklasse 1.000 – 3.000 Einwohner (-65% = -52 Mio. €).

### 3. Kreditmarktschulden und Kassenkredite

#### 3.1 Kreditmarktschulden der kreisfreien Städte, Landkreise und kreisangehörigen Gemeinden

[66] Die Kreditmarktschulden (einschl. der Schulden bei öffentlichen Haushalten) konnten 2009 – wie bereits in den Vorjahren – auf 2.802,78 Mio. € verringert werden (-116,288 Mio. €). Die Verschuldung pro Einwohner beträgt nunmehr 1.184 Euro (2008: 1.218 €).

	2006		2007		2008		2009	
	T Euro	€/Einw.	T Euro	€/Einw.	T Euro	€/Einw.	T Euro	€/Einw.
gesamt	3.204.216	1.304	3.052.438	1.257	2.920.068	1.218	2.803.780	1.184
kreisfreie Städte	626.400	1.123	586.634	1.057	554.874	1.004	523.986	953
Landkreise	858.281	452	833.943	445	805.085	436	776.362	427
kreisangeh. Gemeinden und Ämter	1.719.535	906	1.631.861	871	1.560.109	845	1.503.432	827

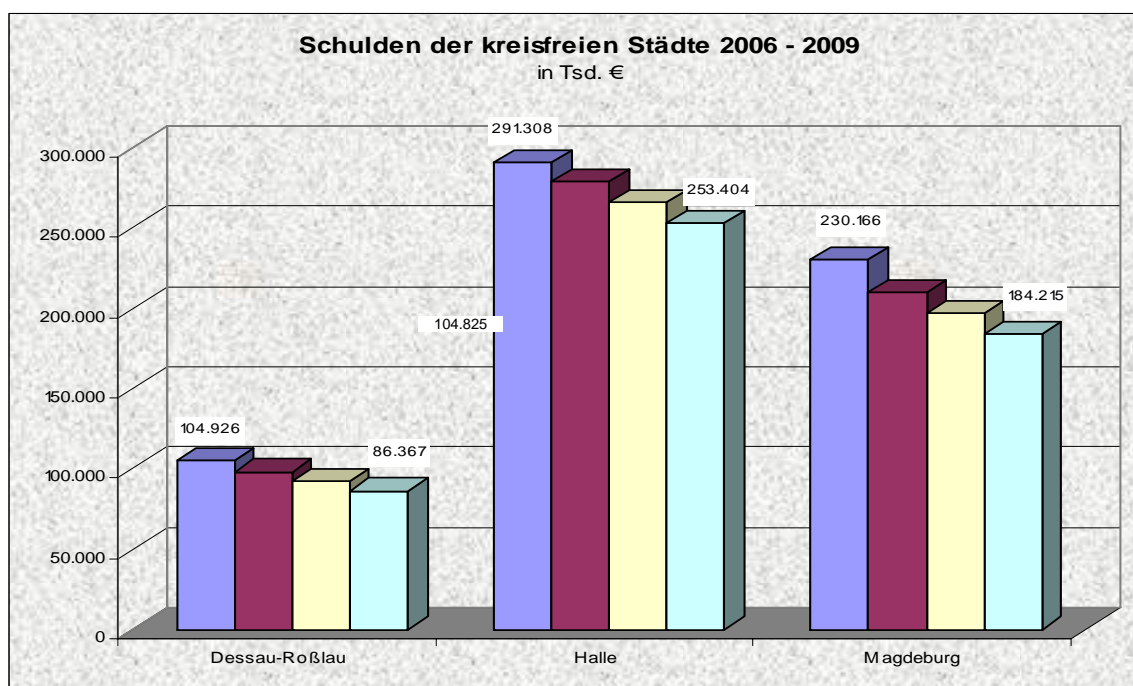


Im Berichtszeitraum 2006 bis 2009 verringerte sich der Schuldenstand um 400,436 Mio. Euro:

	2006	2007	2008	2009	
	T Euro	T Euro	T Euro	T Euro	Abbau
gesamt	3.204.216	3.052.438	2.920.068	2.803.780	400.436
kreisfreie Städte	626.400	586.634	554.874	523.986	102.414
Landkreise	858.281	833.943	805.085	776.362	81.919
kreisangeh. Gemeinden und Ämter	1.719.535	1.631.861	1.560.109	1.503.432	216.103

[67] Dabei ist ein etwa gleichbleibender Trend zu beobachten. Der Anteil der kreisfreien Städte an der Gesamtverschuldung ist über den Berichtszeitraum gleichbleibend bei 19,5%, 19,2 %, 19,0% und für das Jahr 2009 bei 18,7%. Pro Einwohner verzeichnet die Landeshauptstadt Magdeburg den stärksten Rückgang (202 €/Einw.) gefolgt von der Stadt Dessau-Roßlau (162 €/Einw.) und von der Stadt Halle (138 €/Einw.).

	2006		2007		2008		2009	
	T Euro	€/Einw.	T Euro	€/Einw.	T Euro	€/Einw.	T Euro	€/Einw.
gesamt	626.400	1.123	586.634	1.057	554.874	1.004	523.986	953
Dessau-Roßlau	104.926	1.142	98.152	1.084	92.135	1.031	86.367	980
Halle	291.308	1.230	278.662	1.187	265.910	1.140	253.404	1.092
Magdeburg	230.166	1.004	209.820	913	196.829	857	184.215	802



Der Rückgang der Verschuldung pro Einwohner der Stadt Dessau-Roßlau im Jahr 2007 gegenüber dem Jahr 2006 (180 €/Einw.) ist umso bemerkenswerter, da mit dem Zusammenschluss der Städte Dessau und Roßlau zwar die Einwohnerzahl anstieg, aber auch Schulden (Stand zum 31.12.2006 = 6.373.000) übernommen werden mussten. Dennoch wurde der (Gesamt-)Stand der Schulden zurückgeführt. Dieser Trend setzt sich auch für das Jahr 2009 durch.

[68] Der Anteil der Verschuldung der Landkreise an der Gesamtverschuldung aller Gebietskörperschaften liegt bei relativ gleichbleibend 26,8%, 27,3%, 27,5% und 27,7%.

(Für die Vergangenheit) Umgerechnet auf die neuen Kreisstrukturen ergibt sich folgende Verschuldung der Landkreise (in Tsd. €):

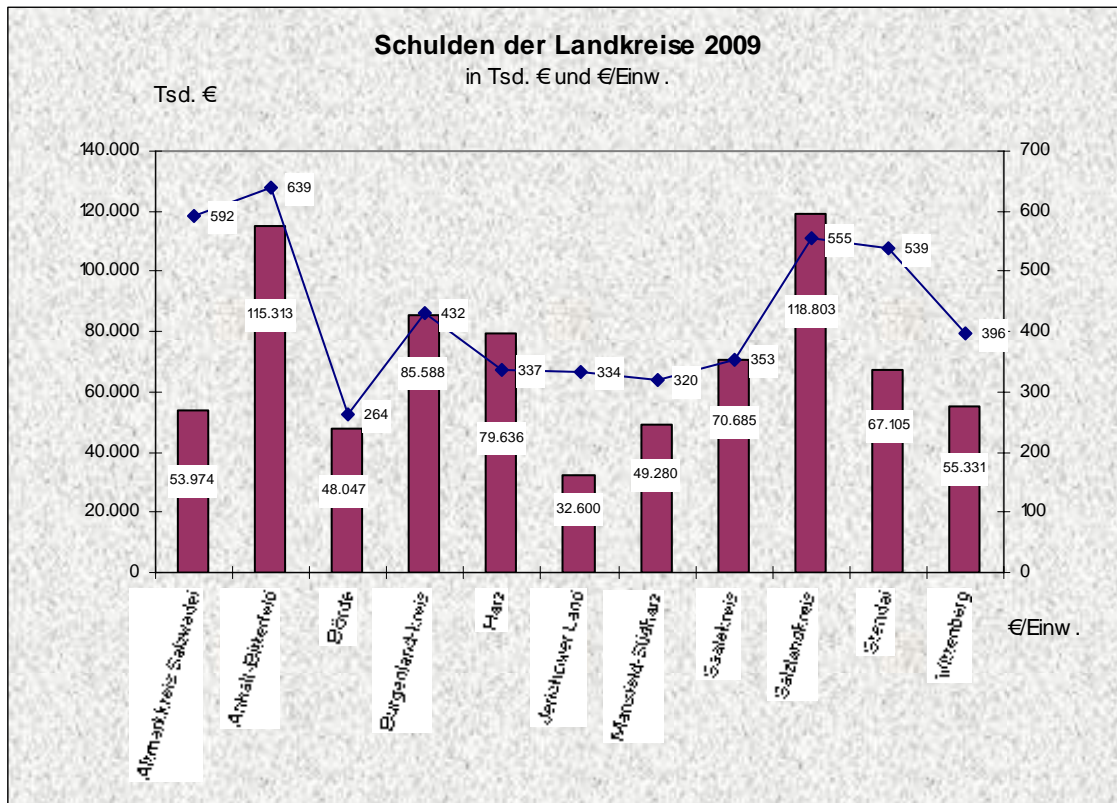
	2006	2007	%	2008	%	2009	%
Altmarkkreis Salzwedel	61.077	59.383	-2,77	56.699	-4,52	53.974	-4,81
Anhalt-Bitterfeld	132.019	127.276	-3,59	122.041	-4,11	115.313	-5,51
Börde	61.932	56.783	-8,31	52.494	-7,55	48.047	-8,47
Burgenlandkreis	92.435	90.842	-1,72	89.650	-1,31	85.588	-4,53
Harz	90.693	86.951	-4,13	83.019	-4,52	79.636	-4,07
Jerichower Land	35.200	35.381	0,51	33.647	-4,90	32.600	-3,11
Mansfeld-Südharz	59.356	56.115	-5,46	52.612	-6,24	49.280	-6,33
Saalekreis	72.457	72.663	0,28	71.726	-1,29	70.685	-1,45
Salzlandkreis	121.558	120.294	-1,04	117.254	-2,53	118.803	1,32
Stendal	68.880	67.459	-2,06	67.855	0,59	67.105	-1,11
Wittenberg	62.674	60.796	-3,00	58.088	-4,45	55.331	-4,75

Damit ist es allen Landkreisen im Jahr 2009 gelungen, ihre Verschuldung zurückzuführen (ausgenommen dem Salzlandkreis). Über den gesamten Berichtszeitraum (2006 – 2009) ist es allen Landkreisen gelungen, die Verschuldung zurückzuführen.

	2006		2007		2008		2009	
	T Euro	€/Einw.	T Euro	€/Einw.	T Euro	€/Einw.	T Euro	€/Einw.
Altmarkkreis Salzwedel	61.077	640	59.383	631	56.699	611	53.974	592
Anhalt-Bitterfeld	132.019	697	127.276	682	122.041	665	115.313	639
Börde	61.932	328	56.783	304	52.494	285	48.047	264
Burgenlandkreis	92.435	448	90.842	445	89.650	446	85.588	432
Harz	90.693	369	86.951	358	83.019	347	79.636	337
Jerichower Land	35.200	346	35.381	352	33.647	340	32.600	334
Mansfeld-Südharz	59.356	365	56.115	351	52.612	335	49.280	320
Saalekreis	72.457	350	72.663	354	71.726	354	70.685	353
Salzlandkreis	121.558	541	120.294	544	117.254	539	118.803	555
Stendal	68.880	528	67.459	525	67.855	536	67.105	539
Wittenberg	62.674	429	60.796	422	58.088	409	55.331	396

Bei einer durchschnittlichen Pro-Kopf-Verschuldung von 433 €/Einwohner (der Gruppe der Landkreise) liegen vier Landkreise (Altmarkkreis Salzwedel, Anhalt-Bitterfeld, Salzlandkreis und Stendal) über dem Durchschnitt, sieben Landkreise liegen unter dem Durchschnitt.

Vergleich zum Vorjahr: Bei einer durchschnittlichen Pro-Kopf-Verschuldung von 436 €/Einw. lagen fünf Landkreise über dem Durchschnitt, sechs Landkreise lagen unter dem Durchschnitt.



[69] Der Anteil aller kreisangehörigen Gemeinden an der Gesamtverschuldung beträgt 53,7%, 53,5%, 53,4% und 53,6%.

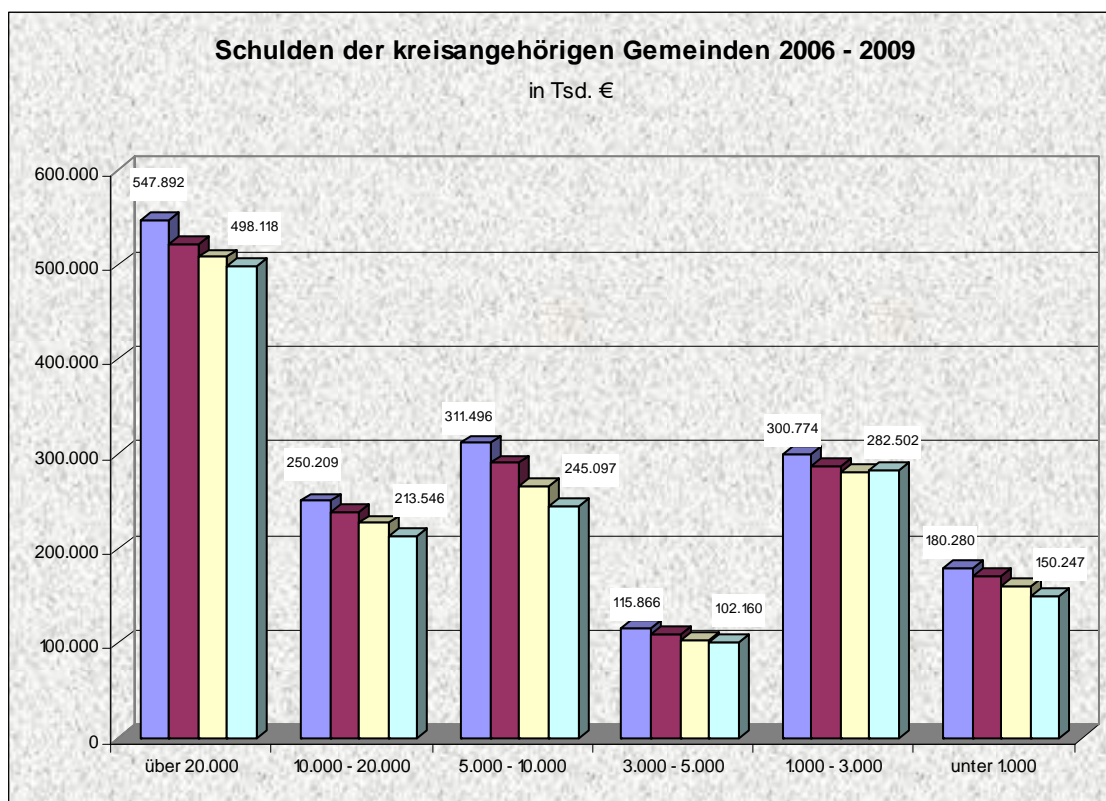
	2006	2007	%	2008	%	2009	%
20.000 und mehr	547.892	522.213	-4,69	508.085	-2,71	498.118	-1,96
10.000 - 20.000	250.209	239.132	-4,43	227.130	-5,02	213.546	-5,98
5.000 - 10.000	311.496	290.297	-6,81	266.807	-8,09	245.097	-8,14
3.000 - 5.000	115.866	109.653	-5,36	103.994	-5,16	102.160	-1,76
1.000 - 3.000	300.774	286.973	-4,59	281.735	-1,83	282.502	0,27
unter 1.000	180.280	171.215	-5,03	160.749	-6,11	150.247	-6,53

Innerhalb des kreisangehörigen Raumes ist es in allen Größenklassen (Ausnahme 1.000 bis 3.000 Einwohner) gelungen, die Verschuldung im Vergleich zum Vorjahr zurückzuführen. Aber auch in dieser Größenklasse ist die Verschuldung im Berichtszeitraum zurückgegangen.

	2006		2007		2008		2009	
	T Euro	€/Einw.	T Euro	€/Einw.	T Euro	€/Einw.	T Euro	€/Einw.
über 20.000	547.892	911	522.213	880	508.085	868	498.118	864
10.000 - 20.000	250.209	746	239.132	724	227.130	700	213.546	668
5.000 - 10.000	311.496	1.098	290.297	1.035	266.807	965	245.097	900
3.000 - 5.000	115.866	1.075	109.653	1.032	103.994	991	102.160	986
1.000 - 3.000	300.774	980	286.973	946	281.735	943	282.502	960
unter 1.000	180.280	684	171.215	659	160.749	627	150.247	597

Schon im Vergleich der Jahre 2007 zu 2006 ging die Pro-Kopf-Verschuldung bei den Gemeinden aller Größenklassen zurück. Diese Entwicklung hat sich im Vergleich der Jahre 2008 zu 2007 fortgesetzt. Auch im Vergleich der Jahre 2009 und 2008 ist die Verschuldung/Einw. rückläufig (Ausnahme: Größenklasse 1.000 – 3.000 Einwohner).

[70] Die (absolute) Verschuldung der Gemeinden aller Größenklassen ist im Vergleich der Jahre 2006 zu 2009 rückläufig.



### 3.2 Kassenkredite der kreisfreien Städte, Landkreise und kreisangehörigen Städte und Gemeinden

[71] Zusätzlich zur Kreditmarktverschuldung und der Schuldenaufnahme bei öffentlichen Haushalten wurden auch in 2009 Kredite zur Sicherung

kommunale Haushalte gesamt	kreisfreie Städte		Landkreise		Kreisangehörigen Gemeinden	
Tsd. €	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%
982.261	405.168	41,2	325.537	33,2	251.556	25,6

der Zahlungsfähigkeit aufgenommen: der Stand der Kassenkredite beträgt nunmehr 982,261 Mio. € (ohne Zweckverbände). Dabei ist auffällig, dass die kreisfreien Städte erstmals zum Ende des Jahres 2003 (Stand 31.12.) einen noch rückzahlbaren Kassenkredit ausweisen (45.682.000 €). Im Jahr 2009 beträgt der Kassenkredit zum Jahresende 405.168.000 € und damit rd. das 9fache.

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
gesamt	958.264	971.493	1,38	968.550	-0,30	982.261	1,42
kreisfreie Städte	368.354	357.458	-2,96	402.783	12,68	405.168	0,59
Landkreise	308.968	366.668	18,68	354.887	-3,21	325.537	-8,27
kreisangeh. Gemeinden	280.942	247.367	-11,95	210.880	-14,75	251.556	19,29

Insbesondere die Höhe der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit ist – nach wie vor – besorgniserregend. Auch die Tatsache, dass im Jahr 2009 für die Landkreise

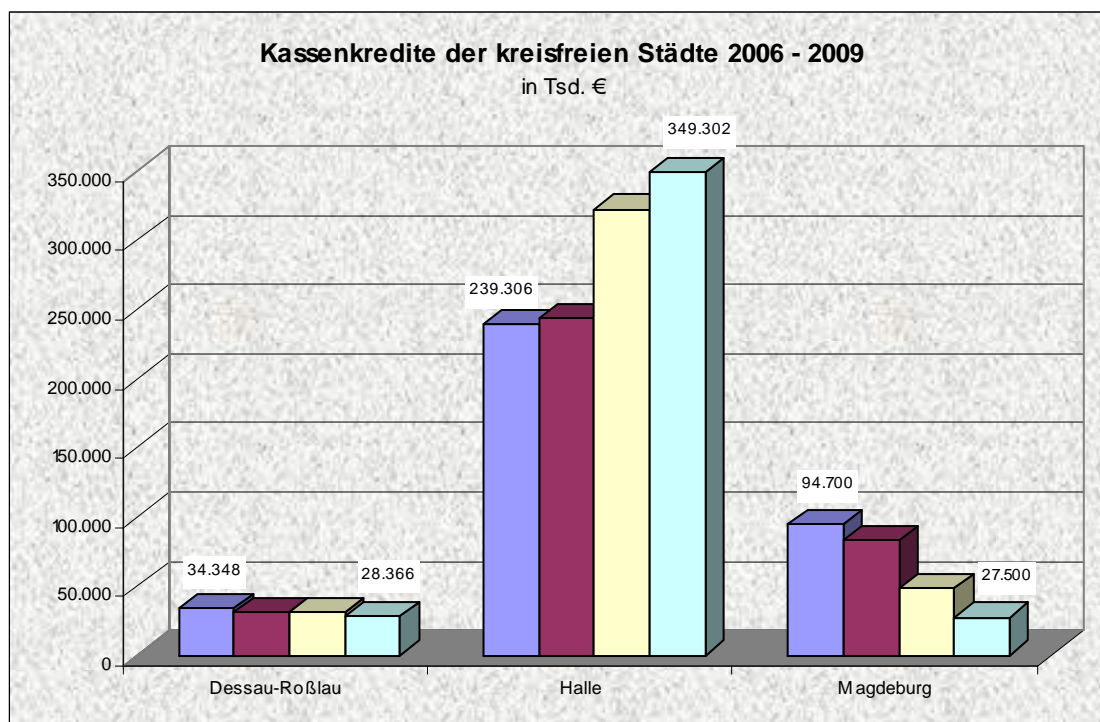
Rückführungen zu verzeichnen sind, ist in Anbetracht des Volumens kein Grund zur Entwarnung. Keine Entwarnung gibt es auch im kreisangehörigen Raum. Mit rd. 19%, d.h. um rd. 40,6 Mio. € ist hier der Stand der Kassenkredite angewachsen.

Reduzierte sich der Stand der Kassenkredite zum 31.12.2007 im Vergleich zum Vorjahr bei den kreisfreien Städten erstmals um rd. 10,6 Mio. € (-2,9%) ist für das Jahr 2008 erneut ein Zuwachs in Höhe von rd. 45,3 Mio. € festzustellen. Dies entspricht einer Zuwachsrate von +12,7%. Für das Jahr 2009 stagniert die Kassenkreditverschuldung. Nach Jahren zweistelliger Zuwachsraten ist es den Landkreisen hingegen gelungen, den Stand der Kassenkredite zum Stichtag 31.12.2008 zurückzuführen (-3,2% = 11,8 Mio. €). Diese positive Entwicklung hat sich im Jahr 2009 vorgesetzt (-29,35 Mio. €).

Zum Stichtag 31.12.2008 deutlich zurückgeführt wurde der Stand der Kassenkredite der kreisangehörigen Städte und Gemeinden (-14,7% = 36,4 Mio. €). Der deutliche Anstieg zum Jahresende 2009 (auf das Niveau des Jahres 2007) ist sicherlich auch auf die Entwicklung der Steuereinnahmen im Jahr 2009 zurück.

[72] Die Entwicklung der Kassenkredite der kreisfreien Städte stellt sich wie folgt dar:

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
gesamt	368.354	357.458	-3	402.783	13	405.168	1
Dessau-Roßlau	34.348	31.313	-8,84	31.449	0,43	28.366	-9,80
Halle	239.306	243.245	1,65	322.534	32,60	349.302	8,30
Magdeburg	94.700	82.900	-12,46	48.800	-41,13	27.500	-43,65



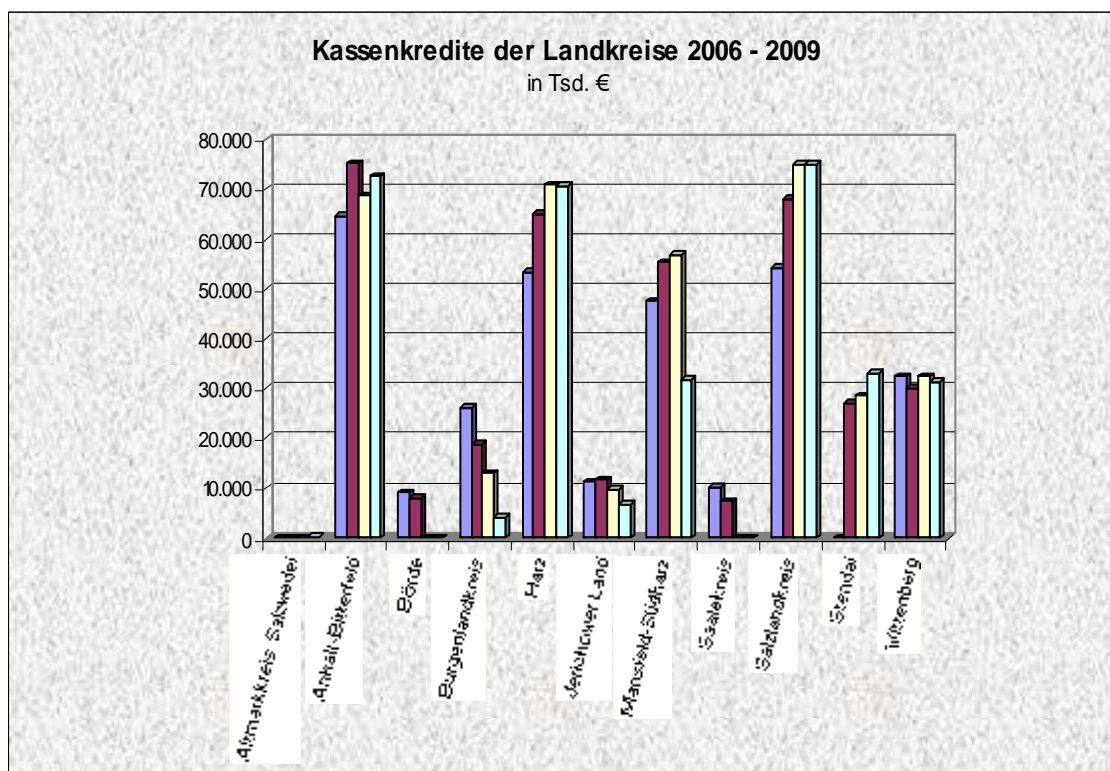
Während die Höhe der Kassenkredite der Stadt Dessau-Roßlau über den Berichtszeitraum langsam zurückgeführt werden, ist es der Landhauptstadt Magdeburg im zweiten Jahr gelungen, die zum Stichtag noch in Anspruch genommenen Kassenkredite nahezu zu halbieren (-43,65%). Nach wie vor völlig gegenläufig hingegen ist die Entwicklung in der Stadt Halle: Hier erhöhte sich der Bestand um 26,768 Mio. € auf mittlerweile 349,2 Mio. €. Damit entfallen 86% (Vorjahr: 80%) der Kassenkredite der kreisfreien Städte auf die Stadt Halle.

- [73] Die Entwicklung der Kassenkredite der Landkreise (für die Jahre 2005 und 2006 auf die neuen Kreisgebietsstrukturen umgerechnet) stellt sich wie folgt dar:

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
Altmarkkreis Salzwedel	0	0	0,00	0	0,00	245	0,00
Anhalt-Bitterfeld	64.715	75.150	16,12	68.700	-8,58	72.700	5,82
Börde	9.181	8.000	-12,86	0	-100,00	0	0,00
Burgenlandkreis	26.278	18.806	-28,43	13.055	-30,58	4.121	-68,43
Harz	53.300	65.017	21,98	70.772	8,85	70.622	-0,21
Jerichower Land	11.190	11.666	4,25	9.727	-16,62	6.690	-31,22
Mansfeld-Südharz	47.484	55.411	16,69	56.783	2,48	31.746	-44,09
Saalekreis	10.100	7.500	-25,74	0	-100,00	0	0,00
Salzlandkreis	54.275	68.036	25,35	75.000	10,24	75.000	0,00
Stendal	0	27.000		28.500	5,56	33.000	15,79
Wittenberg	32.445	30.082	-7,28	32.350	7,54	31.413	-2,90

Der insgesamt rückläufige Stand der Kassenkredite der Landkreise geht auf fünf Landkreise zurück: den Burgenlandkreis -68,43%, Harz -0,21, den Landkreis Jerichower Land -31,22% sowie den Landkreis Mansfeld-Südharz -44,09% und den Landkreis Wittenberg -2,9%. Der Landkreis Börde und der Saalekreis haben zum Stichtag keinen Kassenkreditbestand; der Kassenkreditbestand des Altmarkkreises Salzwedel ist zu vernachlässigen.

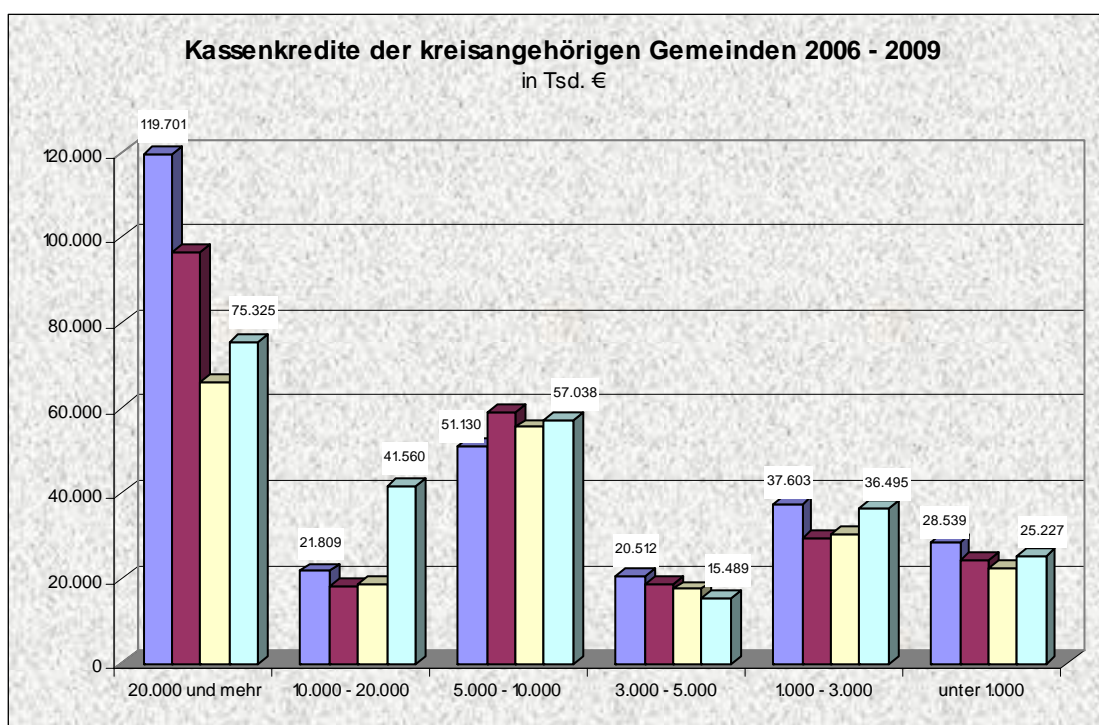
Über den Berichtszeitraum steigen die Kassenkredite bei den Landkreisen Anhalt-Bitterfeld (2006 = 64.715 Tsd. €, 2009 = 72.700 Tsd. €), dem Landkreis Harz (2006 = 53.300 Tsd. €, 2009 = 70.622 Tsd. €), dem Salzlandkreis (von 54.275 Tsd. € auf 75.000 €), dem LK Stendal (auf 33.000 Tsd. €).



- [74] Die kreisangehörigen Gemeinden verzeichneten zum Ablauf des Jahres 2008 einen erheblichen Rückgang des Kassenkreditbestandes. 2009 hingegen steigt der Kassenkreditbestand um rd. 40 Mio. € auf mittlerweile 251.556 Mio. €

Im Einzelnen stellt sich die Aufnahme der Kassenkredite (in Tsd. €) wie folgt dar:

	2006	2007	%	2008	%	2009	%
20.000 und mehr	119.701	96.763	-19,16	66.096	-31,69	75.325	13,96
10.000 - 20.000	21.809	18.369	-15,77	18.765	2,16	41.560	121,48
5.000 - 10.000	51.130	58.927	15,25	55.482	-5,85	57.038	2,80
3.000 - 5.000	20.512	18.839	-8,16	17.483	-7,20	15.489	-11,41
1.000 - 3.000	37.603	29.563	-21,38	30.450	3,00	36.495	19,85
unter 1.000	28.539	24.320	-14,78	22.431	-7,77	25.227	12,46

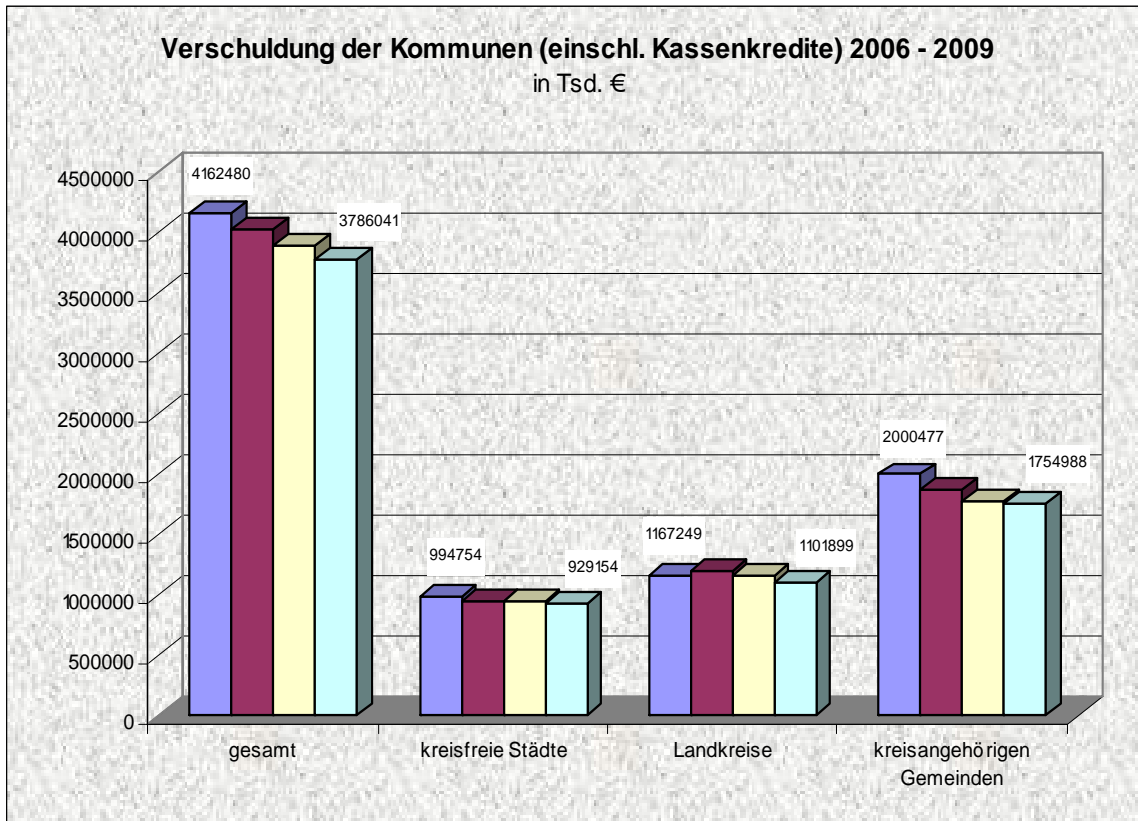


Die bis 2007 (zum Teil auch in 2008) erkennbare Tendenz, dass sich der Kassenkreditbestand der Größenklassen, die im Wesentlichen zentralörtliche Funktionen wahrnehmen, namentlich der „Gemeinden mit 20.000 und mehr Einwohner“ zum Stichtag verringerten, setzt sich im Jahr 2009 leider nicht fort. Die Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit steigen in allen Gemeindegrößenklassen, ausgenommen der Größenklasse 3.000 bis 5.000 Einwohner.

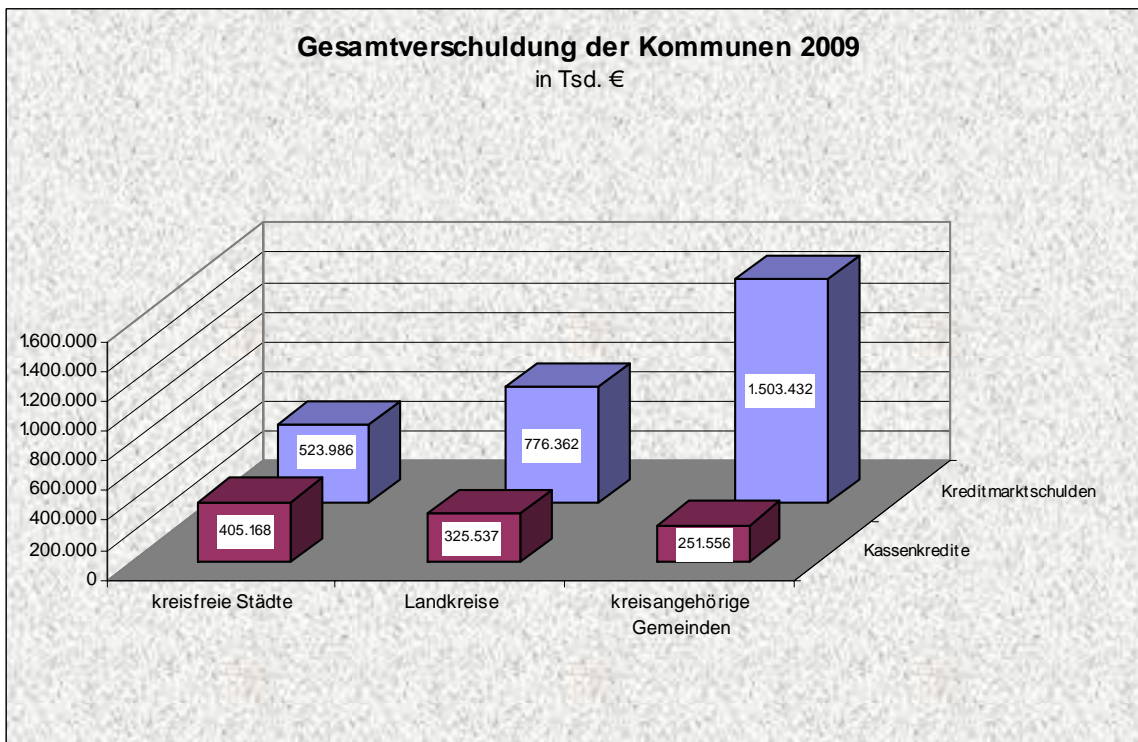
- [75] Betrachtet man die tatsächliche Verschuldung unter Einbeziehung der Kassenkredite, so ist festzustellen, dass sich der Schuldenstand seit 2006 (= 4.162 Mio. €) kontinuierlich verringert (um 138 Mio. € im Jahr 2007, Stand 4.024 Mio. €, um 135,3 Mio. € im Jahr 2008 und um weitere 102,5 Mio. € im Jahr 2009). Die Gesamtverbindlichkeiten belaufen sich zum Jahresende 2009 auf den jetzigen Stand von 3.786,0 Mio. €

	2006	2007	2008	2009
	Tsd. €			
gesamt	4.162.480	4.023.931	3.888.618	3.786.041
kreisfreie Städte	994.754	944.092	957.657	929.154
Landkreise	1.167.249	1.200.611	1.159.972	1.101.899
kreisangehörigen Gemeinden	2.000.477	1.879.228	1.770.989	1.754.988

Verschuldung der Kommunen (einschl. Kassenkredite)  
 Entwicklung im Berichtszeitraum  
 (in Tsd. €)



Untergliedert in Kapitalmarktschulden und Kassenkreditschulden:



**B. AUSBLICK****1. Vierteljahresstatistik der Kommunalfinanzen Sachsen-Anhalt für den Berichtszeitraum 1. Januar bis 31. März 2010**

## FINANZIERUNGSSALDO

Der bereinigte Finanzierungssaldo (der Gesamtausgaben) i.H.v. -187.847.256 € ist im Vergleich zum VJ-BZR i.H.v. -10.317.424 € deutlich gestiegen

	Kommunen	davon		
		KfS	LK	kagG
ber. Einnahmen VwH	827.063.191	201.427.977	343.269.802	282.365.412
ber. Ausgaben VwH	1.030.200.456	270.210.976	364.833.390	395.156.090
Finanzierungssaldo VwH	-203.137.265	-68.782.999	-21.563.588	-112.790.678
ber. Einnahmen VmgH	129.116.372	36.392.862	16.606.368	76.117.142
ber. Ausgaben VmgH	113.726.363	27.053.369	12.338.494	74.334.500
Finanzierungssaldo VmgH	+15.390.009	+9.339.493	+4.267.874	+1.782.642
ber. Gesamteinnahmen	956.179.563	237.820.839	359.876.170	358.482.554
ber. Gesamtausgaben	1.143.926.819	297.264.345	377.171.884	469.490.590
ber. Finanzierungssaldo	-187.747.256	-59.443.506	-17.295.714	-111.008.036

Lag der bereinigte Finanzierungssaldo der kreisfreien Städte im Verwaltungshaushalt im VJ-BZR noch bei +8.968.138 €, übersteigen im Zeitraum 1.1.-31.3.2010 die Ausgaben die Einnahmen um 59.443.506 €. Die Gesamthaushalte der Landkreise, die – im Verwaltungshaushalt – erst zeitlich verzögert auf die Steuermindereinnahmen ihrer kreisangehörigen Städte und Gemeinden reagieren, sind ebenfalls bereits unausgeglichen. Mit einem Finanzierungssaldo im Gesamthaushalt i.H.v. -17.295.714 € wird das positive Ergebnis des VJ-BZR (i.H.v. 50.149.806) deutlich verfehlt. Mit einem Finanzierungssaldo der Gesamthaushalte der kreisangehörigen Städte und Gemeinden in Höhe von rd. -111 Mio. € hat sich das Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr (-69,4 Mio. €) weiter verschlechtert.

Bezogen auf das Finanzierungssaldo der Verwaltungshaushalte stellt sich der Berichtszeitraum zum VJ-BZR wie folgt dar:

Die Verwaltungshaushalte sind im Vergleich zum VJ-BZR noch deutlicher unterfinanziert. Selbst bei den Landkreisen, deren Verwaltungshaushalte im VJ-BZR noch ein Plus von rd. 40 Mio. € auswiesen, übersteigen die Ausgaben die Einnahmen und rd. 21,5 Mio. €

	Kommunen	Davon		
		KfS	LK	kagG
ber. Einnahmen VwH	827.063.191	201.427.977	343.269.802	282.365.412
VJ-BZR	959.775.070	242.372.549	368.798.149	348.604.372
ber. Ausgaben VwH	1.030.200.456	270.210.976	364.833.390	395.156.090
VJ-BZR	1.017.100.319	266.475.439	328.019.471	422.605.409
Finanzierungssaldo VwH	-203.137.265	-68.782.999	-21.563.588	-112.790.678
VJ-BZR	-57.325.249	-24.102.890	+40.778.678	-74.002.037

## ENTWICKLUNG DER STEUEREINNAHMEN

Hinsichtlich der aktuellen Konjunktur- und Wirtschaftskrise ist die Entwicklung der Steuereinnahmen von besonderer Bedeutung:

		KfS			kagG		
		BZR	VJ-BZR	+/-	BZR	VJ-BZR	+/-
Grundsteuer		12.882.999	13.647.616	-5,5	38.909.526	40.149.888	-3,1
Gewerbesteuer (netto)		29.124.809	41.306.934	-29,5	84.025.094	81.351.006	3,3
Gemeindeanteil aus Steuern insgesamt <sup>17</sup>		136.230	-173.751	-178,4	90.515	-1.017.335	-108,9
davon	Einkommensteuer	-241.435	-270 117	-10,6	-674 658	-1.212.274	-44,3
	Umsatzsteuer	377.665	96 366	291,9	765 173	194.939	292,5
sonst. Steuern und steuerähnliche Einnahmen		1.374.357	1.033.539	33,0	2.026.045	2.118.145	-4,3
zusammen		<b>43.518.395</b>	<b>55.814.338</b>	<b>-22,0</b>	<b>125.051.180</b>	<b>122.601.704</b>	<b>2,0</b>

Während die drei kreisfreien Städte beim Gewerbesteueraufkommen noch leichte Zuwächse verzeichnen können (+3,7% = rd. 2,8 Mio. €), müssen die kreisangehörigen Städte und Gemeinden Mindereinnahmen i.H.v. 19, 5 Mio. € verkraften (-14,4%).

Schmerzlich ist der Rückgang der Einnahmen aus dem Gemeindeanteilen aus der Einkommen- und der Umsatzsteuer in Höhe von 6 Mio. € (-16,7%) für die kreisfreien Städte und in Höhe von 13,2 Mio. € (-14,4%) für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden. Diese Steuerquellen/ -einnahmen entziehen sich jedweder Gestaltungsmöglichkeit durch die Kommune; damit können die Mindereinnahmen langfristig auch nur durch Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung gegenfinanziert werden.

## KREDITMARKTSCHULDEN UND KASSENKREDITE

Die Kreditmarktschulden stellen sich im Vergleich zum VJ-BZR wie folgt dar:

	BZR	VJ-BZR	+/-
<b>Kommunen</b>	2.765.204.216	2.850.750.083	-3,0
davon			
kreisfreie Städte	531.143.993	544.083.875	-2,4
Landkreise	765.128.169	793.869.041	-3,6
kreisangehörige Städte und Gemeinden	1.468.932.054	1.512.797.167	-2,9

Die Kreditmarktverschuldung ist weiterhin rückläufig (dabei sind die Auswirkungen der auf Grund des Entschuldungsprogramms STARK II bereits abgeschlossenen Teilschuldungsverträge kassenmäßig noch nicht wirksam).

<sup>17</sup> Die Kassenstatistik für das erste Quartal ist wenig aussagekräftig, da lediglich die Vorjahre abgerechnet werden. Einnahmen schlagen sich erst in der Kassenstatistik des II. Quartals nieder.

Die Aufnahme von Krediten zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit stellt sich im Vergleich zum VJ-BZR wie folgt dar:

	<b>BZR</b>	<b>VJ-BZR</b>	<b>+/-</b>
<b>Kommunen</b>	1.051.963.873	893.193.391	17,8
davon			
kreisfreie Städte	422.071.693	425.975.663	-0,9
Landkreise	347.972.213	239.473.127	45,3
kreisangehörige Städte und Gemeinden	281.919.967	227.744.601	23,8

## 2. Zur Haushaltssituation der Landkreise in 2010 (Stellungnahme des Landkreistages)

Bezogen auf das Haushaltsjahr 2010 verfügen lediglich die Landkreise Börde, Mansfeld-Südharz und der Saalekreis über einen ausgeglichenen Haushalt. Nach den uns im Rahmen unserer jährlichen Umfrage zum Stand der Haushaltsberatungen in den Landkreisen („Blitz-Umfrage“) von den Landkreisen zur Verfügung gestellten Daten beträgt der Fehlbetrag in den Verwaltungshaushalten 2010 rd. 174,5 Mio. Euro. Einschließlich der bislang nicht gedeckten Fehlbeträge aus dem Jahr 2009 liegt der Gesamtfehlbetrag bei 319,1 Mio. Euro.

### Entwicklung der Sozialausgaben in 2010

Die von den Landkreisen zu tragenden Unterkunfts- und Heizungskosten der SGB II-Empfänger beliefen sich im Juli 2010 auf 32,9 Mio. Euro (07/2009 = 34,4 Mio. Euro). Die kumulierten Leistungen für den Zeitraum Januar bis Juli 2010 liegen bei 230,4 Mio. Euro, während im gleichen Zeitraum des Vorjahres rd. 234,8 Mio. Euro von den Landkreisen ausgezahlt wurden. Dies ist zwar ein Rückgang um 4,4 Mio. Euro (- 1,9 %) gegenüber dem Vorjahreszeitraum, jedoch beträgt die von den Landkreisen zu tragende Deckungslücke (Einnahmen [Bundesanteil, SoBEZ, Landesmittel] abzüglich Ausgaben) in 2010 - bedingt durch die geplante Reduzierung des Bundesanteils von 25,4 % auf 23 % - nunmehr 39,1 % (2009 = 36,7 %).

Unserer aktuellen „Blitz-Umfrage“ zufolge erwarten die Landkreise im Bereich der örtlichen Sozialhilfe nach dem SGB XII im Jahr 2010 einen Zuschussbedarf von rd. 15,7 Mio. Euro (ohne Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung). Gegenüber dem Zuschussbedarf im Jahr 2009 (14,7 Mio. Euro) bedeutet dies eine Steigerung um 6,8 %. Beim Zuschussbedarf für die Leistungen nach dem Vierten Kapitel des SGB XII (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) rechnen die Landkreise mit einem Anstieg um 1,6 Mio. Euro auf 30,4 Mio. Euro im Jahr 2010 (+ 5,6 %).

### Kreisumlage 2010

Nach dem neuen Finanzausgleichsgesetz für das Land Sachsen-Anhalt (FAG) haben die Gemeinden bei der Bemessung der allgemeinen Zuweisungen und der Kreisumlage im Jahr 2010 ihre Steuerkraft zu 90 % einzubringen. Die dadurch gestiegenen Kreisumlagegrundlagen haben in den Landkreisen erwartungsgemäß zu einer Neufestsetzung der Kreisumlagehebesätze geführt.

Nach dem aktuellen Ergebnis unserer „Blitz-Umfrage“ reduziert sich der landesdurchschnittliche Hebesatz für die Kreisumlage von 45,73 % im Haushaltsjahr 2009 auf 42,69 % im Haushaltsjahr 2010.

Die Absenkung um rd. 3 % macht sehr deutlich, dass sich die Kreistage um einen angemessenen Ausgleich zwischen den Interessen des Landkreises und seiner kreisangehörigen Gemeinden, die sich überwiegend ebenfalls in einer schwierigen Finanzsituation befinden, bemüht haben. Schließlich ist hierbei zu bedenken, dass sich gleichzeitig zum 1. Januar 2010 die Kreisumlagegrundlagen durch die Herausnahme der Gewerbesteuerumlage - also durch die Umstellung auf das sog. Gewerbesteuernettoverfahren - um rd. 52 Mio. Euro vermindert haben. Hierdurch hätten die Hebesätze eigentlich um 1,65 % angehoben werden müssen.

### Gesamtbewertung

Die Finanzsituation der Landkreise in Sachsen-Anhalt bleibt auch im laufenden Haushaltsjahr 2010 spürbar angespannt. Dies hat auch der Kommunalfinanzbericht 2010 bei der Betrachtung der Vierteljahresstatistik der Kommunalfinanzen Sachsen-Anhalt (1. Januar bis 31. März 2010) deutlich gemacht. Der Grad der Verschuldung und das weiterhin hohe Niveau der Kassenkredite sind hierbei besonders besorgniserregend. So weisen die Landkreise in Sachsen-Anhalt - nach Hessen - den bundesweit zweithöchsten Stand an Kreditmarktschulden je Einwohner aus. Größtes Problem sind allerdings die zur Deckung der Fehlbeträge erforderlichen Kassenverstärkungskredite, die betrags- und einwohnermäßig doppelt so hoch liegen als in den Landkreisen der übrigen neuen Bundesländer.

Der erhebliche Rückgang der Steuereinnahmen im kreisangehörigen Raum in 2009 wird sich in den Landkreishaushalten im Jahr 2011 zusätzlich bemerkbar machen.

Das Finanzausgleichsgesetz 2010/2011 ist aus Sicht der Landkreise ein erster Schritt in die richtige Richtung, auch wenn über die notwendige Höhe der Finanzausgleichsmasse im Vorfeld mit der Landesregierung kein Einvernehmen erzielt werden konnte.

Dennoch ist die Neuordnung dem Grunde nach zu begrüßen, weil das Gesetz stärker aufgabenorientiert ausgerichtet ist. Damit sind erstmals auch die kostenintensiven Pflichtaufgaben der Landkreise und kreisfreien Städte im Sozial- und Jugendbereich ausgleichsrelevant geworden. Vorteilhaft ist aber auch die erhöhte Planungssicherheit, weil die Finanzausgleichsmasse künftig unabhängig von der Entwicklung der staatlichen Steuereinnahmen festgesetzt wird.

Der Weg hin zu einem aufgabenorientierten Finanzausgleich muss aber ab 2012 konsequent fortgesetzt werden.

### **3. Hinweise des Städte- und Gemeindebundes zur Haushaltslage der Kommunen**

Die Ausführungen des Kommunalfinanzberichts beziehen sich weitestgehend auf das Jahr 2009. Dabei kann bereits eine teilweise Verschlechterung der kommunalen Finanzlage, sei es in Form des dargestellten negativen Finanzierungssaldos oder der deutlichen Zunahme der Kassenkredite bei den kreisangehörigen Gemeinden, festgestellt werden.

Der SGSA hatte im letzten Kommunalfinanzbericht diese Verschlechterung erwartet, wenngleich die befürchtete zusätzliche Steigerung der Sozialausgaben aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise vorerst ausgeblieben ist. Die Verschlechterung der finan-

ziellen Situation der Kommunen wird sich im Verlauf des Jahres 2010 fortsetzen und noch verstärken. Dies wird bereits bei den im Abschnitt B dargestellten Ergebnissen der Kassenstatistik für das 1. Quartal 2010 deutlich. Hiernach haben die Kommunen größenklassenübergreifend ein Finanzierungsdefizit von bereinigt rund 188 Mio. € erreicht. Auf die kreisangehörigen Städte und Gemeinden entfällt davon ein Anteil von 111 Mio. €, auf die kreisfreien Städte von 59 Mio. € und auf die Landkreise von 17 Mio. €. Damit verbunden ist im 1. Quartal 2010 gegenüber dem 31.12.2009 ein deutlicher Anstieg der Kassenkredite von 982 Mio. € auf 1.052 Mio. €. Das entspricht einer Steigerung um 7 %, gegenüber dem vorjährigen Berichtszeitraum sogar um 17,8 %. Anders als noch 2009 ist der Anstieg der Kassenkredite bei allen Kommunen zu beobachten. Bei den kreisfreien Städten steigen diese im 1. Quartal 2010 von 405 Mio. € auf 422 Mio. €, bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden von 252 Mio. € auf 281,92 Mio. € und bei den Landkreisen von 326 Mio. € auf 348 Mio. €. Zudem stiegen die Kreditmarktschulden bei den kreisfreien Städten von 524 Mio. € auf 531 Mio. € während sie bei kreisangehörigen Städten und Gemeinden von 1.503 Mio. € auf 1.469 Mio. € und bei den Landkreisen von 776 Mio. € auf 765 Mio. € leicht zurückgingen, was in der Summe aber weniger als Zeichen der Entspannung als vielmehr ein Indiz der Heterogenität der kommunalen Finanzlage vor allem bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden zu sehen ist.

#### Haushaltsumfrage des SGSA 2010

Die zu erwartende deutliche Verschlechterung der kommunalen Finanzlage wird auch anhand der aktuellen Haushaltsumfrage zum Haushaltsjahr 2010 deutlich, wobei ein Vergleich der diesjährigen Haushaltsumfrage mit den Daten aus den vergangenen Jahren aufgrund der zum 1.1.2010 in vielen Gemeinden vollzogenen Gemeindegebietsreform häufig nicht möglich ist.

Für die Auswertung wurden die Daten von 223 Kommunen herangezogen.

Bei den Kommunen bis 1.000 Einwohnern geben 37% an, ihren Haushalt nicht ausgleichen zu können, bei den Kommunen von 1.000 bis 10.000 Einwohnern sind das 57%, bei den Kommunen von 10.000 bis 25.000 Einwohnern 50% und bei den Kommunen über 25.000 Einwohner (ohne kreisfreie Städte) 93%. Von den kreisfreien Städten gelingt keiner der Haushaltsausgleich.

Das gemeldete Defizit beläuft sich auf insgesamt 517.571.146 €. Darin enthalten sind bereits die Haushaltsfehlbeträge aus dem Jahr 2009 in Höhe von 68.914.837 €. Hinzu kommt ein strukturelles Defizit (Haushaltsausgleich über andere Möglichkeiten) in Höhe von 42.761.400 €, so dass insgesamt eine Lücke in Höhe von 560.332.546 € zwischen Einnahmen und Ausgaben klafft.

Die Ursache für diese Entwicklung liegt in den:

- Regelungen des neuen FAG LSA, insbesondere der Entwicklung der allgemeinen Zuweisungen und der Investitionspauschale
- Entwicklungen der Kreisumlagezahlungen und
- den nach wie vor bei den Steuereinnahmen zu beobachtenden Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Die für 2009 im Kommunalfinanzbericht beschriebene negative Entwicklung der Steuereinnahmen wird sich 2010 fortsetzen. Die Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung 2010 lassen dies vermuten und die vom Statistischen Landesamt mit Pressemitteilung vom 06.08.2010 veröffentlichten Zahlen für das erste Halbjahr 2010 bestätigen dies. So war beim Aufkommen aus der Gewerbesteuer im zweiten Quartal 2010 im Vergleich zum

Vorjahresquartal ein deutlicher Rückgang um 24 Prozent zu beobachten. Insgesamt erlitten die Städte und Gemeinden im 1. Halbjahr nach vorläufigen Angaben des Statistischen Landesamtes ein Minus ihrer originären Einnahmen von 54 Mio. € (- 18 %). Auch die aktuelle Haushaltsumfrage des SGSA fragt neben den Erwartungen zur Entwicklung der FAG-Zuweisungen und der Kreisumlagezahlungen die zu den wesentlichen Steuereinnahmen ab.

In den 57 Kommunen bis 1.000 Einwohnern wird neben einem Rückgang der allgemeinen Zuweisungen aus dem Finanzausgleich um 2,1 % auch ein deutlicher Rückgang der Steuereinnahmekraft erwartet. Beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wird mit Mindereinnahmen in Höhe von 9,3 %, an der Umsatzsteuer in Höhe von 1,88 % gerechnet. Beim Gewerbesteueraufkommen erwarten diese Gemeinden einen massiven Einbruch um 32,55 %. Auch bei den sonstigen Steuereinnahmen wird eine rückläufige Entwicklung um 8,53 % erwartet. Recht stabil entwickeln sich die Einnahmeerwartungen bei der Grundsteuer A und B mit einem Zuwachs von 0,81 % bzw. 1,57 %. Insgesamt werden Mindereinnahmen in Höhe von 3.196.710 € erwartet. Demgegenüber stehen lediglich Minderausgaben bei den Kreis- und Gewerbesteuerumlagezahlungen in Höhe von 747.412 €.

Die 110 Gemeinden bis 10.000 Einwohnern rechnen im Jahr 2010 mit erheblichen Mindereinnahmen aus dem kommunalen Finanzausgleich. So werden sich die allgemeinen Zuweisungen um 28,08 % reduzieren. Dies entspricht Mindereinnahmen in Höhe von 24.071.215 €. Dieses Einnahmeminus kann durch die Auftragskostenpauschale und andere Zahlungen nach FAG LSA (z.B. § 29 FAG) nicht annähernd ausgeglichen werden. Insgesamt verbleibt es bei einem Minus von 24,43 %. Auch in dieser Größenklasse wird ein Rückgang der Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer um 6,82 % prognostiziert. Positiver sind die Erwartungen beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (+1,63 %) und beim Gewerbesteueraufkommen (+12,00 %). Insbesondere bei der Gewerbesteuer ist darauf hinzuweisen, dass bei einem Vergleich der Planzahlen des Jahres 2009 mit denen des Jahres 2010 ein deutlicher Rückgang festzustellen wäre. Dem hier gezogenen Vergleich liegen jedoch die Istzahlungen des Vorjahres zu Grunde. Außerdem ist darauf hinzuweisen, dass 4 Gemeinden im vergangenen Jahr einen negativen Saldo angegeben haben. Lässt man diese bei der Betrachtung unberücksichtigt, relativiert sich die oben getroffene Aussage, weil dann von den verbleibenden Kommunen ein Rückgang der Einnahmeerwartung um 3,59 % zu verzeichnen ist. Vor dem Hintergrund der sich vielerorts weiter reduzierenden Gewerbesteuerereinnahmen – lt. Statistischem Landesamt im kreisangehörigen Raum auf  $\frac{3}{4}$  des Vorjahresniveaus - wird man dem hier errechneten Ergebnis nicht allzu viel Gewicht beimessen können. Deutlich wird diese Einschätzung, wenn die Entwicklung der Gewerbesteuerumlage in die Betrachtung einbezogen wird, die sich um 21, 13 % reduzieren soll. Moderate Einnahmezunächse werden bei den Grundsteuern A und B (+ 1,87 % bzw. + 2,77 %) und bei den sonstigen Steuereinnahmen (+2,15 %) erwartet. Insgesamt wird mit Mindereinnahmen in Höhe von 20.706.580 € gerechnet. Hinzu treten erhöhte Belastungen aus der Zahlung der Kreisumlage in Höhe von 15,69 %. Die geschätzten Mehrausgaben belaufen sich hier auf 11.884.315 €.

Bei den 38 Kommunen von 10.000 bis 25.000 Einwohnern wird in diesem Jahr mit einem erhöhten Aufkommen aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (+3,33 %) und den Grundsteuern A und B (+16,72 % bzw. + 6,18 %) gerechnet. Die recht deutlichen Zuwächse bei den Grundsteuern dürften zum einen auf die Gemeindegebietsreform und zum anderen auf massive Konsolidierungsbemühungen zurückzuführen sein. Beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wird eine rückläufige Entwicklung um 7,33 % erwartet. Etwas moderater gehen die Einnahmeerwartungen beim Gewerbesteueraufkommen zurück (-1,20 %). Zu berücksichtigen ist aber auch hier, dass zum einen die Istaufkommen aus dem vergangenen Jahr mit den Plandaten dieses Jahres verglichen wurden und zum anderen neu gebildete Einheitsgemeinden zum Teil keine

Angaben zu den Ansätzen des Vorjahres liefern konnten. Erhebliche Mindereinnahmen von 27,57 % werden bei den allgemeinen Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich prognostiziert. Das entspricht einem Einnahmeminus von 29.847.861 €. Dem stehen zwar Einnahmen aus der Auftragskostenpauschale und anderen Zahlungen nach FAG LSA (z.B. § 29 FAG) in Höhe von 10.282.000 € gegenüber, die allerdings völlig unzureichend sind, um diesen Kommunen eine auskömmliche Finanzausstattung zu gewährleisten. Hinzu kommen die erhöhten Kreisumlageforderungen in Höhe von 4,77 %, was einem Volumen von 5.655.839 € entspricht. Im Vergleich zum Vorjahr haben diese Kommunen in der Summe Mindereinnahmen und Mehrausgaben in Höhe von 27.884.733 € zu bewältigen.

In den 15 Kommunen über 25.000 Einwohnern wird mit einem leichten Rückgang der Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (-1,99 %) gerechnet. Deutlich höher fällt diese Erwartung bei den 3 kreisfreien Städten aus (-13,65 %). Hinsichtlich des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer erwarten diese kommunalen Gruppen eine leichte Steigerung von 6,70 % bzw. 2,81 %. Die Kommunen über 25.000 Einwohnern erwarten auch bei der Gewerbesteuer eine leichte Steigerung des Aufkommens um 3,94 %; die kreisfreien Städte hingegen einen leichten Rückgang um 2,81 %. Maßgeblich für diese moderate Entwicklung dürfte wiederum der auf Ist- und Planzahlen beruhende Vergleich sein. Für die sonstigen Steuereinnahmen wird von den Städten über 25.000 Einwohnern ein leichter Rückgang in Höhe von 1,06 %, bei den kreisfreien Städten ein leichter Zuwachs um 3,99 % prognostiziert. Umgekehrt sieht die Erwartung hinsichtlich der Grundsteuern A und B aus. Hier erwarten die kreisfreien Städte einen leichten Rückgang um 1,41 % bzw. 0,30 %, die anderen Städte einen Zuwachs um 24,70 % bzw. 7,23 %, was seine Ursache in verstärkten Konsolidierungsbemühungen und Effekten aus der Gemeindegebietsreform haben dürfte. Aber auch in diesen Größenklassen werden deutliche Einbußen bei den allgemeinen Zuweisungen aus dem Finanzausgleich erwartet (-42,31 % bzw. -31,78%). Zum Teil wird dieser Rückgang durch Einnahmen aus der Auftragskostenpauschale und anderen Zahlungen nach FAG LSA (z.B. § 29 FAG) kompensiert. Insgesamt gehen die Kommunen über 25.000 Einwohnern von Mindereinnahmen bei den hier dargestellten Einnahmen aus dem kommunalen Finanzausgleich in Höhe von 94.512.409 € (-35,06 %) aus. Bei den kreisfreien Städten sind das 84.846.617 € (-20,58 %). Hinzu kommt bei den Städten über 25.000 Einwohnern eine massive Steigerung der Kreisumlagezahlungen um 16,93 %, was einem Volumen von 25.431.846 € entspricht.

## Finanzausgleichsgesetz 2010

Aus den Umfrageergebnissen ist auch ein weiterer Grund für die sich abzeichnende Verschlechterung der finanziellen Situation der Kommunen und hier vor allem der kreisangehörigen Städte und Gemeinden zu erkennen, nämlich die nach wie vor fehlerhafte Bedarfsermittlung im Zusammenhang mit dem neuen FAG und die damit verbundenen deutlichen Einschnitte im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs 2010. Die fehlerfreie Bedarfsermittlung wurde vom SGSA bereits im letzten Kommunalfinanzbericht angemahnt, jedoch weder von der Landesregierung noch vom Landtag umgesetzt.

Unter anderem wurde hier von Seiten des SGSA auch auf die Heterogenität in der finanziellen Entwicklung der einzelnen Kommunen hingewiesen, die sowohl durch den letzten Kommunalfinanzbericht<sup>18</sup> als auch durch das Statistische Landesamt deutlich hervorgehoben wurde. So entfielen 2009 knapp 2/3 des Gewerbesteueraufkommens auf lediglich 3% der zum 31.12.2009 noch existierenden 836 Kommunen.<sup>19</sup> Bei der

<sup>18</sup> Vgl. dazu Kommunalfinanzbericht 2009\*, Rdnr. 33.

<sup>19</sup> Pressemitteilung des Statistischen Landesamts vom 29.01.2010.

Bedarfsermittlung ist diese Problematik der Einnahmeverzerrung jedoch nicht berücksichtigt worden.

### Kreisumlage 2010

Aus der Umfrage wird auch die zunehmende finanzielle Belastung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden durch die stetig steigenden Kreisumlagezahlungen ersichtlich. Die ebenfalls vom SGSA jährlich durchgeführte Umfrage zur Entwicklung der Kreisumlage kommt für 2010 zu folgendem Ergebnis:

In 8 von 11 Landkreisen wurden bzw. werden die Kreisumlagehebesätze bei allen Kreisumlagegrundlagen 2010 gegenüber 2009 reduziert. Die Landkreise Jerichower Land, Saalekreis und Mansfeld-Südharz werden voraussichtlich keine Reduzierung der Kreisumlagehebesätze vornehmen, sondern die bisherigen Hebesätze beibehalten.

Jedoch ist mit der Reduzierung der Hebesätze keine flächendeckende Reduzierung des jeweiligen Kreisumlageaufkommens verbunden. In sechs der acht Landkreise, in denen die Kreisumlagehebesätze reduziert wurden, haben sich die absoluten Kreisumlagezahlungen z.T. deutlich erhöht. Lediglich im Landkreis Börde und im Burgenlandkreis geht eine Absenkung der Hebesätze mit einer Stagnation des absoluten Kreisumlageaufkommens einher. Von den drei Landkreisen, die ihre Hebesätze voraussichtlich konstant halten, ist beim Landkreis Jerichower Land mit einem deutlich steigenden Kreisumlageaufkommen, beim Landkreis Mansfeld-Südharz mit einem stagnierenden Kreisumlageaufkommen und beim Salzlandkreis, als einzigen Landkreis überhaupt, mit einem, wenn auch vergleichsweise geringen, reduzierten Kreisumlageaufkommen zu rechnen.

Damit muss 2010 bei sieben Landkreisen mit einem steigenden, bei drei Landkreisen mit einem stagnierenden und lediglich bei einem Landkreis mit einem sinkenden Kreisumlageaufkommen gerechnet werden. Der Anstieg variiert dabei zwischen 3,17 % und immerhin 21,41 %.

Die Kreisumlagezahlungen aller 11 Landkreise werden nach den Ergebnissen der Kreisumlageumfrage voraussichtlich um knapp 30,6 Mio. € bzw. 5,82 % ansteigen. In unserer diesjährigen Haushaltsumfrage gehen die Städte und Gemeinden sogar von einer Steigerung über 42 Mio. € aus. Damit setzt sich der in den zurückliegenden Jahren zu beobachtende Anstieg der Kreisumlagezahlungen im Jahr 2010 fort. Für das Jahr 2009 hat der Landesrechnungshof in seinem Jahresbericht 2009 einen Anstieg der Kreisumlagezahlungen um 41 Mio. € festgestellt, was einer Steigerung von 8,2 % entspricht. Zieht man in diese Betrachtung das Haushaltsjahr 2008 mit ein, ist das durch die kreisangehörigen Gemeinden aufzubringende Kreisumlageaufkommen in diesen zwei Jahren um knapp 70 Mio. € bzw. 14,5 % angestiegen.

Die aufgezeigte Entwicklung einer weitestgehend stetig steigenden Kreisumlagebelastung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden ist besorgniserregend und umso dramatischer, da zeitgleich die kreisangehörigen Gemeinden – wie dargestellt - vor allem 2009 und 2010 mit den direkten Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise konfrontiert sind.

Es gilt die dargestellte Entwicklung im Kontext des neuen FAG (2010) und vor allem im Kontext zur Entschließung zur Festsetzung der Kreisumlage (Drs. 5/68/2325 B) vom 10. 12. 2009 zu sehen. Der Appell des Landtages ist wirkungslos. Die erneute Erhöhung der absoluten Kreisumlagezahlungen ist in einigen Landkreisen auf die veränderten Kreisumlageberechnungen zurückzuführen. § 14 FAG beinhaltet im Gegensatz zu den Regelungen zur Steuerkraftberechnungen vor der FAG-Novellierung (§ 8 altes FAG) eine Ausdehnung der Berücksichtigung der Steuerkraft auf 90 v. H. (in 2010) und 100 v. H. (in 2011) der Ausgangsbeträge bzw. deren Durchschnitts. Der SGSA sieht

diese Änderung nach wie vor äußerst kritisch, zumal die veränderte Steuerkraftberechnung, die generell als Grundlage für die interkommunale Verteilung der allgemeinen Zuweisungen unter den kreisangehörigen Städten und Gemeinden zum Tragen kommt, eins zu eins auf die Kreisumlageberechnung in § 18 FAG übertragen wurde. Zudem wurde in § 18 FAG eine Erhöhung der prozentualen Berücksichtigung der an die kreisangehörigen Gemeinden geflossenen allgemeinen Zuweisungen als Kreisumlagegrundlage auf 90 v. H. (in 2010) und 100 v. H. (in 2011) festgeschrieben.

Mit der Erhöhung der Berücksichtigung der Steuerkraft muss nicht automatisch eine Erhöhung der Kreisumlage verbunden sein, denn für die Landkreise besteht im Zusammenspiel aus § 67 LKO und § 18 FAG die Möglichkeit zur Erhebung der Kreisumlage von den kreisangehörigen Gemeinden, soweit die übrigen Erträge oder Einnahmen die Aufwendungen beziehungsweise den Finanzbedarf eines Landkreises nicht decken. Damit ergibt sich der Finanzbedarf grundsätzlich aus der Differenz aus Erträgen und Aufwendungen bzw. Einnahmen und Ausgaben unabhängig von der prozentualen Berücksichtigung der Steuerkraftzahlen. Jedoch muss der Höhe der Kreisumlagehebesätze eine nicht unwesentliche psychologische Bedeutung zugesprochen werden. Durch die Änderung der Kreisumlageberechnung und die damit verbundene Möglichkeit der Senkung der Kreisumlagehebesätze bei gleichbleibendem oder sogar steigendem Kreisumlageaufkommen trotz deutlicher Absenkung der Kreisumlagehebesätze unter die 50 %-Marke besteht in den Folgejahren mit Blick auf die Höhe der Hebesätze eine gewisser Anpassungsspielraum nach oben.

Zudem kommt der politischen Festlegung über die Höhe der Berücksichtigung der Steuerkraft eine nicht unwesentliche strukturpolitische Komponente zu. Damit verbunden ist nämlich die Frage, inwieweit bei einer vollständigen Berücksichtigung der Steuerkraft Anreize für Bestrebungen zur Ansiedlung von Gewerbe konterkariert werden. Die Frage stellt sich aber nicht nur der Landesregierung und dem Parlament, sondern vor allem der kommunalen Basis, sprich der Städte und Gemeinden, die durch ihre Gewerbe- und damit Standortpolitik vor Ort Motor für jegliches Wachstum und Beschäftigung sind. Die Landesregierung vertrat im Gesetzgebungsverfahren zum Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und anderer Gesetze 2007 zu Recht die Auffassung, dass Gemeinden mit guter Standortpolitik zumindest ein Teil der Steuereinnahmen verbleiben sollen. Denn diese Gemeinden müssen nicht zuletzt in aller Regel auch noch die im Vorfeld erforderlichen Investitionen in den Wirtschaftsstandort refinanzieren. Die in diesem Zusammenhang vom Innenminister Hövelmann in der Landtagssitzung vom 11.10.2007 genannte „goldene Mitte“ dürfte mit Blick auf die vollständige Berücksichtigung ab 2011 mehr als verfehlt worden sein. Dass zusätzlich zu der sich anscheinend politisch etablierten Auffassung einer stärkeren Berücksichtigung der Steuerkraft hinsichtlich der interkommunalen Verteilung zwischen den kreisangehörigen Gemeinden automatisch eine Anpassung bei der Kreisumlage erfolgen muss, ist bisher nie plausibel erklärt worden. Es kommt gewissermaßen einer Einladung zur Kreisumlageerhöhung gleich und nimmt zeitgleich auch ein wenig den Druck aus der Debatte um die seit Jahren stetig steigenden Kreisumlagehebesätze. Differenzierte Steuermesszahlen wären möglich gewesen.

## Sozialausgaben 2010

Entwarnung kann zudem trotz der bisher ausbleibenden zusätzlichen Belastungen durch die aktuelle Wirtschaftskrise auch bei den Sozialausgaben nicht gegeben werden. Zum einen weisen zumindest die kreisfreien Städte nach einem moderaten Anstieg in 2007 und einem leichten Rückgang in 2008 im Jahr 2009 einen erneuten Anstieg um 2,24% auf.<sup>20</sup> Zum anderen erreichen die Sozialausgaben trotz des eventuell

<sup>20</sup> Vgl. Rdnr. 61 in diesem Kommunalfinanzbericht.

ausbleibenden Effekts durch die aktuelle Wirtschaftskrise nach wie vor eine besorgniserregende Höhe. Im Zeitraum von 1993 bis 2009 sind diese um fast 58 % angestiegen. Es darf nicht vergessen werden, dass in erster Linie zwar die kreisfreien Städte und Landkreise von den Sozialausgaben finanziell belastet werden, jedoch über die Kreisumlage ein nicht unwesentlicher Kostendruck auch im Sozialbereich auf die kreisangehörigen Städte und Gemeinden verlagert wird. Von daher richten alle Kommunen ihre Hoffnungen auf die auf Bundesebene initiierte Gemeindefinanzkommission. Ziel kann und darf es nur sein, sowohl auf der Einnahme- als auch auf der Ausgabenseite zu echten Verbesserungen für die Kommunen zu gelangen. Von daher muss auch mit Blick auf die Sozialausgaben die im Rahmen der Kommission einberufene Arbeitsgruppe Standards ihrer gesetzten Aufgabe, Vorschläge zur Verbesserung der finanziellen Situation der Kommunen zu unterbreiten und dabei auch die Höhe und Verteilung der Sozialausgaben zu überprüfen, dringend gerecht werden.

Weiteres Gefahrenpotential ist zudem in einem eventuellen Wiederanstieg des derzeit äußerst niedrigen Zinsniveaus zu sehen, zumal die Verschuldung der Kommunen im Jahr 2010 wieder ansteigen wird, sowohl im Kassenkreditbereich – wie bereits die Kassenstatistik 2009 zeigt – als auch bei den Kreditmarktschulden.

### Zusammenfassung

Abschließend lässt sich festhalten, dass sich die finanzielle Situation in den Städten und Gemeinden beginnend mit den direkten Auswirkungen der aktuellen Wirtschaftskrise vielerorts dramatisch verschlechtert hat. Neben rückläufigen Einnahmen insbesondere aus den wichtigsten Steuerquellen auf Grund der Finanzmarktkrise, höheren Ausgaben insbesondere für die Kreisumlagezahlungen, führt aber auch die Neustrukturierung des kommunalen Finanzausgleichs zu einer spürbaren Verstärkung der Unterfinanzierung. Dieser Effekt wird sich zukünftig noch verstärken, weil die Rückführung der kommunalen Investitionspauschale im Jahr 2010 um 25 % und im Jahr 2011 um über 37 % gegenwärtig noch durch Einnahmen aus dem Konjunkturprogramm II kompensiert wird. Die Kritik des SGSA an der Finanzausgleichsnovelle wegen der Fehler bei der Ermittlung des Finanzbedarfs der Städte und Gemeinden war und ist berechtigt.

Es ist unabdingbar, dass die Landespolitik der auskömmlichen Finanzierung der Städte und Gemeinden mehr Aufmerksamkeit schenkt. Bei der beabsichtigten Evaluierung des Finanzausgleichsgesetzes müssen die Belange der Städte und Gemeinden stärker berücksichtigt werden; sei es durch eine Verbesserung der Finanzierung oder eine wirkliche Aufgabenkritik verbunden mit der Rückführung von Aufgaben bzw. Standards. Von einer echten bedarfsgerechten Finanzausstattung kann nach wie vor nicht gesprochen werden.

Angesichts der drohenden Verschlechterung der kommunalen Finanzlage kann auch von dem kommunalen Teilentschuldungsprogramm der Landesregierung (STARK II) – welches grundsätzlich sehr befürwortet wird - keine Lösung, sondern allenfalls eine Minderung der kommunalen Finanzprobleme erwartet werden.